



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

3
—
15



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

getreu ihres durchaus sperrigen Titels hat es sich die Redaktion von „Einsichten und Perspektiven“ nicht nur zur Aufgabe gemacht, vier Mal im Jahr über klassische und aktuelle Themen aus Politik und Gesellschaft, Geschichte und Zeithistorie zu informieren, sondern auch Menschen, die sich besonders engagieren, mit ihren Projekten vorzustellen.

Drei der Autorinnen und Autoren dieses Heftes führen dies exemplarisch vor:

Die Schriftstellerin und Journalistin Hella Schlumberger hat sich besonders dem Andenken an den Widerstandskämpfer Georg Elser gewidmet – in ihrem Essay zeichnet sie den Lebensweg Elsers nach und zeigt aus ihrer Perspektive auf, wie schwer sich die deutsche Gesellschaft lange mit dem Umgang mit Elser getan hat und teilweise immer noch tut.

Der Gymnasiallehrer Rafael Rempe aus Bamberg stellt ein Schulprojekt zu dem Terroristen Wilfried Böse vor. Mit seinen P-Seminaren am Dientzenhofer-Gymnasium in Bamberg erforscht er die Biographie des Terroristen Wilfried Böse, der für die Flugzeugentführung eines französischen Airbus' nach Entebbe im Jahr 1976 hauptverantwortlich war.

Die Journalistin Kristina Milz schreibt über Länder des Nahen Ostens, die sie selbst zu Recherchen bereist hat. Nach Tunesien und dem Iran geht es in dieser Ausgabe um Katar, das sich gegenwärtig unter Hochdruck auf die Fußball-WM im Jahr 2022 vorbereitet und vor allem durch den problematischen Umgang mit seinen Gastarbeitern im Fokus der Kritik steht.

Mit dem Bildhauer Andreas Kuhnlein haben wir uns über seine Arbeit und aktuelle politische Fragen unterhalten – der Blick des Künstlers mag für die politische Bildung sehr inspirierend sein.

In diesem Sinne wünschen wir eine interessante Lektüre!

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Monika Franz leitet das Publikationsreferat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Andreas Kuhnlein ist seit 1983 als freischaffender Bildhauer tätig, seine Werke waren bisher bei über 200 Einzelausstellungen und mehr als 150 Beteiligungen in 16 Ländern zu sehen.

Uta Löhner leitet das Referat für Didaktik und Neue Medien der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Kristina Milz ist Fachjournalistin für den Nahen Osten und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitgeschichte.

Dr. Wolfgang Reinicke ist Historiker mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte, Bayerische Landesgeschichte und Oral History.

Rafael Rempe ist Lehrer am Dientzenhofer-Gymnasium in Bamberg und hat mittlerweile schon mit drei P-Seminaren im Fach Geschichte das Thema Linksterrorismus und Wilfried Böse bearbeitet.

Dr. Hella Schlumberger ist Journalistin und Publizistin und engagiert sich stark für das Andenken an den Hitlerattentäter Georg Elser.

Prof. Dr. Manfred Wilke war bis 2006 Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin und bis zu seiner Pensionierung einer der beiden Leiter des Forschungsbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin.

Inhalt



Katar: Im Anfang war das Öl

Von Kristina Milz

4

Kooperation und Konfrontation

Landtag und Regierung im parlamentarischen Neubeginn
in Bayern 1946–1962

von Wolfgang Reinicke

20

Von Elser und seinem Bild in den Augen der anderen

ein Essay von Hella Schlumberger

32



Kain denk mal – böse

Recherchen zu Wilfried Böse, einem Linksterroristen der 1970er Jahre
und ehemaligen Schüler des Dientzenhofer-Gymnasiums in Bamberg

Von Rafael Remppe

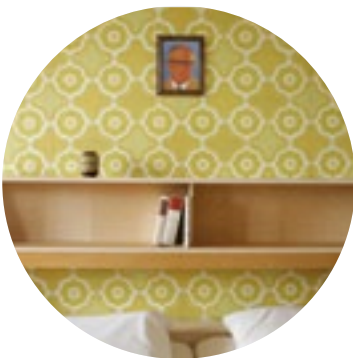
46

„Bevorst andere Leut’ ausrichst, duast liaba wos Gscheits!“

Ein Gespräch mit dem Bildhauer Andreas Kuhnlein über seinen Weg in
die Kunst, Erfahrungen mit Gewalt in der politischen Auseinanderset-
zung und über den schönen Tod

Interview von Monika Franz am 3. August 2015

56



Eine Mauer in Berlin und die innerdeutsche Grenzen 1945–1989

Die innerdeutschen Grenzen und die Berliner Mauer

von Manfred Wilke

62

Die „Mauer in den Köpfen“

Zur Aktualität eines schwer fassbaren Topos’

Von Monika Franz

72



Unterwegs – Perspektiven – Willkommen in Bayern: Integrationsprojekte für Ü-Klassen

von Uta Löhner

76

Katar: Im Anfang war das Öl

Von Kristina Milz

Länder des
Nahen Ostens
im Porträt



Katar verdient das Beste: Aufbauparole an der Autobahn von Doha nach Lusail City
Alle Fotos: Kristina Milz, sofern nicht anders gekennzeichnet

Die Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 hat die Aufmerksamkeit der Welt auf das kleine Emirat Katar gelenkt. Noch sind es sieben Jahre bis zur WM. Doch längst werden Fragen gestellt, die am aufwändig gepflegten Image des Emirats kratzen. Missachtung der Menschenrechte und „Sklaverei“, Korruption, Finanzierung von Terroristen und Versagen im arabischen Flüchtlingsdrama: Die Liste der Vorwürfe gegen das reichste Land der Erde ist lang. Und der kleine Staat am Golf versteht die Welt nicht mehr.



Ladyboy Zoe arbeitet in einem Dohaer Friseursalon – und als Prostituierte.

„Ich liebe Katar“, sagt Zoe, die eigentlich anders heißt.¹ In einem kleinen Café in Doha, der Hauptstadt des Golfemirats Katar, verbringt sie an einem warmen Tag im Winter ihre Mittagspause. Ihr Haar ist kurz, sie trägt eine Stoffhose und ein Hemd mit Karomuster. Auf den ersten Blick unterscheidet sie nichts von den asiatischen Fahrern oder Kellnern um sie herum: Von den männlichen Arbeitsmigranten in Katar, die das Glück haben, nicht auf den Baustellen schuften zu müssen. Verräterisch spannt nur das Hemd über Zoes Brust. Die 27-jährige Frau lebt im Körper eines Mannes, sie ist ein sogenannter „Ladyboy“. Ihre Brüste verdankt sie einer Hormontherapie, darüber hinaus spart sie auf ihre Geschlechtsangleichung. Zoe stammt von den Philippinen; im Emirat arbeitet sie als Friseurin. Außerdem hat sie einen gut bezahlten Nebenjob: Zoe verkauft ihren Körper.

Im Friseursalon umfassen Zoes schmale Finger die Schere, routiniert schneidet sie Spitzen und Stufen, zupft Brauen. Dabei schwärmt sie von dem vielen Geld, das monatlich über ihr katarisches Konto auf eine der 7.107 philippinischen Inseln fließt. Dank ihrer Arbeit im reichsten Land der Welt lässt sie nicht nur ihr eigenes Haus bauen, sondern unterstützt auch Familie und Freunde auf den Philippinen. 40 Prozent ihrer Einnahmen im Salon darf Zoe behalten, der Rest geht an den Arbeitgeber. 10.000 Rial verdient sie so monatlich, das sind etwa 2.000 Euro.² Das reicht auf den Philippinen, um alles Mögliche zu bezahlen: Der Inselstaat verzeichnet ein durchschnittliches (nominales) Pro-Kopf-Einkommen von 2.500 Euro – pro Jahr.

1 Hier und im Folgenden: Kristina Milz: Zoes Geschäftsmodell, in: taz vom 30.07.2014, S. 5.

2 Umrechnung bezogen auf den Jahresbeginn 2014, aus dem die Information stammt. Der Rial hat seither gegenüber dem Euro deutlich aufgewertet.

Hinzu kommen noch Zoes Einnahmen aus der Prostitution. *Ladyboys* sind gefragt in der Homosexuellenszene des Emirats, die in Zahlen nicht zu fassen ist. Reiche Katarer lassen viel Geld bei der jungen Frau, die für sie doch ein Mann ist. Wenn die Geschäfte weiter so gut laufen, kann Zoe bald ihren männlichen Körper zu dem einer Frau operieren lassen. Und auch sie hat ihren Spaß an der Sache, sagt sie. Zoe liebt Männer. Und sie ist wählerisch, was ihre Freier betrifft. Das kann sie sich wegen der ständigen Angebote auch leisten: „Auf den Philippinen musste ich für jeden One-Night-Stand bezahlen. In Katar werde ich von den Männern bezahlt.“ Die Doppelmoral einer homophoben Gesellschaft ist ihr Geschäftsmodell.

Eine Minderheit im eigenen Land

Zoe scheint das zu schaffen, was hunderttausende Asiaten sich vom kleinen Golfstaat Katar erhoffen: das Kapital zu verdienen, das die eigene Zukunft und die der Familie für immer verändern wird. Die Katarer sind längst eine Minderheit im eigenen Land: Von den mehr als zwei Millionen Menschen, die in Katar leben, besitzen heute gerade einmal 350.000 einen einheimischen Pass, so viele Menschen, wie in Wuppertal leben. Es gibt in Katar eine kleine Schicht an Fachpersonal aus Europa und Übersee; der Rest besteht vor allem aus südasiatischen Arbeitsmigranten wie Zoe.³ Es klingt paradox, doch: Wer heute Katar porträtieren möchte, kommt an den Nicht-Katarern nicht vorbei.

Eigentlich zeigt sich die Freiheit einer Gesellschaft am Umgang mit ihren Minderheiten – Katar dagegen muss sich am Umgang mit der Mehrheit beweisen. Nach Meinung von Menschenrechtsorganisationen scheitert das Land an dieser Herausforderung. Der WM-Zuschlag durch die FIFA bringt den Katarern eine Aufmerksamkeit, auf die sie wohl gerne verzichtet hätten: Seit etwa drei Jahren schlagen die Berichte über die Lebensbedingungen der Gastarbeiter hohe Wellen, auch wenn es den asiatischen Gastarbeitern in Ländern wie Saudi-Arabien oder Bahrain nicht unbedingt besser ergeht. Zunächst erschien im Juni 2012 ein aus-

3 Die Zahl der Gastarbeiter in den Golfstaaten stieg nach der Ölkrise im Jahr 1973 massiv an; die Öleinnahmen hatten sich dort in fünf Jahren verdreifacht. Seither sind die Gastarbeiter die primäre Arbeitskraft der Wirtschaft: In Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar stellen Gastarbeiter heute 85 bis 95 Prozent aller Arbeitskräfte. Einheimische arbeiten nur in Ausnahmefällen in der Privatwirtschaft, die meisten sind mit Posten in Behörden und Verwaltung versorgt. Vgl. Kristin Surak: Die Gastarbeiter, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 773/774, Oktober 2013, 67. Jg., S. 1024–1035, hier S. 1030.

führlicher Bericht von *Human Rights Watch (HRW)* über die Lebensbedingungen der Arbeitsmigranten,⁴ der britische *Guardian* berichtete im Sommer 2013 über dutzende Tote auf Katars Baustellen,⁵ *Amnesty International (AI)* zog

nach.⁶ Schließlich forderten die Vereinten Nationen Katar mit Blick auf die Weltmeisterschaft dazu auf, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Denn die Gründe der Kritik liegen im handfesten Elend tausender Menschen.

Landesdaten Katar

Fläche	11586 km ² *
Bevölkerung	2.194.817 (Erhebung Juli 2015)*
Bevölkerungsprognose bis 2050	2.984.000**
Bevölkerungswachstum	3,07 % (Erhebung 2015)*
Ethnische Gruppen	Araber 40 %, Inder 18 %, Pakistani 18 %, Iraner 10 %, andere 14 %*
Religionszugehörigkeit	Muslime 77,5 %, Christen 8,5 %, andere 14 % (Erhebung 2014)*
Sprachen	Arabisch (offiziell), Englisch*
Durchschnittsalter	32,6 Jahre*
Bevölkerung unter 15 Jahren	12,52 %*
Bevölkerung über 65 Jahren	0,89 %*
Lebenserwartung bei der Geburt	78,59 %*
Geburten pro Frau	1,91*
Alphabetisierungsrate	97,3 %*
Wachstum BIP	6,1 % (2014)*
BIP pro Kopf	143.400 US-Dollar (2014)*
Arbeitslosigkeit	0,4 % (Erhebung 2014)*
Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24 Jahre)	1,3 %*
Inflation	3 % (2014)*
Human Development Index (United Nations Development Programme)	Rang 31 (von 187 Staaten)
Global Peace Index (Institute for Economics und Peace)	Rang 30/ <i>State of Peace</i> = <i>High</i> (von 162 Staaten)
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Rang 115 (von 180 Staaten)
Korruptionsindex (<i>Transparency International</i>)	Rang 26 (von 174 Staaten)

* CIA World Factbook

** Population Pyramid



4 Der ganze Bericht: Building a Better World Cup. Protecting Migrant Workers in Qatar ahead of FIFA 2022, Juni 2012, online: https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/qatar0612webwcover_0.pdf [Stand: 17.09.2015].

5 So etwa Robert Booth: Qatar World Cup 2022. 70 Nepalese workers die on building site, in: *The Guardian*, 1.10.2013, online: <http://www.theguardian.com/world/2013/oct/01/qatar-world-cup-2022-nepalese-die-building-sites> [Stand: 17.09.2015].

6 The Dark Side of Migration. Spotlight on Qatar's Construction Sector ahead of the World Cup, London 2013, online: <http://www.amnestyusa.org/sites/default/files/mde220102013eng.pdf> [Stand: 17.09.2015]; „Treat Us Like We are Human“. Migrant Workers in Qatar, London 2013.



Quelle: weltkarte.com

Industrial Area im Südwesten Dohas, Januar 2014: Eigentlich dürfte Raj Bahadoor gar nicht dort sein, wo er jetzt sitzt.⁷ Der 38-jährige Mann aus Kerala in Indien hat es sich im Schneidersitz auf seiner Matratze bequem gemacht. Es war wieder eine lange Woche und Bahadoor hat seinen freien Tag. Einer der unteren Plätze der Stockbetten wurde ihm zugeteilt. „Es ist verboten, Stockbetten zu benutzen“, heißt es in der Verordnung Nummer 17 des katarischen Ministeriums für Wohnungswesen, die immerhin schon aus dem Jahr 2005 stammt. Das Dekret regelt die zweckmäßige Unterbringung von Arbeitern. Dass Bahadoor kein Einzelbett hat, ist demnach ein Verstoß gegen katarisches Recht. Ein ebenso kleiner wie systematischer, denn nach Einzelbetten kann man lange suchen in den Unterkünften in der *Industrial Area* – kaum eine Firma hält sich daran. Das gilt auch für andere Vorschriften: Bahadoor teilt sich sein Zimmer mit fünf anderen Arbeitern, erlaubt sind nur vier in einem Raum. Vier Quadratmeter zur individuellen Entfaltung stünden dem Inder laut Gesetz in seinem Zimmer zu, doch in dem kleinen schmutzigen Raum, in dieser Lücke zwischen den Schlafplätzen links und rechts, kann er sich gerade einmal um die eigene Achse drehen. Er und seine Kollegen arbeiten 60 Stunden die Woche. Nicht maximal 48 wie behördlich vorgeschrieben. Trotzdem sagt er: „Es ist alles gut hier. Wir haben keine Probleme.“



Die Retortenstadt *Lusail City* nordöstlich von Doha wird buchstäblich aus dem Sand gehoben. Von ihren Baustellen aus lässt sich an einem arbeitsfreien Freitag einer der „Zig-Zag-Towers“, Wahrzeichen der Stadt Doha, betrachten.

⁷ Hier und im Folgenden Kristina Milz: Fußball zeigt unser Leben, in: *zenith. Zeitschrift für den Orient*, März/April 2014, S. 62–72.

Bahadoor erzählt stolz, dass er Zimmerer sei. Auf der Baustelle direkt neben der bekannten „City Center Mall“ in Doha, dort wo er mit seinen Kollegen drei Luxus-hotels baut, ist seine Tätigkeit hoch angesehen. Er verdiene 1.800 Rial im Monat, sagt Bahadoor. Einen Teil davon schicke er nach Hause, zu seiner Frau und den Kindern in Südindien. 1.800 Rial, das entspricht etwa 360 Euro.⁸ Wenig für einen Knochenjob, der täglich um halb sechs in der Früh mit einer einstündigen Fahrt von der Unterkunft zur Baustelle beginnt und abends um halb sechs mit der Heimfahrt endet. Bahadoor weiß, dass es ihm damit vergleichsweise gut geht – immerhin kann er durch das Geld, das er regelmäßig überweist, seine Familie ein wenig entlasten.

Die Gesichter der Öl-Revolution

Viele andere, die nach Katar kamen mit der Hoffnung, genügend Geld zu verdienen, können das nicht. Oftmals sehen sie nur einen Bruchteil des Gehalts, das in ihren Verträgen steht – wohin der Rest verschwindet, wissen sie nicht. Die Studie von *AI* vom November 2013 hat zahlreiche Fälle dokumentiert. Immerhin: Bahadoor zumindest sagt, er habe noch nie auf sein Geld warten müssen.

Während Bahadoor in einer trostlosen Gegend mit unzähligen Schlaglöchern im Asphalt, Müllbergen auf den Straßen, zerbrochenen Fensterscheiben und heruntergekommenen Häusern untergebracht ist, blüht in Dohas Zentrum das Leben: funkelnde Einkaufszentren und Boutiquen, elegante Museen, Wolkenkratzer. Auch einen historisch renovierten Altstadt-kern gibt es. Dazwischen halbfertige Hochhäuser, eine Baustelle neben der nächsten; Investitionen, wohin das Auge blickt. Die Straßenverläufe ändern sich praktisch täglich. Die Skyline an der Corniche und die Arbeitercamps in der *Industrial Area*: Es sind zwei Gesichter eines 44 Jahre alten Staates, der sich inmitten seiner wirtschaftlichen Revolution befindet. Ein einzigartiges Golfstaaten-Phänomen, anschubfinanziert mit Öl und Gas.⁹ Eine Revolution, die weltweit nicht ohne Anerkennung bleibt und von der internationale Unternehmen profitierten, schon lange bevor die Fußball-WM an Katar vergeben wurde. Mit dabei sind natürlich auch die Industriegiganten Deutschlands wie Siemens, Hochtief, MAN.

⁸ Umrechnung vgl. Anmerkung 2.

⁹ Das kleine Land besitzt nach Russland und Iran die weltweit drittgrößten Erdgasreserven, darunter das größte Erdgasfeld der Welt: das North Gas Field. Katar ist daher weltgrößter Flüssiggasexporteur. Etwa sechzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts stammen nach jüngsten Angaben des Auswärtigen Amts zu Katar aus dem Gas- und Öl-Geschäft.

Bis 2030 soll sich die *National Vision* der herrschenden Familie Al Thani erfüllen: Spitzenreiter in Architektur, Technik, Sport und Bildung will man dann sein. Die WM 2022 ist ein Stützpfiler dieses nationalen Selbstverwirklichungsprogramms: Es werden 200 Milliarden US-Dollar investiert. Neun WM-Stadien sollen gebaut, drei bereits bestehende renoviert werden, alles „CO₂-neutral“. Der neue Flughafen wird dreimal so groß wie der jetzige. Schließlich soll es kein Gedränge geben, wenn in sieben Jahren die Welt zu Gast ist. Die Metro in Doha, der neue Hafen, die künstliche Insel *The Pearl* – die Liste der Mega-Projekte ließe sich fortsetzen. Zum Beispiel mit Lusail City: Die Retortenstadt wird für 45 Milliarden US-Dollar buchstäblich aus dem Sand gehoben, in der Wüste nord-östlich von Doha. Hier sollen einmal 200.000 Menschen leben, 170.000 arbeiten und 80.000 Urlaub machen können. Bis zur WM sollen in Lusail 22 Hotels für Touristen entstehen. Auch das größte der neuen WM-Stadien wird hier gebaut. *Qatar deserves the best*, steht auf großen grünen Bannern am Rande der Straßen auf dem Weg nach Lusail. Katarische Realität erinnert ein bisschen an das Pippilotta-Prinzip: „Ich mach’ mir die Welt, wie sie mir gefällt“.

Auch wenn die Geschichte Katars heute insbesondere eine Geschichte der Gastarbeiter ist: Ein Blick auf das Leben der alteingesessenen Familien lohnt sich allemal, um das Land zu verstehen. Mohammad, der Großvater eines jungen Mannes namens Hasan, war Fischer. Er lebte in Doha, einer kleinen Stadt am Persischen Golf.¹⁰ Sein winziges Haus stand an der Corniche, direkt am Ufer. Mohammads Vorfahren waren Nomaden, die mit ihren Zelten durch die Wüste zogen. Heute lebt Großvater Mohammad mit seinem Enkel Hasan, dessen Eltern und den beiden Schwestern in einer golden glänzenden Villa. Vor dem Eingangstor stehen zwei steinerne Löwen und sechs Luxuswagen, für die seine Familie sich zwei Fahrer leistet. „Wir sind traditionsbewusst“, sagt der 23-jährige Hasan: „Fast jede katarische Familie hat noch ein Zelt im Garten.“ Das Zelt in Hasans Garten misst vierzig Quadratmeter und ist mit edlen Teppichen, Tischdecken aus Samtbrot und moderner Unterhaltungselektronik ausgestattet.

Katar heute – erst vor zwei Generationen wurde das Öl gefunden. Die Industrielle Revolution in Europa hat ein Gefühl der Unsicherheit, der Beschleunigung, der Unüberschaubarkeit ausgelöst – die Fin-de-Siècle-Literatur ist voll davon. Es lässt sich nur schwer erahnen, was in den Köpfen

10 Der uns bekannte Persische Golf wird auf der Arabischen Halbinsel stets als „Arabischer Golf“ bezeichnet, was dem Machtkonflikt mit Iran geschuldet ist.

derer vorgeht, die den Fortschritt in die Moderne in einem noch rasanteren Tempo erlebt haben – derjenigen Generation in Katar beispielsweise, die Doha bereits vor fünfzig Jahren ihre Heimat nannte.¹¹ „Hier herrschte bis gestern die Zivilisation Sindbad des Seefahrers“, schreibt der Schweizer Orientalist Arnold Hottinger 1974, im Jahr nach dem Ölpreisschock und dem damit einhergehenden Reichtum der Golfstaaten.¹² In der Tat: Die Entwicklung – vielmehr: der Boom – kam rasend über das kleine Emirat Katar.

Loyalität als Gesellschaftsvertrag?

Die 80 reichsten Menschen der Welt besitzen zusammen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, heißt es in einer *Oxfam*-Studie vom Januar 2015.¹³ Das Ergebnis gilt als Beleg dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich weltweit immer weiter auseinanderklafft. In Katar gibt es keine Schere – das gesamte Gesellschafts-



Ein Baufahrzeug auf dem Weg zu einer Unterkunft in *Lusail City*: Die Gastarbeiter arbeiten nicht nur im Staub, sie wohnen auch dort.

11 Der Historiker Fromherz vertritt die Ansicht, dass die traditionelle Identität Katars – im Gegensatz derer europäischer Staaten im Zuge der Industrialisierung – durch die Modernisierung nicht ausgelöscht wurde und begründet dies mit einer Kontinuität in der Geschichte des Landes, die aber viele gesellschaftliche Entwicklungen ausblendet. Allen James Fromherz: *Qatar. A Modern History*, London 2012. Rezensiert von Annika Kropf in *H-Soz-Kult*, 30.05.2012.

12 Die Momentaufnahme liefert ein aussagekräftiges Porträt der Golfregion Mitte der 1970er Jahre, die den Aussagen des Historikers Fromherz diametral widerspricht. Arnold Hottinger: Im Hauptquartier der Erdölproduzenten, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Heft 310, März 1974, 28. Jg., S. 266–278; das Zitat: S. 266.

13 Die gesamte Studie: *Wealth. Having it All and Wanting More*, Januar 2015, online: <http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/ib-wealth-having-all-wanting-more-190115-embargo-en.pdf> [Stand: 17.09.2015].

tem des Landes basiert auf diesem Gefälle. Das Emirat gilt mit seinem Pro-Kopf-Einkommen von rund 100.000 US-Dollar im Jahr als „reichstes Land der Welt“. Als „Köpfe“ werden in dieser Rechnung eigentlich alle Einwohner eines Staates gezählt, in Katar gilt dieser Reichtum freilich nur für die eigenen Staatsbürger.

Das zeigt sich zum Beispiel auch am sozialen Sicherungssystem des Landes. Während Katar seinen Bürgern umfangreiche soziale Leistungen garantiert, fallen die Gastarbeiter durch das Raster. Für deren grundlegende Gesundheitsversorgung sorgen zwar vertragsbedingt meist die Arbeitgeber, doch die Probleme beginnen spätestens dann, wenn die Arbeiter in ihre Heimatländer zurückkehren: Sie haben keinen Rentenanspruch aus Katar und auch in ihrer Heimat haben sie nicht in das Versicherungssystem für den Ruhestand oder die Krankenversorgung eingezahlt.¹⁴ Häufig schicken die Arbeitgeber in Katar ihre Arbeiter zurück, wenn sie krank werden; Verträge werden nicht verlängert. Bilaterale Abkommen gibt es bisher nur zwischen den einzelnen Golfstaaten, nicht aber für die ostasiatischen Länder: Saudis, die zum Beispiel in Kuwait arbeiten, zahlen dort Abgaben für das saudische System. Wenn sie dann zurückkehren, gibt es keine Einzahlungsunterbrechung.

Am Nachhaltigkeitsgedanken mangelt es in Katar aber auch im Umgang mit den eigenen Staatsbürgern. Wer, wie viele Katarer, spät zu arbeiten beginnt, im Alter von 45 Jahren in Rente geht und diese über Jahrzehnte bezieht, kann schwerlich als Stütze eines Rentensystems angesehen werden. Dazu kommt eine lange Kette an Verantwortlichkeit, etwa bei der Witwenrente. In Katar ist der Altersunterschied zwischen Ehemann und Ehefrau traditionell oftmals sehr groß. 50-jährige Männer heiraten nicht selten 20-jährige Frauen. Dazu ist die Vielehe erlaubt. Stirbt der Ehemann, haben alle Ehefrauen, die in den seltensten Fällen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, lebenslänglichen Anspruch auf Witwenrente.

Das großzügige soziale Sicherungssystem ist in Katar staatlich organisiert, der private Sektor hat kaum eine Chance. Der Staat gibt seinen Bürgern alles, was sie brauchen: Sie zahlen zum Beispiel keine Steuern. Medizinische Versorgung steht kostenlos zur Verfügung. Auch Strom gibt es umsonst. Nicht zuletzt deshalb ist Doha nachts eine der am hellsten leuchtenden Städte der Welt. Was im Überfluss und unentgeltlich vorhanden ist, wird nicht

geschätzt.¹⁵ Dasselbe gilt für den Umgang der Katarer mit dem kostenlosen Wasser, das in der Region eigentlich Mangelware ist.¹⁶ Da finanzielle Schwierigkeiten im Zeitalter des Erdöls am Golf ein Fremdwort sind, kann man es sich leisten. Im Umkehrschluss heißt das aber auch: Es fehlt der Druck für eine Demokratisierung des Landes. Der Staat gibt, der Staat entscheidet – ein Dilemma, das die Golfstaaten teilen und das auf Katar in ganz besonderem Maße zutrifft. Wer zahlt, bestimmt auch die Regeln. Der australische Politikwissenschaftler John Keane bezieht sich nicht explizit auf Katar, wenn er über den Charakter der „neuen Despotien“ schreibt, aber er bringt die Situation doch auf den Punkt: „Fast wirkt es, als bestünde [...] ein stummer oder ungeschriebener oder stillschweigender Vertrag zwischen den Regierungsinstanzen und der unterworfenen Bevölkerung. Die Lösung heißt ‚Wir herrschen und stellen euch im Gegenzug für stille Loyalität Güter zur Verfügung‘.“¹⁷

Der Staat Katar wird als absolute Monarchie regiert. Der jetzige Emir Tamim bin Hamad Al Thani löste seinen Vater Hamad ibn Khalifa im Juni 2013 im Amt ab, der damit zum ersten Regenten am Golf avancierte, der seine Macht freiwillig und ohne Blut zu vergießen, abgegeben hat. Die heute gültige Verfassung¹⁸ trat 2004 in Kraft und wird als „demokratisch“ bezeichnet; als Quelle der Staatsgewalt wird das Volk aufgeführt, dabei ist der Emir als Staatsoberhaupt zugleich Chef der Exekutiv- und der Legislativgewalt. Auch die Regierung ist allein ihm verantwortlich, es gibt weder ein Parlament noch eine Parteistruktur. Die Judikative ist gespalten: Es existieren Gerichte für religiöse Fragen und weltliche Gerichte, die „im Namen des Emirs“ urteilen. Als einziges Element mit scheinbar pluralistischem Charakter dient die *Madschlis asch-Schura*, eine beratende Versammlung mit 35 Mitgliedern. Die sollen eigentlich zu zwei

.....
15 Laut Weltbank ist Katar auch das Land mit dem weltweit höchsten pro-Kopf-CO₂-Ausstoß: Im Durchschnitt verursacht jeder Einwohner des Emirats pro Jahr 44 Tonnen Kohlenstoffdioxid. Zum Vergleich: Ein Bürger Deutschlands kommt auf 9 Tonnen (Information online: <http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC>) [Stand: 17.09.2015]. Bezeichnenderweise diskutierte und scheiterte die UN-Klimakonferenz im Jahr 2012 in Doha.

16 Katar gehört zu den trockensten und unfruchtbarsten Regionen der Erde, es besteht zum größten Teil aus Geröll- und Kieswüste. Das Grundwasser in Katar hat zudem einen sehr hohen Salzgehalt, weshalb Trinkwasser aus Entsalzungsanlagen gewonnen werden muss.

17 John Keane: Die neuen Despotien. Vorstellungen vom Ende der Demokratie, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 790, März 2015, 69. Jg., S. 18–31, hier S. 19.

18 Eine englische Version der Verfassung findet sich auf einer vom katarischen Staat betriebenen Homepage: <http://www.almeezan.qa/LawPage.aspx?id=2284&language=en>. [Stand: 17.09.2015]

.....
14 Die massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften stellt umgekehrt auch ein Problem für die ostasiatischen Länder dar, die oftmals ohnehin mit einer alternden Bevölkerung und schrumpfender Arbeitskraft zu kämpfen haben. Vgl. Surak (wie Anm. 3), S. 1031.



US-Präsident Barack Obama begrüßt Seine Hoheit Scheich Tamim bin Hamad Al Thani, Emir des Staates Katar, Washington, Mai 2015.

Foto: ddp images

Dritteln vom Volk gewählt werden – eine Wahl aber hat in realiter noch nie stattgefunden. Bisher wurden alle Mitglieder der Versammlung stets vom Emir ernannt und Wahlen als entferntes Ziel in die Zukunft verschoben. Das faktische Wahlrecht der katarischen Bürger beschränkt sich auf Gemeinderäte sowie Vertreter der Industrie- und Handelskammern. Politikwissenschaftler Keane erklärt, wozu die Rhetorik der Demokratie dienen soll: Ein „demokratischer Flair“ stärke die öffentliche Autorität.¹⁹ Konkret werde von den Bürgern aber „erwartet, dass sie folgsam und in einem Kreislauf aus Arbeit, Familienleben, Konsum und anderen privaten Formen der Selbstfeier gefangen bleiben“. Er schließt: „Vom Volk erwartet man Gehorsam und die Einsicht, dass es mit Politik nichts zu schaffen hat.“

Geschichte eines „Zwischendings“

Dieses Prinzip funktioniert am Golf vielleicht auch deshalb so gut, weil keinerlei „demokratische Hypothesen“ aus der Geschichte im Weg stehen. Katar ist zwar ein sehr junger Staat, der erst 1971 offiziell gegründet wurde, doch die herrschende Familie Al Thani zieht seit 250 Jahren die

Fäden im Land: Um 1760 n. Chr. zogen nomadische Beduinenstämme aus dem Inneren der Arabischen Halbinsel auf heutiges katarisches Staatsgebiet, darunter auch der Al Thani-Clan. Er gründete das Dorf *al-Bid*, Kern der heutigen Hauptstadt Doha, baute seine Macht unter Scheich Mohammad, dem Begründer der politischen Dynastie, von dort über die ganze Halbinsel aus und erging sich in Stammesfehden: Mit der Familie Al Khalifa, die 1783 Bahrain eroberte, trug man einen Jahrhunderte währenden Machtkonflikt aus.²⁰ Zu Ende des 18. Jahrhunderts schließlich überfielen saudische Wahhabiten die Halbinsel Katar und eroberten die Siedlung *al-Bid*. Die Al Thanis konnten das Dorf zurückgewinnen, doch seither haben die Wahhabiten großen Einfluss auf Katar;²¹ zu Saudi-Arabien pflegt

.....

20 1867 eskalierte ein Machtkampf der arabischen Familien Al Thani und Al Khalifa um die Herrschaft in Katar. Großbritannien griff in den Konflikt ein und erzwang einen Frieden, der die Al Thanis – flankiert von einem englischen Schutzvertrag auch offiziell anerkannt – als Herrscherfamilie stützte. Eine endgültige Trennung der Einflussregionen Bahrain und Katar erfolgte im Dezember 1878.

21 Die Übernahme des Wahhabismus als Religion war eine proaktive Reaktion auf den saudischen Expansionismus. Vielleicht aus diesem Grund spielte der Wahhabismus in Katar nie die staatslegitimierende Rolle wie in Saudi-Arabien. Vgl. Kropf (wie Anm. 11).

19 Keane (wie Anm. 17), S. 19.



Die Ali bin Hamad Al Attiya Arena (im Bild als Baustelle im Januar 2014) ist für die Handball-Weltmeisterschaft der Männer in Katar, die im Januar 2015 stattfand, im Dohaer Stadtteil Al Sadd gebaut worden. Auch Bilder dieses Stadions wurden in der internationalen Berichterstattung als vermeintliche Fußball-WM-Baustellen ausgegeben – jedoch als solche noch gar nicht existierten.

der Staat – trotz vorübergehender Differenzen – stets enge Beziehungen. Die meisten Katarer sind heute Wahhabiten – das saudische Modell der islamischen Religion – und damit Anhänger einer besonders rigiden und vielmals als „Sekte“ bezeichneten Form des sunnitischen Islam, der als Staatsreligion festgelegt ist.²² Der religiösen Homogenität der Katarer steht eine umso beeindruckendere Vielfalt an Religionen innerhalb der Gastarbeiterschaft im Land gegenüber: Sie sind Schiiten, Hindus, Christen, Juden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trat eine Macht auf den Plan, mit der man bisher am Golf nicht gerechnet hatte: Das Osmanische Reich erhob Anspruch auf die katarische Halbinsel und besetzte Teile des Landes. Der Al Thani-Clan sah sich genötigt, die Hilfe der Wahhabiten zu suchen. Ibn Saud, als Urvater Saudi-Arabiens gehandelt, führte die Bewegung, die zum Ziel hatte, die Osmanen vom Golf zu verdrängen, an. Doch Großbritannien wollte den Einfluss der beiden Konkurrenzkräfte eindämmen und schritt schließlich 1913 in den Konflikt ein. 1915 verließen die letzten osmanischen Truppen Katar. England wahrte seinen politischen und wirtschaft-

lichen Einfluss, was sich langfristig rechnen sollte: In den späten 1930er Jahren wurde das erste Erdölvorkommen in Katar entdeckt. Die kommerzielle Förderung setzte angesichts einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise in der Region umgehend ein; seinen Export startete Katar jedoch des Zweiten Weltkriegs wegen erst 1949. Mit dem Ölboom setzte schlagartig die Modernisierung des Landes ein. Die Erdölförderung habe Katar erst „die Mittel verschafft, Staat zu werden“, davor sei es ein „Zwischending“ zwischen lokaler Kleinherrschaft und Seekolonie²³ gewesen, schreibt Arnold Hottinger. Die tatsächliche Staatswerdung Katars erfolgte im Zuge der allgemeinen Entkolonialisierung und eines gewachsenen Selbstbewusstseins der Al Thanis im Herbst 1971. Die Al Thanis ergriffen offiziell den Titel „Emir“ und die Dynastie hält ihre Macht bis heute: Bisherige Staatsstriche und Machtwechsel fanden stets innerhalb der Familie statt.

Die Macht des Emirats stützt sich heute weniger auf eine lange historische Tradition wie etwa die der iranischen Nachbarn oder auf seine schiere Größe wie etwa in Saudi-Arabien: Der Reichtum und das Selbstbewusstsein des Al Thani-Clans verschaffte dem kleinen Staat Katar ein

22 Als Hauptquelle der katarischen Gesetzgebung gilt die Schari'a, Blasphemie in der Öffentlichkeit kann Haftstrafen von bis zu sieben Jahren nach sich ziehen.

23 Hottinger (wie Anm. 12), S. 268.

erstaunlich wirksames Image. Dabei nahm die Familie zwei Umwege: die Medien und den Sport. „Wettbewerbe und Athleten helfen, Katars regionales und globales Profil zu stärken“, heißt es dazu bezeichnend in einem katarischen Strategiepapier für den Sportsektor²⁴. Um international in hellstem Licht zu glänzen, bemüht sich Katar wie am Fließband um internationale Sportgroßereignisse – und das mit Erfolg. In diesem Jahr wurde die Männerhandball-WM in Doha ausgetragen, es folgen: die Turn-WM 2018, die Leichtathletik-WM 2019 und als Krönung die Fußball-Weltmeisterschaft 2022.²⁵ Der Fußball als international bedeutendste Sportart ist zentral in Katars Strategie, was sich auch daran zeigt, dass Unsummen in Vereine und Stars investiert werden:²⁶ Mit äußerst lukrativen Verträgen verpflichtet das Emirat Spitzensportler insbesondere aus Europa; einen ganzen Verein – Paris Saint Germain – kaufte man am Golf und investierte mehrere 100 Millionen in neue Spieler. Seit 2011 tragen außerdem die Spieler des FC Barcelona erstmals in ihrer Vereinsgeschichte ein Sponsorenlogo auf dem Trikot: zunächst das der *Qatar Foundation*, später folgte die Fluggesellschaft *Qatar Airways*. Der fünfjährige Werbedeal kostete 170 Millionen Euro und sichert Katar weltweite Präsenz.

***Al Jazeera* – Medium der Propaganda?**

Für die arabische Welt hatte sich Katar eine spezielle Strategie ausgedacht: Das Emirat gründete 1996 den Fernsehsender *Al Jazeera*, arabisch: „die Halbinsel“. Heute erreichen dessen Programme mehrere hundert Millionen Menschen täglich. Der Sender überraschte zunächst mit ungewöhnlich freien und unzensierten Berichten; sogar Israelis kamen darin zu Wort – eine Ausnahme in der arabischen Hemisphäre. *Al Jazeera*-Journalisten mussten sich gar Vorwürfe gefallen lassen, als westliches Propagandawerkzeug zu dienen.²⁷ Haltbar war die Kritik aber kaum, was vielleicht am eindrucksvollsten eine der beliebtesten Sendungen im Programm bewies: In *Al-Sharia wa l-Hayat* (arabisch für „Die Scharia und das Leben“) trat regelmäßig der sunnitisch-reaktionäre ägyptische Islamgelehrte und TV-Mufti Yussuf al-Qaradawi auf, der die Todesstrafe

für Homosexuelle predigte und Selbstmordattentate gegen Israelis und Amerikaner rechtfertigte.²⁸ Außenpolitisch liegt al-Qaradawi jedoch ganz auf Linie des katarischen Herrscherhauses. Die teuer finanzierte Glaubwürdigkeit des Senders fand denn auch spätestens mit seinem Umgang mit den Protesten in den arabischen Ländern seit 2011²⁹ ein jähes Ende.

Al Jazeera stellte sich zunächst, wie auch die überwiegende Mehrheit der europäischen und amerikanischen Kommentatoren, klar auf die Seite der Protestierenden in Tunesien und Ägypten. Dabei machte er keinen Hehl daraus, welche oppositionellen Kräfte man favorisierte: Die islamistischen Gruppen wurden medial unterstützt, insbesondere die ägyptischen Muslimbrüder.³⁰ Im Juli dieses Jahres standen in Al Sisis Kairo Journalisten des Senders *Al Jazeera* wegen Unterstützung von „Terroristen“ – der Muslimbrüder – vor Gericht und warteten auf das letztgültige Urteil.³¹ Einer von ihnen, Mohamed Fahmy, schrieb in einem Beitrag für die *New York Times*,³² der Sender habe die Journalisten seines englischsprachigen Programms gegen deren Willen und ohne dass sie dies gewusst hätten, für Propagandazwecke missbraucht. Die produzierten Beiträge seien für das arabischsprachige Programm falsch übersetzt, aus dem Zusammenhang gerissen und auf diese Weise mit einer mit den Muslimbrüdern sympathisierenden Propaganda versetzt worden. Fahmy verklagt *Al Jazeera* deshalb auf Schadensersatz. Unterdessen musste er eine dreijährige Haftstrafe in Ägypten antreten. *FAZ*-Journalist Michael Hanfeld kommt zu einem vernichtenden Urteil über den Sender: „Al Dschazira ist mitnichten der ehrliche Makler, als den das Herrscherhaus von Qatar den Sender gerne ausgibt, sondern ein Instrument der Außenpolitik, das seine Nachrichtengebung an strikten politischen Vorgaben ausrichtet, also Propaganda reinsten Wassers betreibt“. Die Entwicklung des Senders in diese Rich-

24 Vgl. Max Bosse: Einkaufen muss sich lohnen, in: zenith. Zeitschrift für den Orient, März/April 2014, S. 73.

25 Über die Umstände der FIFA-Wahl wurde breit berichtet. Hervorgehoben werden kann die ARD-Dokumentation „Der verkaufte Fußball“ vom Mai 2015, die aufschlussreich die korrupten Strukturen der FIFA offenlegt.

26 Hier und im Folgenden: Bosse (wie Anm. 24).

27 Vgl. Christian Meier: The Show Must Go on, in: Daniel Gerlach u. Christian H. Meier (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen. Biografische Skizzen zu Zeitgeschichte und Gegenwart, Bonn 2012, S. 189.

28 Vgl. Daniel Gerlach: Was sagt die Scharia?, in: Daniel Gerlach u. Christian H. Meier (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen. Biografische Skizzen zu Zeitgeschichte und Gegenwart, Bonn 2012, S. 138–140.

29 Ausführlich über das Verhältnis Katars zum „Arabischen Frühling“: Kristian Coates Ulrichsen: Qatar and the Arab Spring, London 2014.

30 Wie auch von der offiziellen Politik in Doha: Guido Steinberg: Katar und der Arabische Frühling. Unterstützung für Islamisten und antisyrische Neuausrichtung, in: SWP-aktuell 7, Februar 2012.

31 Hier und im Folgenden vgl. Michael Hanfeld: Qatar macht Journalisten zu Kanonenfutter, in: FAZ vom 29.07.2015, S. 13.

32 Mohamed Fahmy: How Qatar Used and Abused Its Al Jazeera Journalists, in: The New York Times, 2.6.2015, online: http://www.nytimes.com/2015/06/03/opinion/mohamed-fahy-how-qatar-used-and-abused-its-al-jazeera-journalists.html?_r=0 [Stand: 17.09.2015].

tung hatte bereits 2012 den früheren Berlin-Korrespondenten Aktham Suliman dazu bewogen, seinen Job nach zehn Jahren aufzugeben.³³

Lange schien die Position *Al Jazeera*s im sogenannten „Arabischen Frühling“ offensichtlich: Man wendete sich gegen die autokratischen arabischen Herrscher und verteidigte sogar die militärische Intervention in Libyen und den Sturz Muammar al-Gaddafis. Bis heute spricht sich Katar auch konsequent und entschieden gegen das syrische Assad-Regime aus und unterstützte tatkräftig dessen diplomatische Isolation. Als die Proteste der Menschen aber am Golf ankamen, wurde die katarische Strategie – und damit auch die Linie des Senders *Al Jazeera* – brüchig. Angesichts der Proteste in Bahrain gab man sich auffällig zurückhaltend: Der Primat der eigenen Staatsinteressen Katars wurde augenscheinlich. Der Herrscher in Doha war weit davon entfernt, aufsässige Bürger am Golf zu dulden – zumal die eigene Machtposition als Minderheit im eigenen Land zuweilen unkalkulierbar erscheint.

Die arabischen Proteste brachten auch eine feine außenpolitische Balance ins Wanken, die Katar über Jahre aufrechtzuerhalten imstande war. Es lag dem Emirat viel daran, sowohl zu den Vereinigten Staaten und seinen Verbündeten wie etwa Saudi-Arabien als auch zu Iran gute Beziehungen zu pflegen.³⁴ Seit 1998 ist Katar Sitz des Hauptquartiers der US-Truppen in Nahost; im Irak-Krieg von 2003 fungierte es als Kommandozentrale der Amerikaner. Gleichzeitig gilt der Staat als Financier von Salafisten und islamischen Extremisten. Immer wieder wird Katar die Unterstützung von als terroristisch eingestuften Gruppen wie etwa der *Hamas* in Gaza oder der somalischen *Al Shabaab*-Milizen vorgeworfen. Neuerdings wird Katar auch im Zusammenhang mit der sich selbst zum „Islamischen Staat“ ernannten Schreckensherrschaft in Teilen des Irak und Syriens genannt.³⁵ Der Staat distanziert sich stets davon, wird aber von vielen Beobachtern für unglaublich gehalten. Selbst wenn keine direkten staatlichen Gelder in die Finanzierung der genannten

Gruppen fließen und die Unterstützung einzig von Privatleuten ausgeht,³⁶ weigert sich das Land doch weiterhin, die Beteiligung eigener Staatsbürger an Kämpfen im Ausland sowie den Aufruf zu einer solchen Beteiligung unter Strafe zu stellen. Diese Missachtung der UNO-Resolution 2170 hat zur Folge, dass die Werbung, Rekrutierung von Kämpfern und finanzielle Unterstützung des sogenannten „Islamischen Staats“ in Katar ohne strafrechtliche Konsequenzen möglich sind.

„Noch keinen Sklaven gesehen“ – Kritik und Kritikfähigkeit

Die internationale Kritik an Katars Politik – insbesondere aus den europäischen Staaten, die sich mit einer dramatisch gestiegenen Anzahl an Kriegsflüchtlingskonfrontiert sehen – erfuhr erst in den vergangenen Monaten einen Höhepunkt, als die Frage aufkam, warum die reichen Golfstaaten in ihren eigenen Ländern keine arabischen Flüchtlinge aufnehmen, obwohl sie in die Konflikte in der Region eingreifen und sich wie Katar als Anwälte der protestierenden Völker gebärden. Die Direktheit der europäischen Kritik – sei es wegen der Außenpolitik oder auch der Missachtung der Menschenrechte im eigenen Land – ist den Katarern, die tief in der arabischen Kultur verwurzelt sind, in der eine sehr viel indirektere Art der Kommunikation gepflegt wird, als es hierzulande üblich ist,³⁷ zutiefst zuwider und suspekt. Das Land, das so ambitioniert am eigenen Image arbeitete, versteht die Welt nicht mehr. Christopher Newman von der *Qatar Foundation* bringt es auf den Punkt, wenn er im Interview über die Berichterstattung zur Gastarbeitersituation in Katar sagt: „Vorwürfe anzubringen wird Ihnen nicht die richtige Antwort einbringen.“³⁸ Es hänge davon ab, wie man die Botschaft überbringt.

Dass in Katar Menschen unter untragbaren Zuständen leiden, steht außer Frage. Bei näherem Hinsehen erweist sich aber auch manche Medienberichterstattung als angreifbar

33 Aktham Suliman: Vergiss, was du gesehen hast!, in: FAZ, 11.12.2012, online: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/ein-abschied-von-al-dschazira-vergiss-was-du-gesehen-hast-11988966.html> [Stand: 17.09.2015].

34 Seit den Protesten gegen Assad in Syrien und der klaren Positionierung Katars gegen das mit Iran verbündete Regime steckt das Verhältnis zu Iran in einer tiefen Krise.

35 Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, der sich bereits mit seinem Ausspruch, in Katar gehe man „mit den Kamelen spazieren“, am Golf nicht gerade beliebt machte, sprach im Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin vom „Stichwort Katar“ in Bezug auf die Finanzierung des „IS“.

36 Eine flammende und nichtsdestoweniger interessante Verteidigung des Emirats erfolgte durch Andreas Krieg: Was Katar wirklich will, in: zenithonline, 22.08.2014, online: <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/a/artikel/was-katar-wirklich-will-004194/> [Stand: 17.09.2015].

37 Natürlich ist dies eine stark verkürzende Feststellung. Sie entstammt den Thesen von Kulturtheoretikern wie Geert Hofstede, die auch ihre Kritiker haben. Die Autorin ist der Ansicht, dass kulturelle Tendenzen und Prägnungen – mit denen die Individuen einer Gesellschaft selbstredend sehr unterschiedlich umgehen, weshalb eine Binnendifferenzierung immer angebracht ist – nichtsdestotrotz existieren.

38 Kristina Milz: „Es hängt davon ab, wie man die Botschaft überbringt“. Interview mit Christopher Newman, in: zenith März/April 2014, S. 76 f. hier S. 77.

und oberflächlich.³⁹ Zudem wird die Schuld an der Situation der Arbeiter gerne den Katarern alleine zugeschrieben – Ressentiments gegen die reichen „Scheichs“ schwingen nicht selten dabei mit. Doch es ist zu einfach, mit dem Finger einzig auf das Emirat zu zeigen: An dem Geschäft verdienen auch viele andere – nicht zuletzt internationale Unternehmen, die oftmals nicht so genau hinschauen, Subunternehmen für die Rekrutierung und Verwaltung von Arbeitnehmern engagieren und so glauben, die Verantwortung abgeben zu können.⁴⁰ Auch deshalb stoßen die Schlagzeilen den Katarern übel auf und oftmals wird reflexartig zurückgeschossen. Ein Redakteur des Senders *Al-Jazeera* lässt sich bei Tisch sogar zu der Behauptung hinreißen, es gebe gar kein Arbeiterproblem: „Das sind alles Lügen.“

In der europäischen Berichterstattung fallen immer wieder Worte wie „Sklaverei“. Tatsache ist: Das in Katar wie in anderen Golfstaaten verbreitete *Kafala*-System verpflichtet jeden ausländischen Arbeiter im Land dazu, sich unter Patronage eines katarischen Garanten oder „Sponsors“ zu stellen. Der sogenannte *Kafil* bürgt für den Arbeitnehmer und soll ihm eigentlich Schutz und Hilfe bieten. De facto bestimmt er dadurch aber auch, ob und wie lange der Arbeiter im Land bleiben darf. In zahlreichen Fällen führt das tatsächlich zu Verhältnissen totaler Abhängigkeit. Das System ist anfällig für Missbrauch, möglicherweise begünstigt es skrupellose Ausbeuter sogar.⁴¹ Aber „Sklaverei“?

Franz Beckenbauer jedenfalls hat „noch keinen einzigen Sklaven“ in Katar gesehen. Dies berichtete er 2013 im Fernseh-Interview. „Die“ – wen auch immer Beckenbauer damit meinte – liefen alle frei herum und seien nicht „in Ketten gefesselt“. Der Fußballfunktionär sagte: „Ich habe mir vom arabischen Raum ein anderes Bild gemacht und ich glaube, mein Bild ist realistischer.“⁴² Unwissenheit oder Zynismus? Wer es gut meint mit dem „Kaiser“, plädiert auf ersteres. Natürlich ist das Bild der

Sklaverei ein schiefes. Und natürlich ist Beckenbauers Aussage zynisch. Beides wird der komplexen Situation nicht annähernd gerecht, unter der in Katar de facto aber tausende Menschen leiden. Ja, die Arbeitsmigranten sind freiwillig im Land. Genauer: Sie, die Verlierer der Globalisierung, sind aus freien Stücken gekommen, um am Gewinn teilzuhaben. Was sie in Katar erwartet, wissen nicht alle, aber viele.

Etliche werden bereits in ihren Heimatländern betrogen, zahlen horrende Summen an zweifelhafte Agenturen, um ein Arbeitsvisum zu erhalten. Nicht wenige arbeiten das ganze erste Jahr nur dafür, diese Kosten wieder abzubezahlen, manche sogar länger. Anderen wird der Pass von ihren Sponsoren entzogen – auch das ist gesetzlich verboten. Manche sind aber froh darüber, weil das wichtige Dokument so im besten Fall in Sicherheit ist. Für wieder andere bedeutet es, dass die Willkür des Arbeitgebers sie ans Land fesselt. Auch dann, wenn sie lieber gehen wollen.



Drei Männer und ein Rechtsverstoß: Raj Bahadoor (unten links) mit seinen Kollegen im gemeinsamen Zimmer. Die Stockbetten sind nach katarischen Recht verboten – die meisten Baufirmen interessieren das genauso wenig wie in diesem Fall die *Al Habtoor Leighton Group (HLG)*, eine Tochter des Baukonzerns *Hochtief*.

39 So war etwa schon im Jahr 2013 vielfach von „WM-Baustellen“ die Rede, als diese noch gar nicht existierten, sondern an anderen Bauprojekten gearbeitet wurde. Eines von vielen Beispielen ist *Focus Online* mit der Überschrift „Tote und Zwangsarbeit auf WM-Baustellen in Katar“ am 26.9.2013: http://www.focus.de/sport/fussball/wm-2022/tid-33792/katastrophale-arbeitsbedingungen-moderne-sklaverei-44-tote-auf-wm-baustellen-in-katar_aid_1113554.html [Stand: 17.09.2015].

40 Ausführliches Dossier über die deutschen Unternehmen in Katar vor dem Hintergrund der Gastarbeiterproblematik mit dem Titel „Wir alle sind Katar“ in: *zenith*. Zeitschrift für den Orient, März/April 2014, S. 60–77.

41 Zum *Kafala*-System und der Kritik daran vgl. auch Surak (wie Anm. 3), S. 1030f.

42 Das Interview ist nachzusehen auf <https://www.youtube.com/watch?v=ZUPfm4zsVNQ> [Stand: 21.09.2015].



Busse holen die Arbeitsmigranten von der Spätschicht ab. Die Skyline von Doha ist das meistfotografierte Motiv Katars; in der Regel fehlt dabei jedoch ein Hinweis darauf, wer die teure Architektur erbaut hat.

Ein weiteres Problem ist die Sicherheit am Arbeitsplatz. Der Arbeiter aus Asien scheint eine schier unerschöpfliche Ressource zu sein. Manche Firmen legen auf die Sicherheit ihrer Arbeitnehmer daher offenbar weniger Wert als notwendig. Der internationale Gewerkschaftsbund (ITUC) sagte: Wenn sich an den Verhältnissen auf dem Bau nichts ändert, werden bis zu 4.000 Arbeitsmigranten bis zum WM-Jahr 2022 sterben. Hauptgründe sind die hohen Temperaturen im Sommer, Dehydrierung und mangelnde Hygiene in den Unterkünften.

Reformen und Hindernisse

Dennoch gibt es auch in Katar Menschen, die es ernst meinen mit verbindlichen Standards und einer neuen „Arbeitsethik“: *Education City*, Cafeteria im gemeinsamen Campus für Studenten aller Universitäten in der katarischen „Bildungsstadt“. Menschenrechtsaktivist Aakash Jayaprakash hat eine NGO gegründet und eine Hotline eingerichtet für Arbeiter, die nicht wissen, wohin in und mit ihrer Not. Es gebe auch Fortschritte, sagt Jayaprakash. Zum Beispiel die Abteilung „*Health, Safety, Security and Environment*“ der *Qatar Foundation* (QF): eine Stelle, die im September 2013 einzig dafür eingerichtet wurde, um die Situation der Arbeiter zu verbessern, die an Projekten der halbstaatlichen Stiftung beteiligt sind. Der QF steht Sheikha Mozah vor, die Mutter des jungen Emirs Tamim Bin Hamad Al Thani.⁴³ Sie widmet sich der Förderung von Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsprojekten. Von QF wurden bereits vor Gründung der Abteilung Mindest-

standards für Arbeiter entwickelt, die seit April 2013 in jedem neuen Vertrag stehen. Die Stockbetten seien noch das geringste Problem, sagt Jayaprakash. Wichtiger sei es, den Anwerbeumständen nachzugehen. Die Arbeiter müssten angemessen bezahlt werden, die Baufirmen umfassend kontrolliert. Viele Firmen verstoßen gegen internationale Standards und katarisches Recht. Sie zu kontrollieren, ist die größte Schwierigkeit im Kampf um die Menschenwürde, den Jayaprakash und andere Aktivisten täglich kämpfen, eine flächendeckende Kontrolle durch Ehrenamtliche ist selbstredend Utopie. Das Personal aber, das der Staat dafür zur Verfügung stellt, reicht lange nicht aus.

Ist vielleicht auch der Wille zu schwach? Die Empathie zu gering? Ist etwa der in Katar vorherrschende Rassismus auch ein Grund dafür, dass so lange nichts gegen die Probleme unternommen wurde? Ein Aktivist, der gegen die Diskriminierung der Arbeitsmigranten kämpft, aus Vorsicht aber nicht namentlich genannt werden will, ist davon überzeugt. „Ich selbst habe einen indischen Pass, obwohl ich in Katar geboren wurde“, sagt er. In Katar zählt nur der als Bürger, dessen Vater bereits die Staatsbürgerschaft hatte. Katarer, die sich auf eine Stelle bewerben, schicken manchmal sogar eine Kopie des Ausweises der Mutter mit – um ihre Abstammung hervorzuheben. Er habe den Rassismus am eigenen Leib oft genug erlebt, so der Inder – einer der Gründe für sein heutiges Engagement, sagt er ernst.⁴⁴

Die Diskriminierung richtet sich insbesondere gegen die asiatischen Fremdarbeiter im Land. „Wenn wir den Nepalesen gute Matratzen kaufen würden, wäre das verschwendetes Geld. Sie schlafen ohnehin lieber unter den Betten – so, wie sie es von zuhause gewöhnt sind“, meint ein katarischer Geschäftsmann aus dem Baugewerbe. Stereotypen aber haben nicht nur Katarer im Kopf. Eine deutsche Managerin, die in Doha lebt, berichtet stolz von der „Entwicklungshilfe“, die sie mit ihrem philippinischen Hausmädchen betreibt. Die seien doch daran gewöhnt, in „Lehmhütten zu hausen“, und machten mit 300 Euro im Monat sehr viel Geld. Die Diskussion um die widrigen Arbeitsbedingungen hält sie für ein Komplott der englischen Presse, die Katar die WM nicht gönne.⁴⁵ Deutsche Expats in Doha gehören nach katarischer Gesellschaftsordnung der Kaste der „Experten“ an. Ingenieure, Manager, PR-Berater. Fachkräfte, vor allem aus Europa und den Vereinigten Staaten, die meist unter sich bleiben und privat weder mit den Arbeitern aus Asien noch mit den Katarern verkehren.

43 Ein interessantes Kurzporträt der Frau, die auf dem internationalen Parkett die moderne Seite Katars zeigen soll, liefert Daniel Gerlach: Mozah Bint Nasser Al Missned. Das Gesicht Katars, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 28), S. 92.

44 Milz (wie Anm. 7), S. 69.

45 Ebd.



Hier kochen die Gastarbeiter in einer Unterkunft, die von der Firma HLG gestellt wird.

„Schmutzig sind sie auch“: Ressentiments

Zurück bei Großvater Mohammad und Enkel Hasan: Die Familie lädt nachmittags zum Tee. Unmengen an Gebäck und anderen Süßwaren stehen im Zelt bereit, kleine Kinder springen lachend auf dem Boden herum oder schlafen zufrieden vor sich hin. Die Erwachsenen wischen und tippen emsig auf ihren Smartphones, zwischen den einzelnen Nachrichten werden Höflichkeiten mit den Gästen ausgetauscht. Zwei Anwesende aber passen nicht so recht ins Bild: eine Frau vermutlich Mitte vierzig, sie steht gebückt in der Ecke, und ein junges Mädchen; beide asiatischer Herkunft. Die Augen sind von Müdigkeit gezeichnet, sie tragen Schwarz, Grau, Braun und richten den Blick konsequent gen Boden. Sie sind auf der Hut. Als Hasan sie plötzlich laut auf Arabisch anschreit, zucken sie kurz zusammen, das junge Mädchen strafft kaum merklich die Schultern. Sie sehen weiter auf den Boden. Was Hasan so wütend macht, ist nicht ersichtlich. Schließlich verlassen die beiden Frauen das Zelt.

„Die asiatischen Hausmädchen sind alle so faul, es ist nicht auszuhalten“, erklärt Hasan später. „Viele klauen –

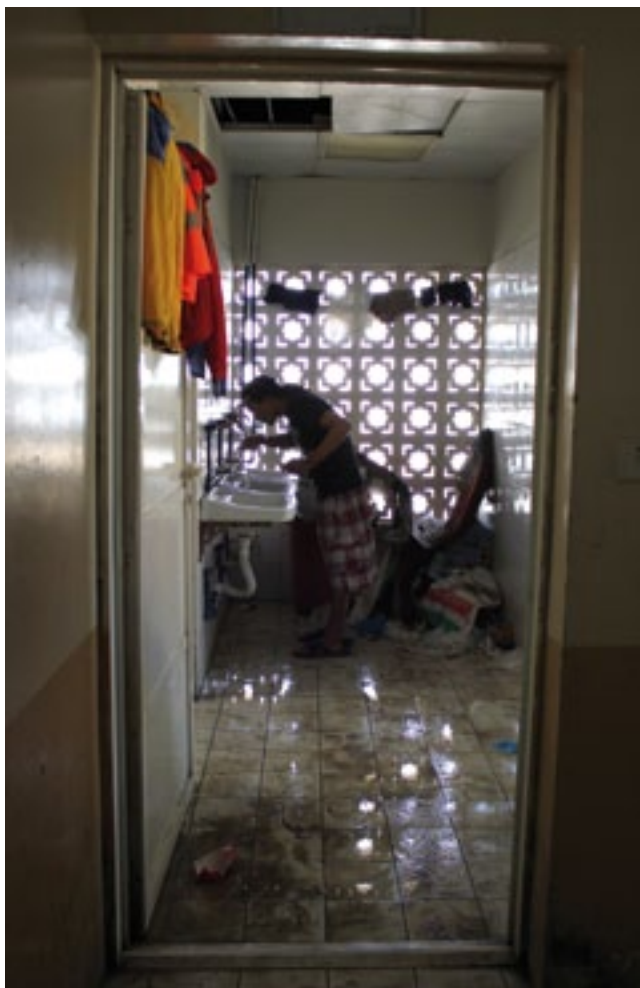
man muss höllisch aufpassen. Schmutzig sind sie auch“, klagt er. Wenigstens müsse er sich nicht mit schwangeren Philippinas herumschlagen, schiebt er hinterher. Die Hausmädchen in seiner Familie kommen aus Indonesien; zügellose Nicht-Muslimas hole er sich nicht nach Hause. Hasan, der noch wenige Minuten zuvor so eloquent und einnehmend über die Geschichte seiner Vorfahren sprach, zeigt plötzlich ein ganz anderes Gesicht.⁴⁶

Die Tragödie der Hausmädchen in Katar ist eine nicht weniger große als die der Gastarbeiter auf den Baustellen, auch wenn darüber nicht annähernd so viel berichtet wird. Junge Mädchen begehen reihenweise Selbstmord, weil sie in manchen Familien wie Tiere gehalten werden. Sie müssen auf dem Boden schlafen, Nachtruhe gewährt man ihnen nur wenige Stunden, Kontakt zu Freunden und Familie streng verboten. Sie werden geschlagen und vergewaltigt. Wenn sie dann schwanger sind, findet sich meist ein Weg, sie loszuwerden. *Amnesty International* hat einen erschütternden Bericht mit dem Titel „Mein Schlaf ist meine Pause“ dazu veröffentlicht.⁴⁷ Die dokumentierten Fälle sind erschreckend – zumal es für viele Opfer kaum möglich ist, mit ihrem Schicksal nach außen zu dringen. Sie führen kein eigenes Leben.

Natürlich behandeln nicht alle Familien – katarische wie Expat-Haushalte – die Mädchen schlecht. Eine junge Frau von den Philippinen zum Beispiel, sie nennt sich „Happy“, hat es gut getroffen. Sie fühle sich sehr wohl in der Familie, die sie engagiert hat, sagt sie. Die stammt ursprünglich aus Spanien; die Wirtschaftskrise hat die Frau, ihren Mann und die zwei Kinder nach Katar getrieben: Das Gehaltsangebot war zu verlockend. Als Stütze im Haushalt wäscht, kocht und putzt Happy. Viel Arbeit sei das, ja, sagt sie – aber sie habe auch freie Zeit und ein eigenes Zimmer, erzählt sie fröhlich. Sie zeigt stolz ein i-Pad, das ihre Chefin ihr geschenkt habe, zu Weihnachten. Über Skype hält sie Kontakt zu Familie und Freunden. Happy weiß aber auch, dass sie großes Glück hat: Eine ihrer Freundinnen habe sich in einen indischen Chauffeur verliebt. Als sie schwanger war, sei sie zur Abtreibung gezwungen und dann mit dem nächsten Flieger nach Hause geschickt worden. Sie erzählt von anderen, die Suizid begingen; von Familienvätern, die die Mädchen vergewaltigt und von ihren eigenen Töchtern sexuelle Enthaltsamkeit vor der Ehe gefordert haben sollen.

.....
46 Quelle: Gespräch mit der Autorin im Januar 2014.

47 Der Bericht lässt sich in englischer Sprache hier herunterladen: <https://www.amnesty.org/en/documents/MDE22/004/2014/en/> [Stand: 21.09.2015].



Der Waschraum der Arbeiter in der Sammelunterkunft der HLG lädt selbst zur Reinigung ein.

„Sodomie“ in der Wüste

Zoe, der *Ladyboy* aus dem Friseur-Salon, spricht sehr offen über die Doppelmoral in der katarischen Gesellschaft. Jedes Phänomen der Homosexuellenszene etwa gebe es auch im Emirat, ist sie überzeugt. Sie selbst habe etwa ein Dutzend katarische *Ladyboys* als Freunde. Sie tragen oft lange Haare, die sie im Alltag zusammenbinden. Zoe erzählt von rauschenden Privatpartys in den Dohaer Luxushotels. Auf ihren Festen tragen die einheimischen *Ladyboys* Make-up, filigranen Schmuck, „unfassbar hohe Absätze“ – und die Abaja, die traditionelle Kleidung der Frauen in den Golfstaaten. Wenn sie die Party verlassen, steigen sie wieder in ihre weißen *Thawbs*, die Tracht der Männer. Über ihre Freier sagt sie, dass sie meist schon Erfahrung mit katarischen Prostituierten hätten – ja, auch die gibt es im Land. Sie nähmen wesentlich weniger als Zoe.

Wenn Zoe von ihren katarischen Freiern schwärmt – „ich liebe die Leute hier, sie behandeln dich, als wärst du

etwas ganz Besonderes“ –, lächelt sie spitzbübisch. Auch ihre Mutter habe sich für sie gefreut. Sie habe ihr aber auch mit auf den Weg gegeben, dass sie aufpassen solle, nicht erwischt zu werden. In den 1990er Jahren informierte die philippinische Regierungsbehörde *Overseas Employment Administration* im Inselstaat darüber, dass Homosexuelle in Katar nicht arbeiten dürfen. Es war eine Reaktion auf Massenverhaftungen und Ausweisungen schwuler Philippiner aus dem Emirat. 1995 erregte dann der Fall eines homosexuellen US-Amerikaners Aufsehen, der sechs Monate in Haft saß – nachdem er 90 Peitschenhiebe über sich hatte ergehen lassen müssen.

Damals galten noch härtere Strafen für „Sodomie“. ⁴⁸ So wird in vielen arabischen Ländern heute schlicht alles bezeichnet, was abseits des heterosexuellen vaginalen Geschlechtsverkehrs liegt. Dass die körperliche Liebe zweier Männer dazugehört, darin ist man sich am Golf jedenfalls einig. 2013 haben die Golfstaaten beschlossen, Tests auf Homosexualität einzuführen, um die Menschen davon abzuhalten, ihre Länder zu betreten. Wie diese aussehen sollen, ist bisher nicht bekannt.

„Man kann hier nicht offen schwul leben“, sagt Zoe über ihre katarischen Freunde, die homosexuell sind. „Aber die Art, wie sie reden, wie sie sich bewegen – das können sie nicht so einfach verändern“, sagt sie. Auch zuhause dürften die schwulen Katarer nicht so sein, wie sie sind. „Oft fragen sie mich, wie es ist, offen homosexuell zu leben“, erzählt Zoe. Auf den streng katholisch geprägten Philippinen hatte sie es zwar ebenfalls nicht leicht, doch sie war Entertainerin im japanischen Osaka. Und sie hatte schon viele Beziehungen mit europäischen und amerikanischen Männern, die sie in deren Heimat besucht hat. Das wissen ihre Freier und Zoe klärt gerne darüber auf.

Eine Gesellschaft, in der Homosexualität strikt tabuiert wird, ist noch sehr viel weiter davon entfernt, neben Mann und Frau auch andere geschlechtliche Identitäten, wie die von Zoe, anzuerkennen. Zudem ist Prostitution illegal im Emirat. Es gilt als „gesellschaftliches Verbrechen“ und wird mit bis zu drei Jahren Haft bestraft. Zoe mit ihrem Doppelleben droht noch Schlimmeres: „Jeder, der Ehebruch oder Sodomie als Beruf ausübt, wird mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft“, heißt es in Artikel

.....
48 Das Schlagwort muss in vielen Ländern für alle möglichen Formen der Sexualität herhalten, um diese zu verdammen: ein pseudoreligiöser Rekurs auf die Geschichte der Stadt Sodom. Sie steht im Alten Testament und im Koran. Religionsgelehrte streiten darüber, wie die Geschichte genau zu deuten ist: Bestraft Gott die Homosexualität oder die Vergewaltigung? Ein entscheidender Unterschied.



Werbung für die Fußball-WM 2022 an der Kamelrennbahn bei Doha. Auf den Bildern ist His Highness Sheikh Hamad bin Khalifa Al-Thani (li.) mit seinem Sohn His Excellency Sheikh Mohammed bin Hamad Al-Thani (Mitte, Chairman of Bidding Qatar) mit WM-Pokal und Noch-FIFA-Präsident Joseph S. Blatter abgebildet.
Foto: ullstein bild/Pressefoto Ulmer

298 Strafgesetzbuch. Und nicht nur das: Die Ehre ihrer Familie sei vielen Freiern heilig. Sie müsse vorsichtig sein, wenn sie nicht bei einem „tragischen Unfall“ ums Leben kommen wolle.

Kollateralschaden an der Menschenwürde?

Das katarische Strafgesetzbuch ist überschrieben mit den Worten „Im Namen Gottes, des Allernädigsten, des Allerbarmherzigsten“. Zoe sagt, sie habe schon vielen Katarern erzählt, dass sie *Ladyboy* sei. Nachdem sie ihnen gesagt habe, dass sie Christin ist und nicht Muslima, sei es für die meisten okay gewesen. Dass Zoe mit dem Gedanken spielt, zum Islam zu konvertieren, dürfte ihnen nicht gefallen.

Für Zoe war der Weg nach Doha eine weitreichende Entscheidung. Sie musste ihr langes Haar abschneiden, bevor sie in das Flugzeug nach Katar stieg. Auch das Silikon in ihren Brüsten, das japanische Ärzte einst implantierten, musste wieder raus und die Hormontherapie abgebrochen werden. Es war die Bedingung ihres katarischen Arbeitgebers, des Inhabers des Friseursalons. Von den restriktiven Gesetzen und den gesellschaftlichen Tabus in Katar sind alle betroffen. Auch die Touristen übrigens, wenn es nach Noch-FIFA-Chef Sepp Blatter geht: Seiner Meinung nach sollen 2022 bei der WM schwule Fußballfans in Katar

„jegliche sexuelle Aktivität unterlassen“. ⁴⁹ Homosexuellenverbände zeigten sich erschüttert.

Katar und die Menschenrechte: eine Diskussion, die das Land durch sein Geltungsbedürfnis auf dem internationalen Parkett selbst hervorgerufen hat. Auch weil es sich wie kaum ein anderer Kleinstaat auf der Weltbühne exponiert hat, muss es sich kritische Nachfragen gefallen lassen. „Sport ist der beste Weg, um jedermann auf dem Globus zu erreichen“, brachte Emir a.D. Hamad bin Khalifa Al Thani es einmal treffend auf den Punkt. Dabei handelt es sich nicht um eine Einbahnstraße: Erst der Fußball hat so auch den Blick auf das Schicksal der Gastarbeiter gelenkt. Man könnte auch sagen: Einzig deshalb interessiert sich die Weltöffentlichkeit überhaupt für die Zustände im Emirat. Darin steckt nicht zuletzt auch eine große Chance: Katar ist ein Entwicklungsland, das beweisen kann, dass eine wirtschaftliche Revolution auch ohne den Kollateralschaden an der Menschenwürde funktioniert. Das nötige Kleingeld jedenfalls wäre vorhanden. ▀

.....
⁴⁹ Ein Videoausschnitt der besagten Pressekonferenz ist nachzusehen beim *Guardian*: <http://www.theguardian.com/football/2010/dec/14/blatter-gay-fans-qatar-world-cup> [Stand: 21.09.2015].

Kooperation und Konfrontation

Landtag und Regierung im parlamentarischen Neubeginn in Bayern 1946–1962

von Wolfgang Reinicke



Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung in der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität in München (Redner am Pult: Präsident Dr. Michael Horlacher), München, 11. September 1946

Foto: Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg (Bayer. Pressebild, bp-0635.3.1)

„Eine Verfassung ist kein Gesellschaftsspiel für Regentage in der Sommerfrische, wo man sich alle möglichen und unmöglichen Fälle zurechtlegt, weil man nicht ins Freie hinaus kann, weil es draußen regnet. Man muß sich fragen, was sind die Grundgedanken, die für den ganzen Bau maßgebend sind.“¹ So charakterisierte der Staatsrechtsgelehrte Hans Nawiasky die Bedeutung, die er der Arbeit an der Bayerischen Verfassung, an der er beratend beteiligt war, beimaß.²



Hans Nawiasky beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, 1948
Foto: sz-photo

Stärkung der Regierung gegenüber dem Landtag

Einer der Grundgedanken der Bayerischen Verfassung war die Stärkung der Regierung gegenüber dem Landtag. Die Erfahrungen aus der Weimarer „Instabilitätsrepublik“³ und aus der Machtübernahme der Nationalsozialisten hatten die Mütter und Väter der Verfassung regelrecht traumatisiert. Sie befürchteten, dass sich die damaligen Auswirkungen solch fragiler Verhältnisse und das Abgleiten in eine Diktatur wiederholen könnten. Diese Angst mischte sich mit dem Zweifel am Gelingen einer Demokratisierung in dem von der amerikanischen Besatzungsmacht vorgegebenen Tempo. Gleichzeitig schätzte man die Last der Aufgaben, die von der künftigen Regierung zu schultern war, als so gewaltig ein, dass jede Beeinträchtigung ihrer Arbeit vermieden werden sollte. So entstand eine, zumindest in ihrem Ersten Hauptteil, verspätete „Schlechtwetter-Verfassung“ für Weimarer Verhältnisse.

Bayern wurde bei Kriegsende 1945 von amerikanischen und französisch-marokkanischen Truppen befreit und gehörte anschließend zur US-Besatzungszone. Die Amerikaner richteten Militärregierungen ein, die die Demokratisierung auf Zonen-, Landes- und Regionalebene in Gang setzten. Unter der Oberhoheit der US-Militärregierung für Deutschland (OMGUS) und für Bayern (OMGB) vollzog sich auch die Verfassungsgebung 1946 in Bayern.

.....
1 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Verfassungs-Ausschusses der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung, 28. Sitzung, 03.09.1946, Bd. 3, München 1948, S. 604. Dokumente zur Verfassungsgebung s. auch <http://www.bayerische-landesbibliothek-online.de/landtagverfassungsgebung> [Stand: 01.09.2015].

2 Dieser Beitrag geht auf die 2014 erschienene Dissertation „Landtag und Regierung im Widerstreit. Der parlamentarische Neubeginn in Bayern 1946–1962“ des Autors zurück, die sich einer Kernfrage dieser Verfassung widmet, nämlich der Frage nach dem Verhältnis von Legislative zu Exekutive. Die Studie untersucht, wie es nach dem Zusammenbruch der zwölfjährigen Diktatur der Nationalsozialisten überhaupt möglich war, politische Institutionen aufzubauen, in die Vertrauen gesetzt werden konnte. Nachweise und Quellen in: Wolfgang Reinicke: Landtag und Regierung im Widerstreit. Der parlamentarische Neubeginn in Bayern 1946–1962 (= Beiträge zum Parlamentarismus, 19), München 2014. Die Studie ist kostenfrei zu beziehen: Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München.

.....
3 So das Diktum des Historikers Rudolf Morsey; vgl. etwa Morseys Rezension zu Ulrich Herberts Studie „Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland – Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge“, in: FAZ vom 01.10.2001, S. 9.



Militärgouverneur Walter J. Müller und sein Stab auf dem Weg zur Verfassungsgebenden Landesversammlung in München, 15. Juli 1946
 Foto: Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg/Bayer. Pressebild

Insbesondere die beiden großen Parteien CSU und SPD setzten alles daran, um eine stabile Grundlage für den Neuaufbau zu legen, der mithilfe der Verfassung abgesichert werden sollte. Die Mütter und Väter der Verfassung fürchteten, dass das politische Tagesgeschäft von Parteienstreit gelähmt würde, wie sie ihn bereits in der Weimarer Republik erlebt hatten. Als uneinnehmbaren Turm im Staatsgebäude planten sie deshalb das Amt eines Bayerischen Staatspräsidenten. Er hätte Wogen politischen Streits glätten und im Krisenfall – etwa wenn der Landtag sich nicht auf die Wahl eines Regierungschefs hätte verständigen können – das Ruder im Freistaat übernehmen sollen. Da der Staatspräsident bei der entscheidenden Abstimmung knapp scheiterte, wurde als Ersatz die Stellung des Bayerischen Ministerpräsidenten im Vergleich zur Bamberger Verfassung von 1919 massiv gestärkt: Als Chef der Regierung bestimmt er die Richtlinien der Politik, beruft und entlässt mit Zustimmung des Landtags die Mitglieder seines Kabinetts. Sein Rücktritt hat den Rücktritt aller anderen Regierungsmitglieder zur Folge.⁴

4 Zur Genese der Bayerischen Verfassung und ihrer Bestimmungen vgl. Barbara Fait: Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassungsgebung in Bayern 1946 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 114), Düsseldorf 1998.

Abschaffung des parlamentarischen Misstrauensvotums

Da die Verfassungsgeber von 1946 die häufigen Regierungswechsel vor 1933 als Grundübel für das Scheitern der damaligen Demokratie ausgemacht und das Misstrauensvotum als Hauptursache dafür identifiziert hatten, waren sie – nach anfänglichem Zögern von SPD und KPD und gegen den entschiedenen Widerstand der FDP – bereit, darauf in der neuen Verfassung zu verzichten. Dabei übersahen sie allerdings, dass das Misstrauensvotum in Bayern so gut wie gar keinen Einfluss auf die Regierungsverhältnisse ausgeübt hatte – es war zwischen 1919 und 1933 nur ein einziges Mal gegen einen einzelnen Minister (am 13. Mai 1921 gegen Kultusminister Franz von Matt) beantragt und mit großer Mehrheit abgelehnt worden.⁵ Auf Reichsebene waren hingegen per Misstrauensantrag immerhin zwei von 19 Regierungen gestürzt worden und schon die schiere Möglichkeit eines Misstrauensvotums hatte vielfach lähmend gewirkt.⁶ Das Hauptproblem der Wei-

5 Vgl. Bayerischer Landtag (Hg.): Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte 1920/24, Bd. 3, München 1921, 63. Sitzung, 13.05.1921, S. 128.

6 Vgl. Lutz Berthold: Das konstruktive Mißtrauensvotum und seine Ursprünge in der Weimarer Staatsrechtslehre, in: Der Staat 36 (1997), S. 81–94, hier S. 82.

marer Regierungsverhältnisse hatte jedoch in der mangelnden Fähigkeit zum politischen Kompromiss und zu echter Zusammenarbeit der politischen Kräfte über Parteigrenzen hinweg bestanden. Insbesondere zwischen den bürgerlich-konservativen Parteien und der SPD, die für das Trauma der Revolution von 1918 verantwortlich gemacht wurde, hatte ein ideologischer Stellungskrieg geherrscht. Auch die Bindung zwischen der Regierung und den sie tragenden Fraktionen war eher lose gewesen, was sich unter anderem darin äußerte, dass im Reichstag selbst Koalitionsfraktionen gegen die eigene Regierung stimmten.⁷

Das bayerische Regierungssystem

In Verkenntung dieser Zusammenhänge planten CSU und SPD 1946 unter Anleitung Nawiaskys zunächst, eine feste Regierung auf Zeit zu installieren, die – einmal gewählt – während der gesamten Legislaturperiode überhaupt nicht mehr hätte entfernt werden können. Da dies die Rechte des Landtags über Gebühr beschnitten hätte, akzeptierten die Vertreter der beiden großen Parteien den Kunstgriff Nawiaskys, dass der Ministerpräsident zurücktreten müsse, wenn er das Vertrauen des Landtags verloren habe. Wann diese Rücktrittspflicht als eingetreten zu gelten habe und wer darüber zu befinden habe, wurde nicht definiert. Die Verfassungswirklichkeit sollte so flexibel wie möglich bleiben. Klar war nur, dass – sofern ein Ministerpräsident trotz Vertrauensverlusts nicht zurücktreten oder ein Regierungsmitglied vorsätzlich gegen ein Gesetz oder die Verfassung verstoßen würde – als letztes Machtmittel des Landtags die Ministeranklage vor dem Verfassungsgerichtshof möglich ist.

Zum überzeugten Anwalt dieses bayerischen Regierungssystems schwang sich der spätere Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) auf. Das Misstrauensvotum diskreditierte er als denkbar „primitivste“ Form, den Ministerpräsidenten per einfachen Beschluss, der zudem durch eine zufällige Mehrheit zustande kommen könnte, zum Rücktritt zu zwingen. Er argumentierte, dass ein missliebiger Regierungschef auch auf anderem Weg zum Amtsverzicht gedrängt werden könne – der Landtag müsse ihn nur „aushungern“, indem er ihm die Zustimmung zu seinen Vorlagen, etwa dem Staatshaushalt, verweigere.⁸ Dass dies einer Zumutung gleichkommt und die Staatsverwaltung

in unverantwortlicher Weise lähmen kann, spielte bei dieser Strategie keine Rolle.

In der Praxis führte die Abschaffung des Misstrauensvotums zur Verunklarung der Verhältnisse. Im Landtag kam es zu scharfen Diskussionen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Otto Bezold brachte es auf den Punkt: Regierungsmitglieder genossen in Bayern eine „außerordentlich angenehme Stellung“, da sie vom Landtag praktisch nicht aus dem Amt entfernt werden könnten, wenn sich der Ministerpräsident schützend vor sie stellte. Über das Recht, ein Regierungsmitglied zum Rücktritt zu zwingen, müsse ein Parlament jedoch unbedingt verfügen.⁹ Auch aus diesem Grund sah der Landtag in seiner Geschäftsordnung von 1954 die Möglichkeit vor, Anträge zu stellen, die darauf abzielten, die Voraussetzungen für die Rücktrittsverpflichtung des Ministerpräsidenten nach Art. 44 Abs. 3 Satz 2 BV als gegeben anzuerkennen. Doch da entsprechende Beschlüsse in ihrer Intention einem – ja gerade nicht vorgesehenen – Misstrauensvotum gleichgekommen wären, durften auch sie nicht die unmittelbare Rücktrittspflicht zur Konsequenz haben. Sie waren „nur“ dazu gedacht, dem Ministerpräsidenten den Vertrauensverlust klar vor Augen zu führen.

Schwierige Regierungsbildungen

Bei der Regierungsbildung ergaben sich bis Mitte der 1950er Jahre erhebliche Schwierigkeiten. Gleich die erste Legislaturperiode eröffnete mit einem Paukenschlag: Am 21. Dezember 1946 scheiterte die Wahl Josef Müllers zum Ministerpräsidenten. Der liberal eingestellte CSU-Parteivorsitzende war zwar der einzig nominierte Kandidat, ihm fehlte jedoch die Unterstützung des konservativen Flügels der eigenen Fraktion, der sich hinter Alois Hundhammer scharte. Der Fraktionsvorsitzende hatte es Müller nicht verziehen, dass dieser bei den Verfassungsberatungen die Einführung des Amtes eines Bayerischen Staatspräsidenten verhindert hatte.¹⁰ Nun vereitelte Hundhammer die Wahl seines politischen Intimfeinds zum Chef der Regierung. Gewählt wurde mit Hans Ehard (CSU) schließlich ein Kompromisskandidat, der auch der SPD vermittelbar war. Hundhammer und der SPD-Landesvorsitzende Wilhelm Hoegner meinten, mit ihm einen leicht

7 Vgl. Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 16), München 2012, S. 185.

8 Karl-Ulrich Gelberg (Einleitung u. Kommentar): Die Protokolle des Vorbereitenden Verfassungsausschusses in Bayern 1946 (= Quellentexte zur bayerischen Geschichte, 3), München 2004, 7. Sitzung, 03.04.1946, S. 155.

9 Bayerischer Landtag (Hg.): Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte 1950/54, Bd. 6, München 1954, 187. Sitzung, 11.03.1954, S. 967.

10 Zum Staatspräsidentenstreit vgl. Thomas Schlemmer: Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 41), München 1998, S. 128–148.



Gruppenbild des ersten Kabinetts Wilhelm Hoegner, rechts hinter Wilhelm Hoegner der spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard
Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag

zu kontrollierenden Platzhalter ins Amt zu bringen, doch Erhard entwickelte als Ministerpräsident rasch eigenes Profil und stand bis 1962 knapp zehn Jahre lang an der Spitze von vier Kabinetten. Darüber hinaus führte er den Landtag als Präsident mit großem Geschick durch die Phase der politischen Grabenkämpfe zwischen Opposition und Regierung während der Amtszeit der Viererkoalition. Da ihm andererseits das Amt des CSU-Parteivorsitzenden (1949–1955) nicht am Herzen lag, kann Erhard wohl am treffendsten als „Mann des Staates“ charakterisiert werden.¹¹

1954 erbrachte die Installierung dieser Viererkoalition den bis heute einzigen Beweis, dass es in Bayern möglich ist, gegen die stärkste Fraktion im Landtag die Regierung zu bilden. Der Landesvorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, machte sich das selbstgewisse Auftreten der CSU nach ihrem Wahlerfolg (45 Prozent) zunutze, um mit FDP, der Flüchtlingspartei GB/BHE und der Bayernpartei (BP) ein Bündnis zu schmieden.¹² Mit dem Scheitern dieses heterogenen und fragilen Zusammenschlusses und der Wahl Hanns Seidels (CSU) zum Ministerpräsidenten 1957 pendelten sich die Verhältnisse bei der Regierungsbildung wieder ein. Die CSU, die nach

11 Karl Möckl: Die Geschichte der politischen Repräsentation des Volkes in Bayern, in: Reinhold Bocklet (Hg.): Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, Bd. 1: Beiträge, München 1977, S. 29–51, hier S. 46.

12 Zur Viererkoalition vgl. Bernhard Taubenberger: Licht übers Land. Die bayerische Viererkoalition 1954–1957, München 2002, sowie Heike Bretschneider: Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der Fünfziger Jahre, in: ZBLG 41 (1978), S. 999–1038.

allen Landtagswahlen zwischen 1946 und 1958 über die meisten Sitze im Landtag verfügte, führte nun Kabinette mit FDP und GB/BHE. SPD und BP blieben außen vor.

Unzureichende Kontrollmöglichkeiten des Landtags gegenüber der Regierung

Gravierend für die Verfassungswirklichkeit wirkte sich aus, dass sich das Kontrollinstrumentarium des Landtags gegenüber der gestärkten Exekutive rasch als ungenügend erwies. Dies lag an Konstruktionsfehlern in Verfassung und Geschäftsordnungen. Die Verfassungsgeber gingen von einem scharfen Gegensatz zwischen Landtag und Regierung aus, der in der Praxis jedoch schon bald einer Frontstellung zwischen der Allianz aus Regierung und der (den) sie tragenden Mehrheitsfraktion(en) einerseits und der Opposition andererseits weichen sollte. Vor allem die Untersuchungsausschüsse gerieten in die Kritik: Mit viel Aufwand erhoben sie oft über mehrere Jahre hinweg eingehende Ermittlungen, doch der Ertrag blieb stets gering, denn auch wenn sie auf Antrag einer Minderheit eingesetzt werden mussten, bestimmte in ihnen – wie im Plenum – die die Regierung tragende parlamentarische Mehrheit. Zu politischen Konsequenzen führten die Ermittlungen deshalb fast nie. Die Folge war eine tief sitzende Frustration, insbesondere bei der Opposition. Dies führte dazu, dass immer weniger Untersuchungsausschüsse eingesetzt wurden – waren es in der ersten Legislaturperiode (1946–1950) noch 13, verzichtete der Landtag in der vierten Legislaturperiode (1958–1962) ganz darauf.¹³

Ähnlich sah es bei Anfragen und Interpellationen aus. Am Anfang wurden sie häufig genutzt, da sie der Opposition die Möglichkeit zu eröffnen schienen, die Regierung in eine für sie unangenehme öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung zu zwingen. Den größten Erfolg hatte eine Interpellation von FDP und BP, die 1952 wesentlich zum erzwungenen Rücktritt von Justizminister Josef Müller (CSU) beitrug. Da sich in den meisten Fällen die Mehrheit am Ende aber doch hinter die Regierung stellte und damit alle Vorstöße der Opposition abblockte, erlahmte auch diese Form der Kontrolle zusehends. Hinzu kam, dass die Exekutive – insbesondere Ministerpräsident Erhard – dazu überging, sich des Instruments einer „bestellten“ Interpellation aus den eigenen Reihen zu bedienen,

13 Zur Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse vgl. Jürgen Plöhn: Untersuchungsausschüsse der Landesparlamente als Elemente der Politik (= Sozialwissenschaftliche Studien. Schriftenreihe der Sozialwissenschaftlichen Institute der Universität Hamburg, 26), Opladen 1991, sowie Dirk Götschmann: Untersuchungsausschüsse, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44569 (25.11.2013).

um die Position der Regierung in einer bestimmten Frage darlegen zu können.

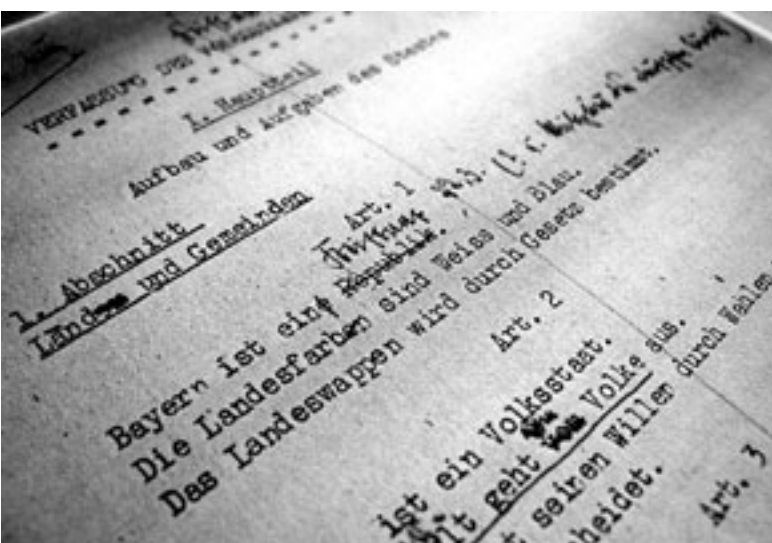
Ministeranklagen stellte der Landtag im Untersuchungszeitraum in keinem Fall. Diese Möglichkeit war 1952 kurzzeitig im Fall Müller in Erwägung gezogen, dann aber wieder verworfen worden. Die Zustimmungspflicht einer Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl erwies sich für dieses Kontrollinstrument in der Praxis als unüberwindbare Hürde. Der Verfassungsgerichtshof musste über lediglich drei Verfassungsklagen entscheiden, die zudem nicht *der* Landtag gegen *die* Staatsregierung erhoben hatte. Vielmehr handelte es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen Landtags*min*derheit und Landtags*me*hrheit. Es ging jeweils um die Frage, ob mit Mehrheit verabschiedete Gesetze zumindest in Teilen die Verfassung verletzten.¹⁴ Noch nicht zu nutzen verstand die Opposition das Machtmittel eines gezielt herbeigeführten Volksbegehrens und Volksentscheids, um so Druck auf die Regierungsmehrheit auszuüben. Diese Entwicklung setzte erst ab Mitte der 1960er Jahre ein.

Das Haushaltsrecht als Domäne des Landtags

Bleibt das Budgetrecht als parlamentarisches Druckmittel gegen die Regierung, das der Landtag bis 1962 so aufmerksam wahrnahm, dass – bis auf eine Ausnahme 1961 im Rahmen des Doppelhaushalts 1960/61 – kein Haushalt vor Beginn des Rechnungsjahrs verabschiedet werden konnte. In manchen Jahren wurde das Haushaltsgesetz erst wenige Tage vor Beginn des folgenden Rechnungsjahrs beschlossen. Daran Schuld trugen aber auch die Regierung, die die Vorlagen nur selten rechtzeitig einzubringen vermochte, und der Senat, der zum Etat gutachtlich Stellung nehmen musste. Vier Mal beschloss der Landtag defizitäre Haushalte: 1952 bis 1954 und im Nachtragshaushalt für 1957. Die restlichen Haushalte waren – zumindest formell – ausgeglichen. In der Mehrzahl der Fälle erhöhte der Landtag die Ansätze für Ausgaben und Einnahmen im Vergleich zu den Regierungsvorlagen leicht, wobei der Anteil der überhaupt nur beeinflussbaren freiwilligen Leistungen des Staates bis Mitte der 1950er Jahre auf 15 Prozent zusammenschmolz. Den großen Rest bildeten staatliche Pflichtleistungen, für die unabweisbare Rechtsansprüche vorlagen.¹⁵

Konfliktpotenzial zwischen Landtag und Regierung

Unleugbar ist, dass sich der Landtag immer wieder von der Regierung missachtet und an den Rand des politischen Geschehens gedrängt fühlte. Tatsächlich gebrach es der Exekutive gerade in der ersten Legislaturperiode an der gebührenden Wertschätzung gegenüber der Legislative. Dies äußerte sich in der mangelnden Präsenz von Regierungsvertretern in den Ausschuss- und Plenarsitzungen ebenso wie in der ausbleibenden Abstimmung politischer Vorhaben mit den (Koalitions-) Fraktionen. Der Grund dafür lag zum einen in der nachwirkenden Tradition der Jahre 1945/46, in denen die Exekutive auch für die Gesetzgebung zuständig gewesen war. Zum anderen standen für die Staatsregierung bis 1949 die Auseinandersetzungen mit der Militärregierung im Fokus ihrer Aufmerksamkeit. Der Landtag rückte demgegenüber ins zweite Glied, es sei denn, er bot dem Ministerpräsidenten oder anderen Kabinettsmitgliedern ein Forum, um ihren Forderungen gegenüber der Militärregierung, der Bizonenverwaltung oder dem Bund Nachdruck zu verleihen. Insbesondere Ministerpräsident Ehard erblickte im Landtag – entgegen seinem öffentlich abgelegten Bekenntnis



Der erste Entwurf der Bayerischen Verfassung, von Wilhelm Hoegner getippt und von Hans Ehard korrigiert
Foto: SZ-photo/Rolf Thym

14 Vgl. Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. Neue Folge, München 1948 ff., 2, Teil II, S. 220, 3, Teil II, S. 126 f., sowie 11, Teil II, S. 9.

15 Zur Entwicklung des bayerischen Staatshaushalts in der Betrachtungszeit vgl. Dirk Götschmann: Wirtschaftsgeschichte Bayerns. 19. und 20. Jahrhundert, Sonderausgabe Regensburg 2010, S. 575–578.

zu echter Teamarbeit¹⁶ – ein von Fall zu Fall nützliches Instrument, das er einsetzte, sobald und solange er sich davon Vorteile versprach. Gleichzeitig zögerte die Regierung nicht, bestimmenden Einfluss auch auf Domänen des Landtags, etwa die Gesetzesinitiative, auszuüben. Rasch erarbeitete sie sich hier ein deutliches Übergewicht: Fast 70 Prozent der Gesetzentwürfe kamen in der ersten Legislaturperiode von der Regierung. Der Landtag holte zwar bis 1962 in dieser Hinsicht auf. Es erwies sich jedoch als nicht ausgleichender Nachteil, dass er im Vergleich zur Ministerialbürokratie über keinen vergleichbar professionellen Hilfsdienst verfügte, der ihn bei der Erstellung von Gesetzentwürfen hätte unterstützen können.¹⁷

Auseinandersetzungen des Landtags mit der Ministerialbürokratie

Über mehrere Jahre hinweg in Dauerfehde lag der Landtag mit der – so der Hauptvorwurf – weitgehend als nationalsozialistisch geprägt und als übermächtig empfundenen Ministerialbürokratie. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fiel es der Regierung schwer, geeignetes Personal für den Dienst in den Ministerien zu finden. Erfahrene Verwaltungsbeamte hatten sich in der Regel mit dem NS-Regime zu arrangieren gesucht und waren entsprechend als belastet eingestuft. Nicht-Belastete verfügten dagegen über keinerlei praktische Erfahrungen im Verwaltungsdienst. Um der Personalnot Abhilfe zu schaffen, entschied sich das Kabinett Ehard II ab 1947/48 dafür, verstärkt auf Beamte zurückzugreifen, die in den Entnazifizierungsverfahren als „Mittläufer“ klassifiziert worden waren. In manchen Ressorts wie dem Landwirtschaftsministerium bildeten diese ehemaligen NSDAP-Mitglieder unter der Beamtenschaft die deutliche Mehrheit (über 75 Prozent). Ihnen die Erfordernisse des Dienstes am neuen demokratischen Staat zu vermitteln, gelang nicht immer, wie Landwirtschaftsminister Alois Schlögl (CSU) 1948 vor dem Landtag einräumen musste.¹⁸

16 Vgl. Bayerischer Landtag (Hg.): Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte 1950/54, Bd. 3/1, München 1952, 69. Sitzung, 07.02.1952, S. 1438.

17 Zur verwaltungstechnischen Benachteiligung des Landtags gegenüber der Staatsregierung vgl. Helmut Kalkbrenner: Bewährung und Reformbedürftigkeit unserer Verfassung, in: BayVBl. 18 (1972), S. 5–10, hier S. 6, sowie Jürgen Böddrich: Parlament und Verwaltung als Widerpart – Kooperation und Konkurrenz der Staatsgewalten aus oppositioneller Sicht, in: Rainer A. Roth (Hg.): Freistaat Bayern. Die politische Wirklichkeit eines Landes der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 4. überarb. Aufl. München 1986, S. 299–310, hier, S. 302 f.

18 Vgl. Bayerischer Landtag (Hg.): Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte 1946/50, Bd. 6, München 1950, 185. Sitzung, 18.10.1950, S. 1146.

Die Bedeutung der Ministerialbürokratie für die Politik lässt sich besonders gut an der Viererkoalition ablesen, die 1954 gegen die CSU gebildet wurde. Die Christsozialen hatten seit 1946 die Regierungen geführt und so nachhaltigen Einfluss auf die Staatsverwaltung gewonnen. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) versuchte nun, eigenes Personal in die Spitzenpositionen der Ministerien zu bringen. Das sorgte ebenso für Unmut wie der Versuch, das vorhandene Personal per Ministerratsbeschluss daran zu hindern, öffentlich gegen die Politik der neuen politischen Führung Stellung zu beziehen. Rasch war von „Maulkorberlass“ die Rede und davon, dass missliebige Beamte strafversetzt würden.¹⁹ Politische Brisanz gewannen die Vorgänge, da sich die CSU, die nun im Landtag eine starke Opposition bildete, zum Anwalt der betroffenen Staatsdiener machte. Bis zum Ende der Betrachtungszeit verbesserte sich das Verhältnis des Landtags zur Ministerialbürokratie aber spürbar. Anfang der 1960er Jahre war es zum Leidwesen des Ministerpräsidenten sogar üblich geworden, dass Fraktionen Referenten aus den Ressorts zu Vorträgen einluden, um sich aus erster Hand informieren zu lassen.

Kampf gegen protokollarische Zurücksetzungen des Landtags

Auch in repräsentativen Fragen ist eine Frontstellung des gesamten Landtags gegenüber der Regierung zu beobachten. Von Anfang an fühlten sich die Abgeordneten bei öffentlichen Anlässen protokollarisch von der Regierung an den Rand gedrängt. Selbst über Kleinigkeiten konnten sich Landtag und Regierung erbittert streiten – so sorgte die mangelnde Berücksichtigung des Landtags bei der Zuteilung von Theaterkarten durch das Kultusministerium jahrelang für Empörung. Zwischenzeitlich gingen die Abgeordneten, die keine Freikarten erhielten, dazu über, an den Kassen auf ihren Abgeordnetenstatus zu verweisen und vehement kostenfreien Zutritt zu verlangen.²⁰ Gemeinsam an einem Strang zogen Landtag und Regierung hingegen im Bemühen, die Identifikation der Bevölkerung mit dem jungen demokratischen Staat durch die Einführung neuer Symbole zu fördern. Hatte Ministerpräsident Hoegner 1957 den Bayerischen Verdienstorden gestiftet, folgte ihm 1961 Landtagspräsident Rudolf Hanauer (CSU) mit der

19 Bayerischer Landtag (Hg.): Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte 1954/58, Bd. 1, München 1955, 18. Sitzung, 11.05.1955, S. 439 f.

20 Vgl. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Nachlass Walter Becher, 234, Sitzungsprotokolle der Landtagsfraktion des GB/BHE, Sitzung vom 12.09.1955, S. 1.

Verfassungsmedaille, die seitdem für besondere Verdienste um die Bayerische Verfassung verliehen wird.

Politische Zäsuren im Nachkriegsbayern

Wichtige Zäsuren für das Verhältnis Landtag – Regierung bildeten der Austritt der SPD aus dem Kabinett Ehard I im September 1947 und die Bildung der Viererkoalition 1954 gegen die CSU. In beiden Fällen kam es in der Folge zu einer Frontstellung zwischen Opposition und Regierung, die es in dieser Form zuvor noch nicht gegeben hatte. Die Opposition versuchte jeweils, die Regierung aus dem Amt zu drängen und an die Macht zurückzukehren. Die SPD scheiterte dabei mit ihrem Plan, Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) durch ihren Rückzug zum Amtsverzicht zu bewegen oder über die Selbstauflösung des Landtags zu Neuwahlen zu gelangen. Auf der anderen Seite nutzte Ehard die Situation, um die zwar mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet, in sich aber zerstrittene CSU zumindest oberflächlich zu befrieden und in einem ohne Neuwahl des Ministerpräsidenten umgebildeten Kabinett zu vereinen. Wäre ihm dieser strategische Schachzug nicht geglückt und seine Regierung gescheitert, wäre es aufgrund der Zerrissenheit der CSU wahrscheinlich zu heftigen Kämpfen um die Regierungsneubildung und zu einer Spaltung der stärksten Partei gekommen. Auch die Verfassung, für die sich Ehard – ebenso wie Wilhelm Hoegner auf Seiten der SPD – wie ein Vater verantwortlich fühlte, hätte einen massiven Imageschaden erlitten, hätte dieser Präzedenzfall doch eindeutig belegt, dass sie die angestrebte Stabilität eben nicht gewährleisten konnte. Es war der erste Schlüsselmoment für den Neubeginn des bayerischen Parlamentarismus ab 1946 – mit glücklichem Ausgang für die Regierung und ernüchternder Wirkung für die Opposition.²¹

Die Auseinandersetzungen von Ende 1954 bis Oktober 1957 übertrafen diejenigen der ersten Legislaturperiode deutlich an Schärfe. Die Konflikte reichten bis zu einem mehrtägigen Sitzungsstreik der CSU-Fraktion. Diese war mit ihrer Oppositionsarbeit weitaus erfolgreicher als zuvor die SPD. Die CSU nutzte die Zeit von 1954 bis 1957 nicht nur zu einer personellen und inhaltlichen Erneuerung und organisatorischen Modernisierung, sondern trug auch mit Attacken und Abwerbeversuchen gegenüber den kleinen Fraktionen der Viererkoalition maßgeblich zu deren Bruch bei. Den spektakulärsten Sieg feierte die CSU, als es ihr in Verbindung mit der katholischen Kirche gelang, die auf

Entkonfessionalisierung und Akademisierung setzende Lehrerbildungsreform der Viererkoalition aufzuhalten. Damit konnte die Regierung unter dem SPD-Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner eines ihrer Prestigeprojekte nicht umsetzen.²² Als sich die Flüchtlingspartei GB/BHE und die Bayernpartei nach ihrer Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1957 in ein neues Bündnis mit der CSU retten wollten und die Koalition platzen ließen, gab Hoegner auf: Ohne eigene parlamentarische Mehrheit entschloss er sich zum Rücktritt. Es war der zweite Schlüsselmoment für den parlamentarischen Neubeginn seit 1946. In ihm spiegelt sich das große Verantwortungsbewusstsein Wilhelm Hoegners wider, der es nicht – wie von Teilen seiner Partei gefordert²³ – darauf ankommen ließ, sich im Landtag einem Missbilligungsantrag zu stellen und damit GB/BHE und BP zu zwingen, sich öffentlich zu ihrem Frontwechsel zu bekennen. Stattdessen wählte er den vornehmen Rückzug des *Elder Statesman*, der die Eskalation der Krise vermied und die reibungslose Neuwahl des Ministerpräsidenten ermöglichte. Gleichzeitig verhinderte er – wie zuvor Ehard –, dass die Verfassung das Negativeimage eines unzulänglichen Instrumentariums für den Konfliktfall zwischen Landtag und Ministerpräsident davontrug. Es blieb bis zu den Rücktritten von Max Streibl 1993 und Edmund Stoiber 2007 (beide CSU) der einzige Fall des vorzeitigen Amtsverichts eines Regierungschefs aus politischen Gründen. Einschränkend muss jedoch festgehalten werden, dass



Das erste Kabinett Ehard: In der Mitte Hans Ehard, rechts vorne Wilhelm Hoegner, rechts hinten Alfred Loritz
Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag

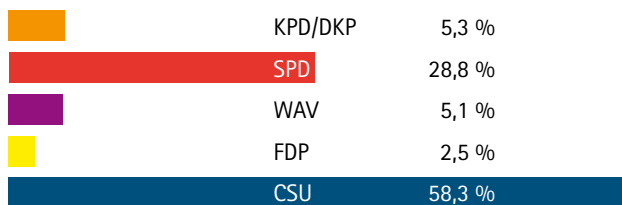
²¹ Vgl. Bayerischer Landtag (Hg.): Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte 1946/50, Bd. 2, München 1948, 28. Sitzung, 20.09.1947, S. 1–16.

²² Vgl. Taubenberger (wie Anm. 12), S. 55–60.

²³ Zu diesen Stimmen gehörte etwa der spätere SPD-Landesvorsitzende Helmut Rothmund, vgl. Haus der Bayerischen Geschichte, Bildarchiv, Zeitzeugeninterview mit Helmut Rothmund, 22.12.1997, S. 4.

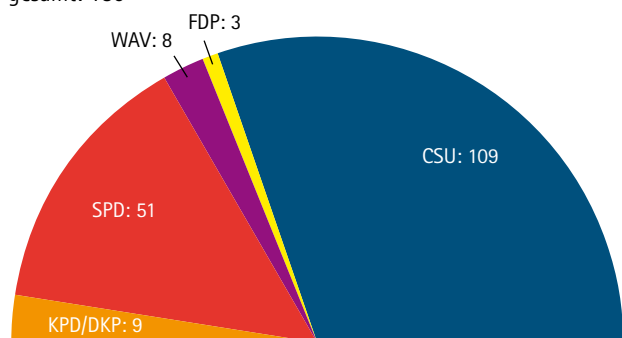
Wahlergebnisse aus: Manfred Treml (Hg.): Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat, hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2006, S. 549 f.

Wahlergebnisse



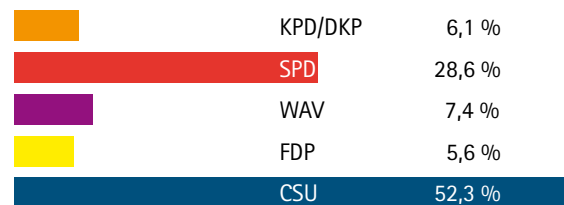
Sitzverteilung

gesamt: 180



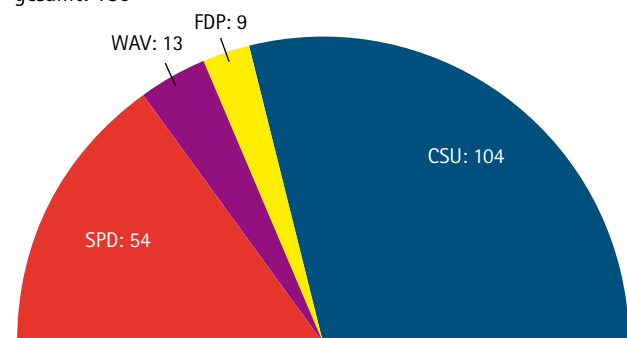
Landesversammlung 1946

Wahlergebnisse



Sitzverteilung

gesamt: 180



1946–1950, 1. Legislaturperiode

es innerhalb der Kabinette immer wieder gährte, wofür der vorzeitige Rücktritt von insgesamt 21 Ministern und Staatssekretären bis 1962 und besonders der Bruch der Großen Koalition 1947 und der Viererkoalition 1957 sprechen. Gegen Konflikte in den Koalitionen bzw. den sie tragenden Fraktionen hilft keine Verfassung – unabhängig davon, wie sehr diese die Regierung stärkt.

Kooperation zwischen Landtag und Regierung

Trotz der geschilderten Auseinandersetzungen waren Landtag und Regierung während der gesamten Betrachtungszeit immer wieder zu echter Kooperation fähig – etwa in der gemeinsam geführten Auseinandersetzung mit Bizonenverwaltung und US-Militärregierung, bei der Bewältigung von Katastrophen wie dem Jahrhunderthochwasser 1954 sowie in grundlegenden Fragen der Landesentwicklung. Als gemeinsamer Gegner galt in der ersten Legislaturperiode die Militärregierung. Die Amerikaner hatten zwar die Demokratisierung in Bayern angestoßen und die Verabschiedung der Verfassung ermöglicht, dass sie aber auch nach deren Inkrafttreten mit dem Selbstverständnis einer Besatzungsmacht in die Tagespolitik eingriffen, sahen Landtag und Staatsregierung zunehmend kritisch. Ministerpräsident Ehard warnte in diesem Zusammen-

hang gar vor einer „mehr oder weniger verschleierte[n] Militärdiktatur“ der Amerikaner.²⁴ Bis 1949 kam es zu einer Reihe von Auseinandersetzungen, die sich zu ernsthaften Konflikten entwickelten. Die Eskalationsstufen bildeten der „Kartoffelkrieg“ mit der Bizonenverwaltung in der Ernährungskrise 1947/48,²⁵ der Kampf gegen die Umstellung des Schulwesens auf das US-Highschool-System ab 1948²⁶ und der in einen regelrechten Landtagsstreik mündende Protest gegen die amerikanischen Eingriffe in das Strafverfahren gegen den ehemaligen Sonderminister Alfred Loritz (WAV) 1949.²⁷ Loritz galt als

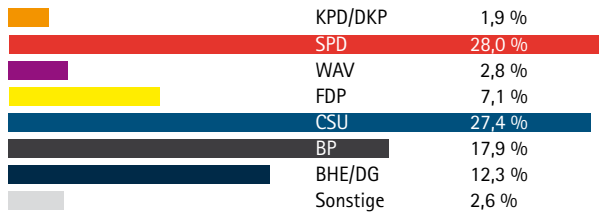
.....
 24 Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften/Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.): Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954. Bd. 4: Das Kabinett Ehard II 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950, bearb. und eingel. von Karl-Ulrich Gelberg, Teilbd. 1, München 2003, 37. Sitzung, 05.07.1948, TOP II, S. 575.

25 Zum beginnenden „Kartoffelkrieg“ im Herbst 1947 vgl. Wolfgang Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949 (= Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 22), Stuttgart 2009, S. 160 f.

26 Vgl. dazu ausführlich Winfried Müller: Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 36), München 1995.

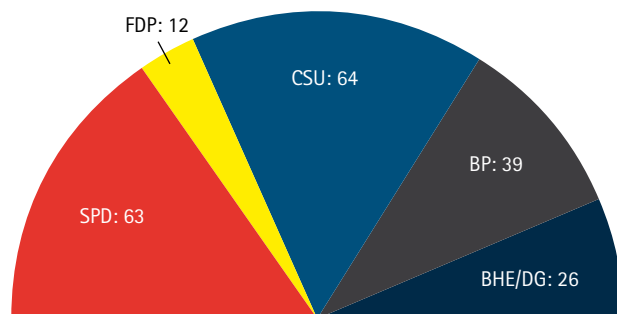
27 Vgl. Hans Woller: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955 (= Studien zur Zeitgeschichte, 19), Stuttgart 1982, S. 106–112.

Wahlergebnisse



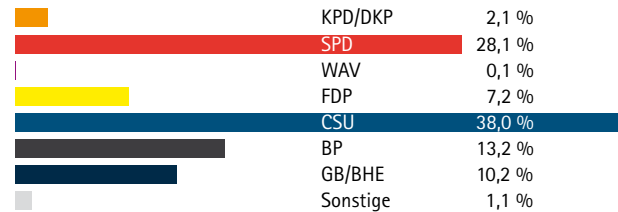
Sitzverteilung

gesamt: 204



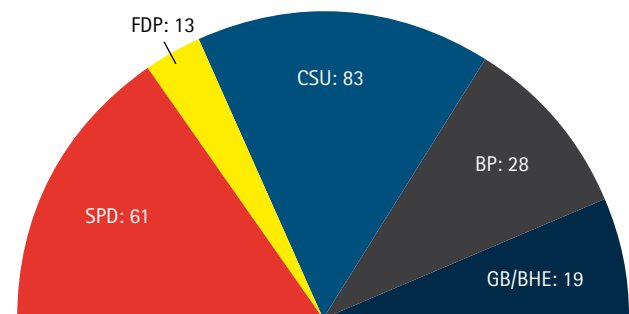
1950–1954, 2. Legislaturperiode

Wahlergebnisse



Sitzverteilung

gesamt: 204



1954–1958, 3. Legislaturperiode

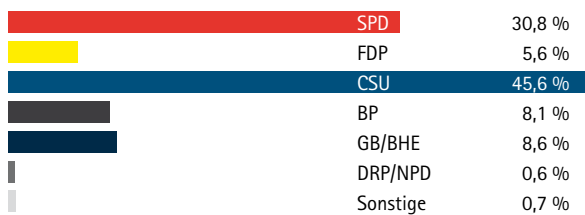
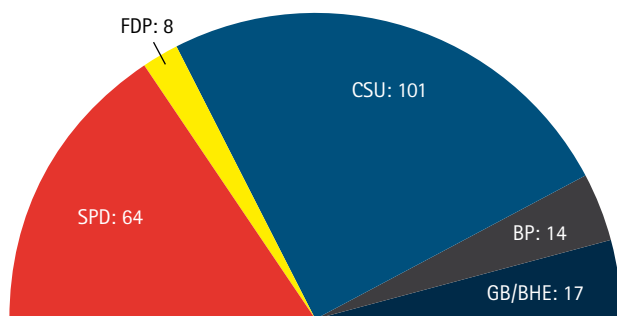
politischer Querulant, der im Juni 1947 aufgrund seiner skandalösen Amtsführung von Ministerpräsident Ehard entlassen worden war. Die Auseinandersetzungen gewannen von Stufe zu Stufe nicht nur an Härte, sie führten auch dazu, dass die Konfliktparteien auf bayerischer Seite die Reihen immer fester schlossen: Die Regierung nutzte den Landtag als öffentliche Bühne, um ihre Forderungen von der gewählten Volksvertretung unterstützen zu lassen. Zum einen sollte auf diese Weise den eigenen Argumenten größeres Gewicht verliehen werden, zum anderen würde – so das Kalkül – die Militärregierung dem Landtag weniger leicht Befehle erteilen können als der Staatsregierung. Die Ergebnisse fielen indes unterschiedlich aus: In der Schulreform etwa mussten die Amerikaner einsehen, dass sich ihr Schulsystem nicht eins zu eins auf Bayern übertragen ließ. Im Fall Loritz, gegen den während des Bundestagswahlkampfes 1949 wegen des Verdachts, staatliche Institutionen verleumdet zu haben, strafrechtliche Ermittlungen liefen, siegte die Militärregierung dagegen auf ganzer Linie. Sie suspendierte das Verfahren und der Landtag musste seinen Streik abbrechen. Loritz profitierte vom politischen Aufsehen, den der Vorgang erregte, und zog mit seiner Protestpartei WAV in den Bundestag ein.

Zu den von allen Fraktionen unterstützten politischen Initiativen zählte unter anderem der Einstieg in die Erforschung und friedliche Nutzung der Kernenergie, die Mitte der 1950er Jahre ebenso euphorisch begrüßt wurde wie wenig später die Pläne der Regierung, Bayern an das internationale Erdölnetz anzuschließen.²⁸ Gleiches gilt für den Bereich der „Außenpolitik“, namentlich für die Verteidigung von Bayerns Stellung im Bund. Einigkeit herrschte auch im gemeinsamen Einsatz gegen neonazistische Umtriebe, der Ende 1950 zur Gründung des Landesamts für Verfassungsschutz führte. Darüber hinaus wurde die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit im Rahmen der politischen Bildungsarbeit angestoßen. Allerdings war die Zusammenarbeit zwischen Landtag und Regierung nicht in allen Fällen von Erfolg gekrönt, so etwa der mit großem Engagement betriebene gemeinsame Einsatz für die Rückgewinnung der Pfalz.²⁹

28 Vgl. Thomas Schlemmer: Industriemoderne in der Provinz. Die Region Ingolstadt zwischen Neubeginn, Boom und Krise 1945 bis 1975 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 57 u. zugl. Bayern im Bund, 6), München 2009, S. 201–244.

29 Vgl. Ellen Latzin: Bayern und die Pfalz – eine historische Beziehung voller Höhen und Tiefen, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte (= Themenheft 2/2006), München 2006, S. 3–63.

Wahlergebnisse

Sitzverteilung
gesamt: 204

1958–1962, 4. Legislaturperiode

Auch bei der Verwaltungsvereinfachung scheiterte die Kooperation ganz, denn so populär harte Einschnitte in die obersten Staatsstrukturen – etwa die Verringerung der Zahl der Landtagsabgeordneten oder die Abschaffung der Staatssekretäre – waren, so wenig wagte man sich an sie heran, weil sie der von allen Regierungen erhobenen Forderung nach Stärkung der bayerischen Eigenstaatlichkeit diametral zu widersprechen schienen.

Parlamentsdebatten als Spiegel der Zeit

Die Regierungserklärungen und die sich daran anschließenden Aussprachen verliefen in der Betrachtungszeit eher dröge und vorhersehbar: Alle Verlautbarungen der Ministerpräsidenten waren nichts anderes als sachliche Aufzählungen des geplanten Regierungsprogramms, die in den Debatten von fast allen Rednern Punkt für Punkt wiederholt wurden. Interessanter für den Leser von heute ist, dass in den Debatten viel von der Atmosphäre der damaligen Zeit spürbar wird. Dabei ist festzustellen, dass ein Stimmungsbogen der Angst die gesamte Epoche überspannte: Ging es am Anfang um elementare Fragen der menschlichen Existenz, stand am Ende das Gefühl einer Bedrohung von Staat und Gesellschaft durch äußere und innere Gefahren, sei es durch den wenig an der Sicherung demokratischer Errungenschaften interessierten, bequem gewordenen Wohlstandsbürger der „Wirtschaftswunderzeit“, sei es durch das Bewusstsein, im Ost-West-Kon-

flikt des Kalten Kriegs als „Frontland“ zum „Ostblock“ besonders gefährdet zu sein. Eine höchst optimistische Zukunftsperspektive vermittelten dagegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner zur Kulturpolitik 1955. Er entwarf das Bild einer „durch philosophisches kritisches Denken, durch Forschung auf allen Gebieten der Naturwissenschaft [...] stark gewandelt[en]“ Gesellschaft, in welcher der Mensch mehr denn je der „Erziehung zum verantwortlichen Individuum im sozialen Leben“ bedürfe. Hoegner forderte eine „Erziehung“, die weit über den bloßen „Unterricht“ hinausgehen und „Überschau“ statt „Vielwisserei“ und „Bildung“ statt „Ausbildung“ beinhalten müsse. Seine euphorische Prognose der Entwicklung Bayerns zum Forschungs- und Wissenschaftsstandort Nummer eins in der Bundesrepublik hat bis heute Gültigkeit.

Parlamentarische (Un-)Kultur

Um die parlamentarische Kultur im Landtag war es zwischen 1946 und 1962 nicht zum Besten bestellt. Überfliegt man die Plenarsitzungsprotokolle gerade für die beiden ersten Legislaturperioden, entsteht das Bild eines in grellen Farben schillernden Sittengemäldes einer mehr oder weniger chaotischen Nachkriegszeit. Es waren nicht wenige zwielichtige Gestalten, die sich nach 1946 im Landtag tummelten. Viele von ihnen wurden sogar mit Strafverfolgungsanträgen konfrontiert. Die Vorwürfe reichten von Urkundenfälschung über Meineid bis hin zur Körperverletzung. Immer wieder kam es im Plenarsaal zu Auseinandersetzungen, bei denen es wüste Beschimpfungen hagelte und gelegentlich die Fäuste flogen. Wollte man den politischen Gegner besonders treffen, warf man ihm Versagen gegenüber dem Nationalsozialismus und/oder Verstrickung in Machenschaften des NS-Regimes vor. Auch die Sprache von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern war noch stark von der „*Lingua Tertii Imperii*“ (Victor Klemperer) geprägt – die „Endlösung“ der Flüchtlingsfrage tauchte in den Debatten ebenso auf wie die Metapher vom kranken „Volkskörper“ oder das Schlagwort vom „Volk ohne Raum“, das etwa eine weitere Ansiedlung von Vertriebenen nicht vertrage.³⁰

Einige Aspekte der Parlamentarismuskritik unserer Tage wurden bereits gegenüber dem Landtag der Jahre 1946 bis 1962 vorgebracht: Obwohl die Geschäftsordnung von 1948 zur aktiven Teilnahme an der parlamen-

30 Bayerischer Landtag (Hg.): Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte 1946/50, Bd. 2/1, 31. Sitzung, 24.10.1947, S. 87 und 32. Sitzung, 30.10.1947, S. 126.

tarischen Arbeit verpflichtete, fehlten immer wieder so viele Abgeordnete, dass die Vollsitzungen vor halb leeren Bänken stattfanden und in Einzelfällen die Beschlussfähigkeit festgestellt werden musste. Die Unterhaltungen waren mitunter so laut, dass das Präsidium Schwierigkeiten hatte, sich Gehör zu verschaffen. Nach den besonders heftigen Attacken in der Amtszeit der Viererkoalition von 1954 bis 1957 beruhigte sich das politische Klima spürbar. Bayernpartei und SPD waren nach den kräftezehrenden Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre, die für beide in der Opposition geendet hatten, erschöpft. Die BP hatte mit Joseph Baumgartner und August Geislhöringer im Zuge der „Spielbankenaffäre“ zudem ihre wichtigsten Protagonisten verloren.³¹ Darüber hinaus waren die CSU-Ministerpräsidenten Hanns Seidel und Hans Ehard um moderatere Töne und um Ausgleich bemüht.

Trotz des rüden Umgangstons in der parlamentarischen Auseinandersetzung konnte es außerhalb des Sitzungssaals zu heiteren Verbrüderungsszenen auch über Parteigrenzen hinweg kommen – bei einem Bier nach Sitzungsschluss oder bei den unregelmäßig stattfindenden Parlamentarischen Abenden saßen Abgeordnete aller Fraktionen beim Kartenspiel zusammen. Frauen blieben bei derartigen „Männlichkeitsritualen“ meist außen vor.³² Ohnehin hatten bis 1962 nur 25 weibliche Abgeordnete den Sprung in den Landtag geschafft. Lediglich drei von ihnen erhielten einen Sitz in Landtagspräsidium oder Ältestenrat: Zita Zehner und Franziska Gröber (beide CSU) sowie Hildegard Hamm-Brücher (FDP). An einen Regierungsposten war dagegen nicht zu denken.³³

Eindrucksvolle Leistungsbilanz trotz widriger Arbeitsbedingungen

Die parlamentarische Leistungsbilanz des Landtags ist bemerkenswert: Bis 1962 verabschiedete er 546 Gesetze, davon über 60 Prozent allein in den beiden ersten Legislaturperioden. Die Arbeitsbedingungen für Legislative und Exekutive waren dagegen lange Zeit katastrophal. Landtag und Regierung waren auf Notquartiere verteilt und hatten mit heute kaum noch vorstellbaren Problemen wie dem Mangel an Papier oder Heizmaterial zu kämpfen. Der

Landtag konnte erst 1949 in das Maximilianeum einziehen – jedoch nur als Mieter, da das Gebäude bis heute der gleichnamigen Stiftung gehört. Die Regierung begann Mitte der 1950er-Jahre damit, repräsentativere Gebäude für einzelne Ministerien zu errichten. Hatte sie als Sitz des Ministerpräsidenten zunächst mit der ehemaligen Preußischen Gesandtschaft und Reichsstatthalterei in der Prinzregentenstraße 7 vorlieb nehmen müssen, entschloss sie sich 1962 für einen Neubau der Staatskanzlei am östlichen Rand des Hofgartens und damit in unmittelbarer Nähe der früheren Residenz der Wittelsbacher. Nach etlichen Verzögerungen und Protesten gegen den als „bayerischen Kreml“³⁴ verspotteten Neubau konnte dieser in abgespekter Form errichtet und 1993 bezogen werden.

Anregung für weitere Forschungen

Die Studie „Landtag und Regierung im Widerstreit“ ermöglicht einen Blick in die tägliche politische Arbeit in den von Trümmernot geprägten Alltag der Nachkriegsjahre, einen Blick, der die Voraussetzungen für die uns heute so selbstverständlich erscheinende Sicherheit einer gewachsenen und in sich stabilen Demokratie offenlegt. Die Fragen, wie sich das Verhältnis von Landtag und Regierung im Freistaat seit 1962 weiter entwickelte, wie sich das spezifisch bayerische Regierungssystem gerade in der Jahrzehnte währenden Phase der CSU-Alleinregierung bewährte, welche Änderungen im Instrumentarium von Exekutive und Legislative seit dem Ende der „Wirtschaftswunderzeit“, insbesondere auch im wiedervereinigten Deutschland seit 1990 und vor dem Hintergrund der Abgabe von Länderkompetenzen an die Europäische Union, notwendig wurden, bieten breiten Raum für weitere Forschungen.³⁵ ▲

31 Zur Geschichte der Bayernpartei vgl. Ilse Unger: Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957, Stuttgart 1979, sowie Konstanze Wolf: CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960, Köln 1982.

32 Haus der Bayerischen Geschichte, Bildarchiv, Zeitzeugeninterview mit Hildegard Hamm-Brücher, 10.01.1998, S. 34.

33 Vgl. Hilde Balke: Sie waren die Ersten: Frauen im Bayerischen Landtag nach 1945, München 1996.

34 Bayerischer Landtag (Hg.): Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Plenarprotokolle 1982/86, Bd. 4, München 1986, 70. Sitzung, 07.02.1985, S. 4020.

35 Einen ersten Überblick zu möglichen Themen und Fragestellungen bietet Kock, Peter Jakob: Bayerischer Landtag (nach 1945), in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_45918 (16.09.2013).

Von Elser und seinem Bild in den Augen der anderen

ein Essay von Hella Schlumberger



Georg Elser – Porträt von Helmut Gruber
Foto: Hella Schlumberger

Von Johann Georg Elser, dem Bürgerbräuattentäter, gibt es außer den Verhörprotokollen zum Anschlag auf Hitler 1939 eigentlich nur Mündliches. Über ihn inzwischen viel Schriftliches, davon einiges abenteuerlich erfunden, nicht nur während der Zeit des „Dritten Reiches“, sondern auch weit in die Nachkriegszeit hinein.¹ So unauffällig Georg Elser war – was ihm in der Vorbereitung seines Sprengstoffanschlags in München zugute kam – machte sich in seinem Umfeld hartnäckig Wichtigtuerei breit. Was hatte diesen Mann geprägt und welches Bild machten sich andere von ihm?

Kindheit, Jugend

1903 geboren, galt Georg die ersten zehn Monate seines Lebens als „Bankert“.² Erst dann heiratete der Bauer und Holzhändler Ludwig Elser Georgs Mutter Maria Müller, was zu der Zeit, vor allem auf dem Land, nicht unüblich war.³ Das Paar bekam fünf Kinder, nach Georg die Schwestern Marie, Friederike, Anna und den zehn Jahre jüngeren Bruder Leonhard. Als Ältester musste Georg oft – wie er in den Verhören zu Protokoll gab – „Kindsmagd“⁴ spielen, aber auch der Mutter auf den Feldern oder dem Vater im Holzhandel aushelfen.

So musste er schon früh lernen, Verantwortung zu übernehmen. Oder Schläge zu ertragen, in der Schule oder vom ständig betrunkenen Vater.⁵ In der Schule waren Zeichnen und Rechnen seine Lieblingsfächer, was ihm später bei Erfindung und Bau seiner Bombe zupass kam. 1917, mit vierzehn, verlässt er die Schule, beginnt eine Lehre als Eisendreher, die er aber abbricht, um Schreiner zu werden.

Lehrjahre, Jobs, Freizeit

Er arbeitet bei Schreibern und Tischlern in Königsbronn und Umgebung, wohnt aber noch zuhause. Der Vater nimmt ihm das ganze verdiente Geld wieder ab. In seiner ständigen Trunkenheit, seiner Unberechenbarkeit

und Ungerechtigkeit wird er zur Negativgestalt in Georgs Leben. Georg ist – wie übrigens auch Adolf Hitler in seiner ähnlich strukturierten Familie – die Stütze der Mutter.



Familie Elser, um 1910, Georg in der Mitte der Kindergruppe
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand/PB Franz Hirth, Stuttgart

Der Name Elser, verriet ein entfernter Vetter, Schuldirektor Hans Elser, der Autorin, komme vom Elsbeerbaum, *sorbus torminalis*, mit seinem harten, rötlichen Holz.

Der Vater Holzhändler, Georg und Leonhard Schreiner, Georgs Sohn Manfred Prokurist einer Firma, die Holztüren herstellte – es war offensichtlich ein ganz besonderes Verhältnis, das die Elsers mit dem Holz verband.⁶

Wenn er doch etwas Geld vor des Vaters gierigen Fingern retten konnte, kaufte er sich Werkzeug oder steckte der Mutter ein Kostgeld zu. Der Vater war offensichtlich der Meinung, „Kost und Logis“, Essen und ein Dach über dem Kopf, sei genug für den Sohn. Dieses „Kost und Logis“ sollte ihn ein Leben lang begleiten. Deshalb forderte er immer wieder für die Arbeiter: billige Wohnungen und einen gerechten Lohn. 1922 besteht Georg Elser als Bester seines Jahrgangs die Gesellenprüfung.⁷ Doch immer wieder müssen Firmen, in denen er arbeitet, Insolvenz anmelden, er wird arbeitslos. Obwohl er wusste, wie gut er in seinem Beruf war.

Georg Elser war Perfektionist, überprüfte die Möbel, die er geschreinert hatte, noch einmal beim Kunden. Er war stolz auf sein Können, das er freilich in dieser krisengeschüttelten Zeit nicht richtig anbringen konnte. Als Ausgleich für

1 Das Standardwerk zu Elser ist: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.): „Georg Elser“, hg. von der Ernst-Freiburger-Stiftung, Berlin 2008; vgl. auch Peter Steinbach: Johann Georg Elser – der unerwartete Widerstand „von unten“, in: Einsichten und Perspektiven 4/2009, S. 254–275.

2 So bezeichnet[e] man im süd-(ost)-deutschen Raum abfällig ein unehe-liches Kind.

3 In der patriarchalischen Bauerngesellschaft wurde gern abgewartet, ob die Frau fähig war, einen Hoferben auf die Welt zu bringen.

4 S. Verhörprotokolle: „Sprengstoffanschlag im Bürgerbräukeller, München, am 8. November 1939. Vernehmung des Täters“, Faksimile, Waging am See 2009, S. 4 [20]. Die erzählte Geschichte folgt in weiten Teilen den Angaben Elsers in diesen Verhören.

5 Ebd. S. 3/4 [19/20], auch 51 f. [67 f.].

6 Bei der Elser-Preisverleihung 2013 in München wurde dieses Motiv im Refrain eines Rapperliedes aufgenommen: „Und war der Georg etwa nicht aus ganz besonderem Holz geschnitzt?“

7 Verhörprotokolle (wie Anm. 4), S. 32 [48].

harte Arbeit und wenig Geld machte Elser gern Musik: Die Ziehharmonika spielte er, ohne Noten zu kennen, rein nach Gehör. Er war gesellig, ging mit Freunden gern wandern, liebte es, Feste zu feiern. Ansonsten war er ein Einzelgänger, dem Gerechtigkeit und Freiheit viel bedeuteten.



Georg Elser mit Freunden beim Wandern (Georg Elser: Zweiter von rechts in der hinteren Reihe)
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand/PB Frau Gerold, Heidenheim

Hitlerputsch 1923

1923, am 8. und 9. November, versuchte Hitler in München die Macht an sich zu reißen. Er scheiterte, kam mit seinen Mitputschisten vor Gericht, wurde zu fünf Jahren Haft in Landsberg am Lech verurteilt, aber schon nach neun Monaten angenehmen Lebens, während derer er seine Hetzschrift „Mein Kampf“ diktierte, wieder freigelassen. Er hatte verständnisvolle Richter gefunden, der Polizeichef Pöhner hatte sowieso schützend seine Hand über Hitler und seine Parteigenossen gehalten und einige Damen des Großbürgertums hatten ihn bereits liebevoll bei sich aufgenommen und beraten, in München die Verlegersgattinnen Bruckmann, Hanfstaengl, und die Pianofabrikantengattin Bechstein.

Dieser misslungene Putsch, der an der Feldherrnhalle gestoppt worden war, wurde von den Nazis später religions-

gleich verbrämt und seit der Machtergreifung 1933, alljährlich am 8. November mit den „alten Kämpfern“, der „Blutfahne“, dem „Blutorden“ und der Ehrung der toten „Blutzeugen der Bewegung“ im Münchner Bürgerbräukeller gefeiert. Fünfzehn Jahre später sollte Elser diesen Saal als Ort seines Attentats auf Hitler wählen.

Wanderjahre 1925–1932

1925 beschloss Georg Elser, wie bei Handwerksgesellen üblich, auf die „Walz“ zu gehen, als wandernder Schreiner-gehilfe im Bodenseegebiet bis in die Schweiz hinein Arbeit zu suchen. Er fand sie auch beim Flugzeughersteller Dornier und in Uhrenfabriken, für die er Uhrengehäuse schreinerte. Aber entweder kündigte er, weil er sich unterfordert fühlte, oder Firmen gingen auch hier pleite und mussten schließen.



Georg Elser mit Mathilde Niedermann und seinem jüngeren Bruder Leonhard
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand/PB Leonhard Elser, Königsbrunn

Elser bekam dann Arbeitslosenunterstützung. Dennoch waren diese sieben Jahre eine wichtige und glückliche Zeit in seinem Leben: Er ging viel wandern, kaufte sich eine Konzertsaxophon, nahm Unterricht. Er trat einem Trachtenverein bei, spielte auf, tanzte wohl auch und lernte Mathilde kennen und lieben. Drei Jahre lang. Mathilde Niedermann wird schwanger, beide reisen in die Schweiz um abzutreiben, es ist aber zu spät: Sohn Manfred wird

1930 geboren, im gleichen Jahr trennen sich die Eltern.⁸ Enttäuscht heiratet die junge Mutter einen Zitherkollegen Elser, den Handwerker Hans Bühl, der ihrem und Elser Sohn seinen Namen gibt. Das Thema „Elser“ ist bei den Bühls tabu, Manfred erfährt erst mit sieben, wer sein wirklicher Vater war. Als er die Mutter einmal fragt, wer denn der Mann auf dem Foto ihres Schmuckkästchens mit den Intarsien sei, zerreißt die Mutter das Bild. Manfred genierte sich lange für seinen leiblichen Vater, zumal er begeistert in der Hitlerjugend mitmachte. Erst am Ende seines Lebens – er starb 1997, nachdem er bei der Einweihung des Georg-Elser-Platzes in München seine erste öffentliche Rede über seinen Vater gehalten hatte – war er stolz auf ihn.⁹ Wiewohl Elser in seiner Rolle als Kindsvater wohl eher ein Versager war: In den folgenden Jahren nahm er bevorzugt Arbeit an, die nicht über eine bestimmte Summe hinausging (24 Mark die Woche), um keine Alimente zahlen zu müssen.¹⁰



Manfred Bühl, der Sohn Georg Elser, bei einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Dachau
Foto: Hella Schlumberger

8 Verhörprotokolle (wie Anm. 4), S. 75 [91].

9 Gespräch der Autorin mit Manfred Bühl 1996/97; vgl. auch Manfred Bühls Rede bei der Einweihung des Georg-Elser-Platzes in München 1997, Elser-Heft Nr. 2.

10 Verhörprotokolle (wie Anm. 4), S. 81 ff. [96 ff.].

In diesen sieben Jahren im Bodenseegebiet hatte Georg Elser sich – von Kollegen animiert – politisiert: Er war Mitglied in der Holzarbeitergewerkschaft geworden, hatte kommunistisch gewählt und war dem kommunistischen Rotfrontkämpferbund beigetreten.¹¹ Eine neue Freundin, eine Schneiderin, hatte er auch wieder gefunden: die Hilde Lang, mit der er gern in den Kreuzlinger „Freien Abstinenten-Verein“ ging.¹² Doch 1932 trennten auch sie sich.

Im selben Jahr schließt wieder einmal, und diesmal endgültig, die Uhrenfabrik, in der Elser arbeitete. Anstelle des ausstehenden Lohns bekommt er Uhrwerke aus der Insolvenz, die ihm später für den Zeitzünder seiner „Höllmaschine“ gute Dienste tun sollten. Was blieb ihm anderes übrig, als zu „Kost und Logis“ zurückzukehren? Bei Privatleuten in und um Meersburg reparierte er Möbel gegen Essen und Übernachtung, bis ihn der Ruf seiner Mutter erreichte.

Königsbronner Abwärtsspirale

Die Mutter rief und der „brave Georg“ kam. Der Vater hatte inzwischen Schulden über Schulden angehäuft. Zunächst sah es in dieser Zeit noch einigermaßen gut aus: Georg richtete sich im Haus eine Werkstatt für Möbelaufträge und Reparaturen ein. Er ging zum Zitherclub und zum Gesangsverein, lernte Bassgeige spielen, und verliebte sich in die verheiratete Elsa Härten.¹³ Bis 1936 verschlechterte sich die Lage der Familie zunehmend; kein Weg führte mehr am Verkauf von Haus und dem Großteil der Felder vorbei.¹⁴ Vom Restgeld erhielt Georg nichts; er fühlte sich ungerecht behandelt. Auch als die Eltern in Königsbrunn für eine Doppelhaushälfte Hypotheken aufnehmen, wird Bruder Leonhard, er hat inzwischen auch das Schreinerhandwerk erlernt, als Miteigentümer eingetragen. Georg dagegen nicht. Er ist enttäuscht. Die Mutter ist gezwungen, sich als Tagelöhnerin zu verdingen, um die Familie zu ernähren. Georg Elser zieht bei Elsa und ihrem gewalttätigen, alkoholabhängigen Ehemann ein, wo ihr Verhältnis nicht unbemerkt bleibt. Schon nach ein paar Monaten wird er hinausgeworfen. Wieder keine Wohnung und keine Werkstatt. Die Dachkammer in der elterlichen Doppelhaushälfte, in der er eine Weile lebte, bekommt Leonhards Freundin, die schwanger ist.¹⁵

11 Das Abzeichen des Rotkämpferbundes trug er am Jackett, als er in Konstanz verhaftet wurde.

12 Ebd. S. 46 f. [62 f.].

13 Ebd. S. 14 [30].

14 Ebd. S. 52 f. [68 f.].

15 Gespräch der Autorin mit Leonhard Elser in Königsbrunn 1996.

Aber das Verhältnis mit Elsa hielt, ja, sie sprachen sogar schon davon, in die Schweiz zu gehen, zu heiraten und dort zu arbeiten. Elsa Härten war sicher die ernsteste Liebesbeziehung, die Georg Elser hatte.

Erste Folgen von Hitlers Machtergreifung

Alles, was Elser bei seiner Politisierung am Bodensee gelernt hatte, konnte er jetzt, nach Hitlers Machtergreifung 1933, überprüfen: Sie hatten recht gehabt, die Kommunisten: Das erste Konzentrationslager Dachau wurde im April 1933 eröffnet, Andersdenkende, Homosexuelle, Sinti und Roma eingesperrt, Juden verfolgt. Elser weigerte sich standhaft, den Hitlergruß zu machen, er verließ den Raum, wenn Hitler seine Radioreden schwang. Im März 1938 hatte Hitler seine Heimat, Österreich, „heim ins Reich“ – so nannten es die Nazis – gebracht, ohne dass die Nachbarstaaten etwas dagegen unternommen hätten. Ein halbes Jahr später wird das „Münchener Abkommen“ unterschrieben: England, Frankreich und Italien – Mussolini war bereits auf Hitlers Seite – erlaubten Hitler, auch die sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei „heimzuholen“. Mit dieser Appeasement-Politik dachte man mit Hitler einen Kompromiss zu erreichen und so den Frieden erhalten zu können, dabei war es eine Kapitulation vor dem deutschen Diktator.

Und Elser? Nach Bekanntwerden des „Münchener Abkommens“ war ihm klar, dass Hitler weitere Länder unter seine Knute zwingen und dass das Krieg bedeuten würde.¹⁶ Dass dagegen etwas getan werden müsse. Dass er etwas dagegen tun wolle.

Zur Putschfeier am 8. und 9. November 1938 fuhr Elser nach München zum Bürgerbräukeller, sah, dass der Saal von den „alten Kämpfern“ kaum bewacht wurde und dass Hitler stets vor derselben Säule zu reden pflegte. Da verfestigte sich in ihm der Gedanke, in diese Säule Sprengstoff einzubauen, um die Nazi-Führung, „ich meine damit Hitler, Göring und Goebbels“,¹⁷ während der „Führer“-Rede unschädlich zu machen.

Attentatsvorbereitungen

Akribisch begann er, seinen Plan in die Tat umzusetzen: Er zeichnete Pläne, baute sie nach, probierte sie aus. Seine Arbeitsstellen wurden, ohne es zu ahnen, zu Lieferanten von Material. Beim Armaturenwerk Waldenmaier in Heidenheim ließ er Zünder und Pulverstücke

mitgehen, beim Steinbruch Vollmer in Königsbrunn das Dynamit.¹⁸

Das Verhältnis zu Elsa, die sich 1938 seinetwegen von ihrem Mann hatte scheiden lassen, wurde ihm in dieser Zeit offensichtlich zur Belastung. Er beantwortete ihre Post nicht mehr und fuhr im April 1939 noch einmal nach München, um die genauen Maße der Säule zu bekommen. Von da an widmete er sich ausschließlich seiner selbstgestellten Aufgabe, lebte nur von seinem Ersparthen, hatte Elsa verlassen.



Mögliche Wege Elsers von der Türkenstraße zum Bürgerbräukeller
Quelle: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Im August 1939 zog er nach München, lebte seit September beim Polstererehepaar Lehmann in der Türkenstraße 94. Der Mann arbeitete auswärts, die Frau war nach einer schweren Geburt noch länger im Krankenhaus. Elser hatte also freie Hand, konnte ohne aufzufallen die Nacht im Bürgerbräukeller verbringen, um den Sprengapparat einzubauen, anschließend tagsüber in seinem Zimmer schlafen. „Häuslschleicher“ nannten ihn die Wirtsleute, einer, der plötzlich und leise irgendwo auftauchte.¹⁹ Für die Münchner Handwerker war er ein bescheidener, fleißiger, verlässlicher Kollege. Schreiner Brög aus der Türkenstraße 59 ließ ihn an seiner Hobelbank arbeiten und im

16 Verhörprotokolle (wie Anm. 4), S. 87 f. [102 f.].

17 Ebd., S. 91 [106 f.].

18 Ebd., S. 69 f. [85 f.].

19 Rosa Lehmann im Interview mit der Autorin

November sogar einige Nächte in seiner Werkstatt über-
nachten, da er bei Lehmanns schon gekündigt hatte.²⁰
Elser hatte sich allen gegenüber als „Erfinder“ vorgestellt,
der an einem Patent arbeite, das ihn einmal reich machen
würde, so hoffe er jedenfalls. Über dreißig Nächte, so sagte
er in den Verhörprotokollen, habe er im Bürgerbräukel-
ler verbracht.²¹ Abends gegessen, wohl auch mal ein Bier
zum Tagesgericht getrunken, sich dann unauffällig auf die
Galerie verzogen, in einer Art Besenkammer versteckt,
bis die Wirtschaft geschlossen wurde.²² Dann begann er
seine Arbeit an der Säule. Die lauterer Arbeiten erledigte
er, wenn alle zehn Minuten die automatische Klospülung
zu hören war.²³ Im Alt-Münchner Saal des Bürgerbräus
war nämlich eine Luftschutztruppe einquartiert, von
denen keiner etwas merken sollte. Wenn er mit seinem
Pensum fertig war, döste er noch bis zum Morgen in der
Kammer. Nicht einmal der Hund des Nachtwächters ver-
riet ihn, weil er ihm immer etwas von seiner Wurst abge-
geben hatte (könnte man vermuten). Früh am Morgen,
wenn der Bürgerbräukeller wieder öffnete, ging Elser ganz



Seine Hauswirtin, Rosa Lehmann
Fotos: Hella Schlumberger



Georgs Zimmer in der Türkenstraße (2. Stock, schmales Fenster neben dem
Balkon mit der orangen Markise) in München

20 Verhörprotokolle (wie Anm. 4), S. 187 ff. [203 ff.]

21 Ebd., S. 150 ff. [165 ff.].

22 Ebd., S. 152 ff. [167 ff.].

23 Ebd., S. 162 ff. [177 ff.].

selbstverständlich hinaus, in die Keller- oder die Rosen-
heimer Straße, den Gasteighügel hinunter nach Nord-
westen in die Türkenstraße. Wohl eher durch den Eng-
lischen Garten, um den Nazis und ihren Gebäuden um
Königs- und Karolinenplatz auszuweichen. Welchen Mut
und welche Coolness Elser in dieser Zeit bewies, ist fast
nicht vorstellbar. In den Nächten vom 2. bis 6. November
hatte er die Sprengladung mit Patronen, Zeitzündern und
zwei Uhren eingebaut und fuhr nach Stuttgart zu seiner
Schwester Marie.²⁴ Den Kontakt mit den Eltern hatte er
komplett abgebrochen. Er ließ bei Marie einige Kleider
und Werkzeuge, sie steckte ihm dreißig Mark zu, als er am
7. November noch einmal nach München fuhr, um sein
Werk zu überprüfen. Sich in der Nacht vor dem Attentat
noch einmal im Bürgerbräu einschließen zu lassen, das
schaffte nur einer mit starken Nerven. Am Morgen des
8. November trank er am Isartorkiosk noch einen Kaffee,
ging zum Bahnhof und stieg in den Zug nach Lindau.²⁵
Dort nahm er das Schiff nach Konstanz, wollte über die
grüne Grenze in die Schweiz, wurde aber zwanzig Meter
entfernt festgenommen – weil er stehengeblieben war.

24 Verhörprotokolle (wie Anm. 4), S. 187 ff. [203 f.].

25 Ebd., S. 194 f. [210 f.].

Warum? Das fragt sich jeder, der sich mit Elser beschäftigt. Warum war er an der Grenze stehengeblieben? Wollte er der Direktübertragung von Hitlers Rede im Bürgerbräu lauschen, wollte er wissen, ob sein Anschlag geglückt war? Aber doch nicht an der Grenze! Warum hatte ihn sein Perfektionismus so plötzlich verlassen? Weil es nurmehr um ihn ging? Wollte er sich gar für seine Tat („den Führer“ umbringen zu wollen) opfern?

Warum hatte er Teile eines Zünders, eine Beißzange, Aufzeichnungen zu Waffenlieferungen und eine Postkarte vom Bürgerbräu in der Tasche? Warum steckte das Rotfrontkämpfer-Abzeichen an seiner Jacke?²⁶ Wollte er damit erreichen, dass er in der Schweiz politisches Asyl bekommen hätte? Was übrigens keineswegs sicher war.



Hitler bei der Rede im Bürgerbräu am 8.11.1939
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

26 Ebd.



An der Stelle, wo Elser verhaftet wurde, hat die Stadt Konstanz eine Gedenktafel aufgestellt.
Foto: Hella Schlumberger

Nazi-Legenden

Hitler war nur dadurch dem Anschlag entkommen, weil am 8. November 1939 abends in München Nebel herrschte. Der Pilot konnte nicht fliegen, Hitler und Entourage mussten den Zug nehmen. Also begann die Rede im Bürgerbräu früher und hörte früher auf. Dabei ging es vor allem um Hasstiraden gegen den „Kriegstreiber“ England.

Dreizehn Minuten, nachdem er gegangen war, zündete Elsers Bombe, legte den Saal in Schutt und Asche. Sieben tote „alte Kämpfer“ und eine tote Aushilfskellnerin, über sechzig Verletzte. Während Hitler redete, durfte nicht bedient werden. Wenn Hitler nicht früher gegangen wäre, hätte es keine Bedienung getroffen. Auch daran hatte Elser gedacht.

Beim Halt in Nürnberg erfuhren Hitler und Goebbels vom Anschlag (Göring war auf der Jagd), wollten es zunächst nicht glauben, bastelten aber schon gleich an ihrer Legende: Wer nur konnte der Täter sein? Naheliegender war England, das Hitler in seiner Rede ebenso attackiert hatte.²⁷ Es war perfekt, dass am nächsten Tag, dem 9. November, zwei englische Geheimagenten des Secret Service, die eigentlich oppositionelle deutsche Militärs in Venlo treffen wollten, von den Nazis entlarvt und entführt

27 Vgl. Steinbach/Tuchel (wie Anm. 1), S. 52 ff.



Bericht vom Völkischen Beobachter vom 22. November 1939 mit dem Porträtfoto des Gefolterten
Quelle: Gedenkstätte Deutscher Widerstand



Elser erklärt Arthur Nebe das Attentat (nachgestellte Szene).
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand/Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv

worden waren: Sigismund Payne Best und Richard Henry Stevens. Sie wurden als Beweis präsentiert, dass England „den Führer“ hatte beseitigen wollen.

Häftling Elser

Nach der Festnahme in Konstanz wurde Elser nach München ins Wittelsbacher Palais am Ende der Türkenstraße gebracht, wo er verhört, geschlagen, gefoltert wurde, bis er in der Nacht vom 14. auf 15. November 1939 gestand, der alleinige Attentäter zu sein.²⁸ Das glaubten ihm zwar die Kriminalbeamten, vor allem Reichskriminaldirektor Arthur Nebe, aber offiziell wollte das niemand hören. Dass so ein einfacher Mann mutterseelenallein eine derartige Tat durchführen konnte, warf kein gutes Licht auf die Gestapo und die „alten Kämpfer“.

Dafür erweiterten die Nazis ihre Täter-Legende: England war schuld, ganz klar, Organisator war aber, behaupteten sie, Ex-Nationalsozialist und Führer der „Schwarzen Front“, Otto Strasser, der von der Schweiz aus das Attentat organisiert und sich Elser bedient habe, der aus diesem Grund in

die Schweiz habe „zurückkehren“ wollen. Sie sprachen von dem „jüdischen Ohrenbläser“ und meinten damit die „jüdische Weltverschwörung“, die hinter allem stecken würde.

Und wie reagierten die Deutschen, als sie vom Anschlag erfuhren? Offiziell waren alle glücklich, dass „die Vorsehung“ den „geliebten Führer wie durch ein Wunder“ gerettet hatte.²⁹ Er habe schließlich noch seine „Mission“ zu erfüllen, ließ die Nazi-Presse verlautbaren. Dankesgottesdienste wurden abgehalten, Glückwunschtelegramme geschickt, u.a. auch vom Münchner Kardinal Faulhaber.³⁰

Die nachdenklichen Deutschen fragten sich, ob der Anschlag nicht vielleicht eine Provokation des Regimes gewesen sein könnte, um etwas anderes, Schlimmeres zu rechtfertigen. Sie erinnerten sich an das Attentat eines jüdischen Täters auf den deutschen Diplomaten Ernst von Rath am 7. November 1938 in Paris, das als Vorwand für die sogenannte „Reichskristallnacht“ 1938 herhalten musste, oder an die angebliche Besetzung des Senders

.....
28 Ebd.

.....
29 Vgl. Steinbach/Tuchel, S. 96.

30 Vgl. Rudolf Reiser: Kardinal Michael von Faulhaber. Des Kaisers und des Führers Schutzpatron, München 2000, S. 66f.

Personalbogen

Personalien des polizist. — (polizeipolizeist.) — in Erfahrung genommen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) **E l s e r**
 b) Vornamen: (Nachname einschließen) **Georg**
 2. Wohnung: (genau Angabe) **Kul. wohnschaft in München, Türkenstr. 94 3/Lehmann**
 3. a) Geburtsort:
 b) Geburtsdatum:
 4. Beruf: **Schreiner**
 5. Geburtsort, -tag: **4.1.03** Geburtsort: **Herrnaringen, Oberamt Heidenheim/Württ.**
 6. Staatsangehörigkeit und Anerkennung: **SVZ.**
 7. Staatsangehörigkeit: **Deutsches Reich**
 8. Familienstand (Eheg., verheiratet, verlobt, geschieden) **ledig**
 a) Familien- und Wohnung der Ehefrau:
 b) Familien- und Wohnung der Mutter: **E l s e r, Holzhändler, Königshorn, Ob.-Amt Heidenheim /Württ.**
 c) Familien- und Wohnung der Mutter: **E l s e r, geb. Müller, beim Vater wohnhaft in Königshorn, Württ.**
 d) Familien- und Wohnung seiner Geschwister:
 9. Schulbildung/berufliche:
 Wohnung: (Ort) **am** **10**
 Angabe:
 Angehörige des Reichsausschusses von: **10** bis: **10**
 Stellung: **Student:**
 10. **Wohnort/berufliche:** (Zugang, Abgang, Zugang, Abgang) **Wohnort/berufliche:**
 Wohnung: (Ort) **am** **10**
 Angabe:
 (Ort) (Zugang) **als (Zugang) abgegangen:**
 Wohnort/berufliche, Wohnort/berufliche:
 Wohnung: von: **10** bis: **10**
 als:
 Zugangsdatum: **(Zugangsdatum):**

A. 10. 10. 10

[illegible]

Der von der Gestapo über Elser angelegte Personalbogen vom 15.11.1939
Quelle: Gedenkstätte Deutscher Widerstand/Schweizerisches Bundesarchiv Bern

Gleiwitz durch die Polen, die als Rechtfertigungsgrund für den Einmarsch der Wehrmacht in Polen herhalten musste. Konnte nicht ein solcher Anschlag einen Krieg gegen England rechtfertigen? Auch der von den Nationalsozialisten als Organisator des Attentats benannte Otto Strasser, inzwischen aus der Schweiz ausgewiesen, gab an, das Attentat sei eine Provokation der Hitlerclique.

Nur wenige trauten sich in vertrautem Kreise zu sagen: „Schade, dass es nicht geklappt hat!“ Selbst die Exil-SPD war sich nicht einig: Waren wirklich Hitlergegner die Attentäter oder steckten die Nationalsozialisten selbst dahinter?³¹

Erst zwei Wochen nach Elzers Attentat präsentierte die nationalsozialistische Presse ihn als Täter: „Ruchloser Mörder, raffiniertes Schweinestück“, kommentierte Goebbels die Tat in seinem Tagebuch, was schon leise

31 Vgl. Steinbach/Tuchel, S. 96f.

bewundernd klingt, auch „teuflische Durchführung des fluchwürdigen Anschlags“ konnte man lesen.³² Die Nazi-Legende von den Engländern als Auftrag- und Geldgeber und Otto Strasser als Organisator indes hielt sich zäh: Georg Elser wurde lange nur als Ausführer, als „Werkzeug“ betrachtet. Seine Familie, die auch Gefängnis und Verhöre über sich ergehen lassen musste und eine Zeit in Berlin festgehalten wurde, konnte es nicht fassen: ihr Georg der Hitlerattentäter? „Warum hast du das getan, Schorsch?“ fragte ihn die Mutter. „Weil ich den Krieg verhindern wollte“, er.³³ Königsbrunn wurde in „Attentats-hausen“ umbenannt, was die Ablehnung Elzers im Dorf jahrzehntelang prägte.³⁴

.....

32 Zit. nach Steinbach/Tuchel, S. 93.

33 Zitat aus Gesprächen der Autorin mit Leonhard Elser, Georgs Bruder.

34 Ebd.

Gefangener Elser

Als Hitlers „persönlicher Gefangener“ kam Elser in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau, genoss dort zwar Vergünstigungen (größere Zellen, besseres Essen, eine Hobelbank, an der er arbeiten konnte, eine selbergebaute Zither, auf der er spielen durfte), war aber fünf Jahre komplett isoliert. Was geht schneller, soll er sinngemäß einmal einen seiner SS-Bewacher gefragt haben, das Erhängen, das Vergasen oder der Genickschuss?

Am 9. April 1945 wurde Georg Elser vor dem Krematorium im KZ Dachau erschossen und sofort in seinen Kleidern verbrannt, weil das, was mit ihm geplant war und wofür man ihn am Leben gelassen hatte: der große Schauprozess gegen ihn und sämtliche angeblichen Hintermänner des Attentats nach dem „Endsieg“ nun wohl nicht mehr stattfinden würde.

Georg Elser hat kein Grab, außer einem symbolischen auf einem Friedhof bei Königsbrunn.

Das Bild Georg Elzers in Nachkriegsdeutschland

Der Krieg war zu Ende, die großen Städte zerstört, Deutschland von den Alliierten besetzt, die Entnazifizierung Deutschlands begann. Jeder gab sich alle Mühe, höchstens als „Mitläufer“ eingestuft zu werden. Ein so leuchtendes Beispiel des aktiven Widerstands gegen Hitler wie das von Georg Elser (wenn man es gewusst hätte) konnte man einfach nicht gebrauchen. Elzers Tat war lange Zeit tot geschwiegen, in der Bundesrepublik wie in der DDR, in der Verlängerung der nationalsozialistischen Legende anderen zugeschrieben oder einfach verurteilt worden. Sogar Historiker³⁵ beriefen sich gern auf Quellen, die sich als höchst zweifelhaft herausstellten:

- Payne Best, einer der beiden entführten englischen Spione, behauptete in seinem Buch *„The Venlo Incident“* (London 1950): Er habe, selbst Gefangener im KZ Sachsenhausen, zwei Jahre lang Kassiber mit Elser getauscht. Es stellte sich heraus, dass er ihn wohl nur einmal kurz im Waschraum gesehen hatte. Seine These war: Die „alten Kämpfer“, Hitlers Mitputschisten von 1923, hätten Elser mit dem Attentat beauftragt.³⁶
- Walter Uslepp, ein SS-Wachmann ebenfalls im KZ Sachsenhausen, behauptete keck: Hitler und Himmler hätten Elser mit dem Attentat beauftragt.³⁷

.....
35 Zit. nach Steinbach/Tuchel, S. 93 ff.

36 Ebd.

37 Ebd.

- Aber am erstaunlichsten und unglaublichsten ist heute die Haltung des Pfarrers Martin Niemöller, der, als Angehöriger der „Bekennenden Kirche“, ebenfalls KZ-Gefangener war: Elser sei – behauptete er – SS-Unterscharführer gewesen und habe den Anschlag auf persönlichen Befehl Hitlers ausgeführt.³⁸ Er ließ sich auch durch einen Briefwechsel mit Elzers Mutter 1946 nicht umstimmen, er blieb bei dieser Behauptung, die er angeblich von Elzers Bewachern erfahren habe, sein Leben lang.³⁹ Die Gerüchte, die über Elser kursieren, werden heute mehrheitlich als „Lagerklatsch“ eingeordnet.⁴⁰ Vielleicht waren es die Vergünstigungen in der Gefangenschaft, die die Gerüchte über Elser haben ins Kraut schießen lassen und Gefangenen und Wächtern Gelegenheit boten, sich wichtig zu machen.

Am weitsichtigsten, was Elzers Charakter und die Einschätzung seiner Tat betraf, war der Mann, der ihn verhört hatte: Kriminaldirektor Arthur Nebe.⁴¹ Dieser – ein für viele in Russland verübte Verbrechen verantwortlicher Nationalsozialist – hatte, vielleicht sogar durch die Verhöre mit Elser angeregt, Kontakt zu den Männern des 20. Juli aufgenommen, wurde entdeckt und im Strafgefängnis Plötzensee gehängt.⁴² Elser soll es in Sachsenhausen von einem seiner Wachleute erfahren haben. Nebe hatte Folgendes seinem Freund Bernd Gisevius über Elser gesagt:⁴³

„Und du wirst sehen, den Mann machen sie noch hinterher fertig: den schweigen sie tot [...]. Dieser Mann aus dem Volke liebte das einfache Volk; er legte mir leidenschaftlich und in simplen Sätzen dar, Krieg bedeute für die Massen aller Länder Hunger, Elend und millionenfachen Tod. Kein ‚Pazifist‘ in üblichem Sinne, dachte er ganz primitiv: Hitler ist der Krieg und wenn dieser Mann weg ist, dann gibt es Frieden. Gerade deswegen werden deine feinen Leute nichts von ihm wissen wollen, auch nicht hinterher. [...] ... Sie haben übrigens ganz

.....
38 Ebd.

39 Sein Sohn wiederholte diese Thesen auch gegenüber der Autorin.

40 Aussage Barbara Distel, frühere Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, gegenüber der Autorin.

41 Nebe war seit 1937 Chef des Reichskriminalpolizeiamtes und führte unter anderem 1941 die Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in der Sowjetunion, vgl. auch <http://www.deutschebiographie.de/sfz70833.html> [Stand: 18.09.2015].

42 Zit. nach Steinbach/Tuchel, S. 101 ff.

43 Bernd Gisevius: „Wo ist Nebe? Erinnerungen an Hitlers Reichskriminaldirektor“, Zürich 1966, zit. nach. Steinbach/Tuchel (wie Anm. 1); S. 101.

recht damit; sie handeln völlig instinktsicher. Der passt nicht zu ihnen“.⁴⁴

Anders als die Kreise um den „20. Juli“ und die „Weiße Rose“, hatte Elser noch Jahrzehnte nach Kriegsende keine Lobby, niemanden, der sich dafür einsetzte, ihm den Platz in der Geschichte des deutschen Widerstandes zu erkämpfen, der ihm gebührte.

Zäher Wandel des Elserbildes

Als in den 1950er Jahren zwei Journalisten, Erwin Roth und Günter Peis, über den Einzeltäter Elser schrieben, erweckte das kein großes Interesse. Erst, als ein Historiker am Institut für Zeitgeschichte in München, Lothar Gruchmann, bei Recherchen zur Justiz im „Dritten Reich“ 1964 zufällig auf die Berliner Verhörprotokolle Elsers stieß und sie veröffentlichte, setzte bei einigen wenigen ein Umdenken ein.⁴⁵ Ein langsames Umdenken.

Ab Ende der 1960er Jahre tauchten Filme, Stücke und Bücher über ihn auf: Einer der wichtigsten Filme über Elser, ein dokumentarisches Fernsehspiel von Rainer Erler mit dem Titel „Der Attentäter“ von 1969 hatte nicht die Wertschätzung erfahren, die er verdient gehabt hätte. 1982 veröffentlichte Peter Paul Zahl sein Theaterstück: „Johann Georg Elser – ein deutsches Drama“ und inszenierte es in Heidenheim. Gerhard Majer, Schauspieler und Mitglied im Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim, der auch ein Stück „Schorsch“ geschrieben hatte, beschwerte sich, dass Zahl Szenen, die in seiner Heimat spielten, bei ihm abgeschrieben habe.

Erstaunlich war, dass Bundeskanzler Kohl bei seiner Ansprache zum „20. Juli“ 1984 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin auch Elsers gedachte. Er bezeichnete ihn als „erfolglosen Attentäter“. Zehn Jahre später erwähnte er ihn wieder, verzichtete aber diesmal auf die Bezeichnung „erfolglos“.⁴⁶

Wer sich schon lange engagiert für Elser eingesetzt hatte, war der Schriftsteller Rolf Hochhuth. In seinem Elsergedicht von 1987 heißt es am Schluss: „Das Volk liebt zwar die Freiheit – doch nicht jene, die sterben, um es zu befreien“.⁴⁷ Er hatte sich maßgeblich für ein Elser-Denkmal in Berlin eingesetzt, das 2011 eingeweiht wurde, 17 Meter hoch, in der Wilhelmstraße.

1989 kam der Film „Georg Elser – Einer aus Deutschland“ in die Kinos. Hauptdarsteller und zum ersten Mal auch Regisseur war Klaus Maria Brandauer. Dieser – bekannt als genialer Darsteller von bösen (Mephisto) oder zerrissenen (Wallenstein) Charakteren entspricht darin so gar nicht dem stillen, bescheidenen Elser; was als „Dokumentarfilm“ daherkommt, weist schlicht diverse Fehler auf, die man einem Spielfilm eher verzeihen würde.

Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre begann sich langsam eine Art Lobby für Elser zu bilden. Wichtige Impulse gingen von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin (Ausstellungen, Kataloge, Vorträge, Schriften von den Leitern Steinbach und Tuchel), später von der Elser-Gedenkstätte in Königsbrunn mit ihrem Leiter Joachim Ziller, den sich bildenden Elser-Initiativen und dem Elser-Arbeitskreis in Heidenheim aus.

Schriftsteller nahmen sich plötzlich des Themas an, bissen sich geradezu daran fest: Hellmut Haasis, Helmut Ortner, Andreas Grieflinger, Ulrich Renz und immer wieder Peter Steinbach und Johannes Tuchel. Schüler schrieben auf einmal Facharbeiten über ihn, für Studenten wurde er zum Prüfungsthema, Musikstücke wurden komponiert. Fernseh- und Radiosendungen (z.B. „Hitlers wahrer Gegenspieler“ 1996 von der Autorin), Theaterstücke wie „Elser – Allein gegen Hitler“ von Huby/de Lazzer 2009 und neue Filme wie „Elser – Er hätte die Welt verändert“ aus dem Jahr 2015 interessierten auf einmal ein breiteres Publikum. 1998 hatte der Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Baden-Württembergs, Christoph Palmer, bei seiner Rede zur Eröffnung der Elser-Gedenkstätte ihn als „einen von Baden-Württembergs größten Söhnen“ bezeichnet. Und nicht nur Baden-Württembergs.

.....
44 Zit. nach Steinbach/Tuchel (wie Anm. 1), S. 101.

45 Ebd., S. 103 f.

46 Zit. nach Steinbach/Tuchel (wie Anm. 1), S. 105 f.

47 Rolf Hochhuth: War hier Europa?, Reden, Gedichte, Essays, München 1987.

Und was war eigentlich in München los?

Die Georg-Elser-Initiative München

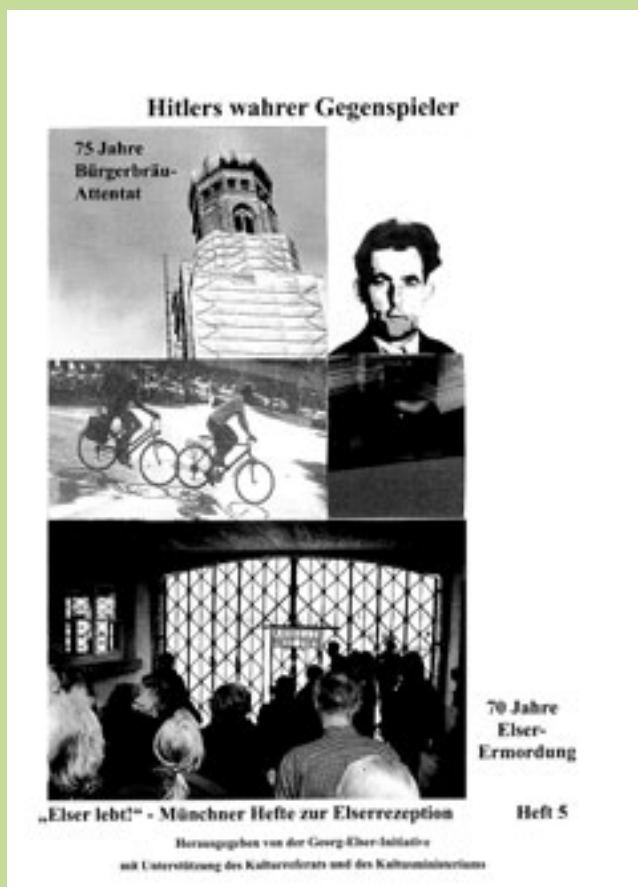
Anfang der 90er Jahre stieß ich bei Recherchen zu meinem Buch über die Türkenstraße auf Menschen, die Elser begegnet waren, ihn kannten: seine Wirtin, Rosa Lehmann, der Ski-Vörg, die Soller-Rosi. Ich interviewte sie, fotografierte sie und veröffentlichte ihre Geschichten in meinem Buch über die Türkenstraße.⁴⁸ Elser wurde für mich der „geheime Held“ der Straße. Nur – wer wusste damals schon, wer Georg Elser war? Vom Bürgerbräu-Attentat hatte man gehört, vom Täter nicht.

Ich überlegte mit Freunden, was in München – außer der Bodenplatte am Gasteig, die 1989 eingeweiht worden war, am Platz wo Elser's Säule im inzwischen abgerissenen Bürgerbräusaal gestanden hatte – für Elser noch zu tun sei. Nach dreieinhalbjährigem mittelschwerem Kampf hatten wir, die „Georg-Elser-Initiative München“ erreicht,



Hella Schlumberger neben Lothar Gruchmann, im Hintergrund in der Mitte Otto Gritschneder. Für ihr Buch über die Münchner Türkenstraße wurde ihr der Hoferichter-Preis verliehen.

Foto: privat



„Elser lebt!“ – 5. Heft zur Elserrezeption
Foto & Collage: Hella Schlumberger

dass ein kleiner, bis dato namenloser Platz an der Türkenstraße, an dem Elser zweimal am Tag vorbeigekommen war, auf seinen Namen getauft wurde.

Das war 1997. „So ein kleiner Platz für so einen großen Mann“, beschwerte sich die Presse, die sich in den Jahren zuvor keineswegs besonders für Elser engagiert hatte. Nach einem Besuch bei der „Geschwister-Scholl“-Preisverleihung 1999 in der Universität beschloss die Initiative in meiner Küche, einen „Georg-Elser-Preis“ ins Leben zu rufen, um weitere Mitstreiter für die Sache zu rekrutieren. Er wurde 2001 zum ersten Mal im Münchner Neuen Rathaus verliehen. Später wurde der Versuch gestartet, ihn als Wanderpreis alle zwei Jahre von anderen Elser-Initiativen vergeben zu lassen. Über die Art der Vergabe kam es zu heftigen Diskussionen. 2009 kehrte der Preis deshalb wieder nach München zurück, wurde vom Patentamt geschützt und 2012 der Stadt München übergeben, die damit den Geschwister-Scholl-Preis und den Georg-Elser-Preis vergibt. Auf die Bitten der Elser-Initiative hatte sich Alfred Hrdlicka, der bekannte Wiener Bildhauer, bereit erklärt, ein Elser-Denkmal für München und eventuell auch für Berlin zu schaffen. Doch der Münchner Stadtrat blieb beim Ergebnis seiner Ausschreibung.

48 Hella Schlumberger, Türkenstraße. Vorstadt und Hinterhof. Eine Chronik, erzählt, München 1998/2003.



Silke Wagners Kunstwerk am Georg-Elser-Platz in München: „8. November 1939“
Foto: Michael Nagy/Presse- und Informationsamt München

Seit 2009 prangt das Neonröhren-Kunstwerk von Silke Wagner an der Westfassade der Türkenschule am Elserplatz: Es leuchtet eine Minute am Tag rot auf, ab 21:20 Uhr, der Zeit in der Elsers Bombe im Bürgerbräu detoniert war.

Hrdlicka war ein paar Monate nach seinem Angebot gestorben. Der Elser wäre sein letztes Werk gewesen.

Ansonsten hat die Münchner Georg-Elser-Initiative in mehr als 20 Jahren einiges initiiert, um Elsers Bild in der Öffentlichkeit zurechtzurücken: Veranstaltungen mit Politikern jeder Couleur, mit Wissenschaftlern und Künst-

lern, Führungen, Lesungen, Gastspiele, Fahrten nach Königsbrunn, Führungen in München „Auf den Spuren von Georg Elser“, Radltouren ins ehemalige KZ Dachau zu den Elserzellen, ökumenische Gottesdienste an seinem Todestag, Geschenke für Elser-Preisträger aus dem Holz der Elsbeere, Elser-Porträts, Elser-Künstler-Postkarten und fünf „Elserhefte“.⁴⁹ Die Aktionen fanden an Orten statt, die einen Bezug zu Elser haben, mit Menschen, die sich entweder bereits intensiv mit ihm beschäftigt haben, oder Schülern, die so gut wie nichts über ihn wissen.

.....
⁴⁹ „Elser lebt! Münchner Hefte zur Elserrezeption“, vgl. Heft Nr. 5 „Wir über uns“, München 2015.

Der Umgang mit Elser

Zum 50. Jahrestag des Attentats hatte sich ein Historiker, Lothar Fritze, mit einem seltsam elserkritischen Artikel in der Frankfurter Rundschau (FR) zu Wort gemeldet.⁵⁰ Die FR, historisch eigentlich ein Organ der Linken, veröffentlichte eine ganze Seite darüber, dass Elser's Tat moralisch nicht zu rechtfertigen sei. Als „Durchschnittsbürger“ habe Elser im Jahr 1938 gar nicht wissen können, ob Hitler einen Krieg anstrebe. Er hätte am 8. November 1939 neben der Säule mit der Höllenmaschine stehen müssen und wenn er gesehen hätte, dass Hitler vor der Zeit aufbrach, hätte er Bombenalarm auslösen müssen. Und weil er das nicht getan habe, müsse man ihn auch nicht besonders ehren. Viele Elserforscher stürzten sich geradezu auf den Text, widerlegten ihn wortreich in den verschiedensten Medien. Zehn Jahre später legte Fritze noch einmal nach und rückte Elser's Tat sogar in die Nähe linksextremer Terroranschläge wie die der RAF.⁵¹

Wer sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts über Elser informieren wollte, konnte es leicht tun, fand Material, fand Gleichgesinnte. Es fanden sich freilich auch „Gleichgesinnte“ im rechten bis rechtsradikalen Spektrum: 2009 erschienen bei der Einweihung des Elser-Denkmal's in München Demonstranten und beklagten – acht Teelichter in der Hand haltend – scheinheilig die acht Toten des Attentats. Und die 50 Millionen Opfer des Regimes? Das könne man nicht vergleichen, behaupteten sie frech, bevor sie endlich von der Polizei abgedrängt wurden.

Im 21. Jahrhundert ist Elser angekommen bei denen, die es wollen. Seine Tat ist bekannt, der Name mit der Tat verbunden. Trotzdem ist es manchen immer noch lieber, Elser als „Werkzeug“ zu sehen und nicht als selbstbestimmten Widerstandskämpfer, der die Mehrheit des deutschen Volkes blass aussehen lässt.

Ja, man hätte wissen können, was Hitler vorhatte, ja, man hätte auch etwas dagegen tun können. Ohne Militär oder Intellektueller zu sein. Der Historiker Joseph Peter Stern hat es am treffendsten ausgedrückt: Hitlers wahrer Antagonist war Georg Elser.⁵²

Sorgloser Umgang mit Elserdaten

Trotzdem, auch heute noch, fällt, wenn es um das Thema Elser geht, der unsensible und sorglose Umgang mit den Daten und Fakten auf – anders als bei der „Weißen Rose“ und dem „20. Juli“.

Das fängt mit dem Namen an. Da heißt er „Elsner“ oder „Elstner“, gar „Eisler“ oder „Eisner“. Da wird das Attentat auf den 9. November geschoben. Da wird schon einmal sein Beruf mit „Uhrmacher“ angegeben, da wird behauptet, er habe die Bombe in München gebaut oder er sei am 9. April 1945 im KZ Dachau „hingerichtet“ worden. Dabei wurde er ohne Prozess und Gerichtsurteil ermordet.

Da wurde lange Zeit als einziges Elser-Foto das Porträt des Gefolterten verwendet, das von den Nazis fotografiert worden war.

Da wird er übergangen, wie etwa bei der 2013 eröffneten ständigen Ausstellung im ehemaligen Wittelsbacher Palais, heute Sitz der Bayerischen Landesbank, Ecke Türken/Brienerstraße. Im Schaufenster wird die Geschichte des Ortes erzählt. Genau an diesem Ort, der Gestapo-Verhörzentrale, war Elser gefoltert worden und hatte sein Geständnis abgelegt. Die Geschwister Scholl, ebenfalls dort verhört, tauchten in der Fotodokumentation der Ausstellung selbstverständlich auf. Elser nicht. Erst nach Anfragen und Protesten wurde dies vom Institut für Zeitgeschichte korrigiert. Seit Ende 2013 ist jetzt auch Elser in Wort und Bild im Schaufenster zu sehen.

Fünf Jahre zuvor hatte die Unibibliothek in München eine Ausstellung über den Widerstand gegen die Nazis in den Schulbüchern von DDR und Bundesrepublik zusammengestellt. Wer fehlte? Georg Elser. Wohl weil er keinem System so richtig passte, weil er unabhängig nur seinem Gewissen folgte. Auch 18 Jahre nach der Einweihung des Georg-Elser-Platzes findet man ihn 2015 im offiziellen Stadtportal der Landeshauptstadt München – nicht.

Die Wertung des Attentats

Die pejorative Wertung der Tat Elser's als eines „missglückten Attentats“ ist immer noch häufig zu hören. Das Attentat war nicht „missglückt“, die Adressaten waren eben schon gegangen. Elser hatte keinen Fehler gemacht.

Der ganze deutsche Widerstand ist schließlich „missglückt“, er war nicht fähig, das NS-Regime zu stürzen. Georg Elser war am nächsten dran. Ihm gebührt der Platz neben der „Weißen Rose“ und dem „20. Juli“.

Es gibt noch viel in Sachen Elser zu tun. Vielleicht reizt es Sie ja mit anzupacken. 🍷

50 Lothar Fritze: Die Bombe im Bürgerbräukeller, Antrittsvorlesung 1999, vgl. Frankfurter Rundschau vom 08.11.1999.

51 Zit. nach Steinbach/Tuchel (wie Anm. 1), S. 108 ff.

52 Vgl. Joseph Peter Stern: Der Mann ohne Ideologie. Georg Elser – Hitlers wahrer Antagonist, FAZ vom 04.11.1978.

Kain denk mal – böse

Recherchen zu Wilfried Böse, einem Linksterroristen der 1970er Jahre und ehemaligen Schüler des Dientzenhofer-Gymnasiums in Bamberg

Von Rafael Rempe



Wilfried Böse, polizeiliches Foto von 1975
Foto: picture alliance

Entebbe 1976 – ein in Deutschland marginalisiertes Verbrechen

Es mag erstaunen, dass eines der schlimmsten und folgenreichsten Verbrechen, an dem deutsche Linksterroristen in den 1970er Jahren wesentlich beteiligt waren, in Deutschland – außer in der unmittelbaren Folge des Geschehens – insgesamt eher wenig Beachtung fand und in der kollektiven Erinnerung bis heute eher eine nachrangige Rolle spielt: die Entführung und Geiselnahme eines französischen Passagierflugzeugs am 27. Juni 1976. An Bord der Air-France-Maschine, die von Tel Aviv aus mit einem Zwischenstopp in Athen auf dem Weg nach Paris war, befanden sich ca. 250 Personen.¹ Die palästinensisch-deutsche Terroristengruppe ging in Athen an Bord und brachte das Flugzeug kurz nach dem Start in seine Gewalt; der weitere Weg führte über Libyen nach Entebbe in Uganda. Das Ziel der deutsch-palästinensischen Terrorgruppe war es, im Austausch mit den entführten israelischen Geiseln inhaftierte Terroristen freizupressen; um den Druck zu verschärfen, drohten sie die Gefangenen sukzessive zu erschießen.² Der das Kommando leitende Wilfried Böse und seine Komplizen verstanden sich als „Anti-Imperialisten“. Im Vordergrund ihres Handelns stand die rücksichtslose Durchsetzung ihrer ideologischen Interessen; über „Kollateralschäden“ ihres politischen Kampfes gingen sie skrupel- und rücksichtslos hinweg.

Während schon die Entführung so vieler Menschen international Entsetzen hervorrief, nahm die Tat von Entebbe eine besonders bedrückende Dimension an: Das (zunächst) vierköpfige Terrorkommando (Codename: „Che Guevara“) bestand aus zwei palästinensischen Tätern aus der Gruppe PFLP-SC, die dem palästinensischen Terroristen Wadi Haddad unterstand, aber auch aus zwei deutschen Akteuren aus dem linksterroristischen Milieu. Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse gehörten den sogenannten „Revolutionären Zellen“ an, einer neben der „Roten Armee Fraktion“ und der „Bewegung 2. Juni“ weiteren linksgerichteten Terrorgruppe. Als bekannt wurde, dass Kuhlmann und Böse im Hangar des Flughafens von Entebbe eine Selektion der Gei-

seln durchgeführt hatten, bei der sie die jüdisch-israelischen Passagiere von den übrigen Entführten trennten und als Geiseln behielten, löste dies weltweites Entsetzen aus:³ 31 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager hatten Deutsche einer jüngeren Generation wieder Israelis, darunter einige Überlebende des Holocaust, in ihre Gewalt gebracht und eine Selektion jüdisch-israelischer Menschen vorgenommen. Die Parallele zu den Verbrechen des Holocaust lag offen zutage; hier entpuppte sich die „dunkle Aura des deutschen Linksterrorismus als Wiedergänger der deutschen Geschichte“,⁴ wie es Ulrich Herbert ausgedrückt hat. Dieser Vorfall löste vor allem in Israel großes Entsetzen aus: „Für die deutschen Juden [...] markierte Entebbe einen tiefen Einschnitt. Sie waren schockiert darüber, dass sich hier erstmals seit der Befreiung von Auschwitz wieder Deutsche anmaßten, jüdische Zivilisten allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volk in ihre Gewalt zu bringen; und ebenso schockiert waren sie darüber, dass dies seitens der deutschen Öffentlichkeit kaum beanstandet bzw. von Teilen der außerparlamentarischen Linken mit Verweis auf die Besatzungspolitik des Staates Israel gar noch gerechtfertigt wurde.“⁵ Shimon Peres, damals israelischer Verteidigungsminister, kommentierte: „Das Bild von einer deutschen Frau und einem deutschen Mann, die wieder einmal Pistolen auf wehrlose Juden hielten, konnte kein Israeli verwinden.“⁶

Insgesamt forderte das Verbrechen ca. dreißig Menschenleben, wobei die genaue Bilanz bis heute umstritten bleibt: Es starben sieben Terroristen (in Entebbe waren zum Entführerkommando weitere palästinensische Komplizen hinzugestoßen), vier Geiseln (darunter Dora Bloch, eine Holocaust-Überlebende, die während der Entführung erkrankte, ins Krankenhaus eingewiesen wurde und nach der Befreiungsaktion in Kampala ermordet wurde), ein israelischer Offizier und ca. 20 ugandische Soldaten. Dazu kommen möglicherweise ungezählte kenianische Staatsbürger in Uganda.⁷ Die Terroristen steuerten als Zielort

1 Die in der Literatur angegebenen Zahlen und Faktion divergieren häufig, vgl. allgemein: Annette Vowinkel: Der kurze Weg nach Entebbe oder die Verlängerung der deutschen Geschichte in den Nahen Osten, in: Zeithistorische Forschungen 2 (2004), online-Version s. <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2004/id%3D4742> [Stand: 11.09.2015]; Christian Frey: Entebbe 1976 – Vorbild aller Kommando-Unternehmen, in: <http://www.welt.de/geschichte/article144149310/Entebbe-1976-Vorbild-aller-Kommando-Unternehmen.html>; [Stand: 11.09.2015]; Wolfgang Kraushaar (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bde., Hamburg 2006.

2 Vgl. Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Frankfurt am Main 2004, S. 409.

3 Die Crew blieb bei den Geiseln, die anderen Geiseln wurden freigelassen.

4 Vgl. Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 928.

5 Vgl. Vowinkel (wie Anm. 1).

6 Zitat in: Thomas Riegler: Terrorismus. Akteure, Strukturen, Entwicklungslinien, Innsbruck 2009, S. 235, zit. nach ders.: Rezension v. Shelley Harten: Reenactment eines Traumas: Die Entebbe Flugzeugentführung 1976, in: <http://www.sehepunkte.de/2014/05/24570.html#fn9> [Stand: 11.09.2015].

7 Die englische Wikipedia-Seite zu „Operation Entebbe“, s. [wikipedia.org](http://www.wikipedia.org) [Stand 12.8.2015] spricht von diesem nirgends genauer belegten, vermutlich auch nicht mehr verifizierbaren Umstand: Idi Amin soll aus Rache dafür, dass Kenia den israelischen Militärs auf dem Rückflug von Entebbe eine Zwischenlandung erlaubt hatte, zum Mord an Kenianern in Uganda aufgerufen haben.

Entebbe an, weil sie Unterstützung und Schutz durch den schwerkriminellen ugandischen Staatschef Idi Amin erhielten; die ugandische Armee flankierte das Terrorkommando in Entebbe militärisch und logistisch.

Israel reagierte auf die Entführung entschlossen: Anstatt sich auf Gespräche zur Freilassung der Geiseln einzulassen, wurde die Flugzeugentführung am späten Abend des 3. Juli 1976 innerhalb kürzester Zeit mit der „Operation Thunderbolt“ beendet. In dem kämpfenden Kontingent befanden sich Teile des Einsatzkommandos „*Sajeret Makal*“.⁸ Die Operation wurde zum Vorbild künftiger Einsätze und beeinflusste später auch die Entscheidung zum Einsatz der GSG 9 bei der Befreiung der entführten „Landshut“ ein Jahr später in Mogadischu. Die Erpressbarkeit der betroffenen Staaten wurde gering; insofern markiert Entebbe das

Ende der Hochphase arabischer Flugzeugentführungen in den 1970er Jahren.

Bei dem bei der Befreiungsaktion getöteten israelischen Offizier, dem Kommandeur der Eingreiftruppe, handelte es sich um Jonathan Netanjahu, den älteren Bruder des aktuell amtierenden israelischen Ministerpräsidenten;⁹ er hat in der israelischen Erinnerungskultur als tragischer Held und Ikone einen Platz gefunden.¹⁰ Das traumatische Erlebnis von Entebbe hat Benjamin Netanjahu geprägt; aufgrund dieser Erfahrung wirkte er als israelischer Diplomat später entscheidend auf die internationale Sichtweise auf Terrorismus hin.¹¹ Insofern reichen die Folgen Entebbes ganz unmittelbar in die Gegenwart des Nahost-Konflikts und der Terrorismusbekämpfung mit hinein.



Die Maschine landet in Entebbe/Uganda: Befreiung nach sieben Tagen durch ein Spezialkommando der israelischen Armee in der Nacht vom 3. zum 4. Juli 1976. Der ugandische Staatschef Idi Amin im Gespräch mit einigen der Geiseln, denen er seine Unterstützung zusagt.

Foto: ullstein bild – ap

8 Vgl. Frey (wie Anm. 1).

9 Vgl. ebd.

10 Vgl. zum Beispiel Entebbe-Memorabilien auf YouTube, wie z.B. den Comic-Kurzfilm: „Operation Entebbe – in comic“, s. <https://www.youtube.com/watch?v=q6C8b2LtUxc> [Stand: 12.09.2015].

11 Marcel Baumann: *Schlechthin böse? Tötungslogik und moralische Legitimität von Terrorismus*, Wiesbaden 2013, vor allem S. 82–84 und S. 155–161.

Wilfried Böse – ein Terrorist aus Franken

Die Spuren Wilfried Böses, der als Anführer des Terrorkommandos kurz im Fokus der Weltöffentlichkeit stand, führen nach Bayern; er ist im oberfränkischen Bamberg aufgewachsen und hat das Dientzenhofer-Gymnasium besucht. Ein Schulprojekt hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Biographie Böses zu recherchieren. Im Folgenden wird es vorgestellt.

Fragen und Quellen zum Thema

Vielfältige Fragen waren bei den bisherigen Recherchen Ausschlag gebend: Warum entschied sich ein Bamberger Schüler in den 1960er/1970er Jahren dazu, Linksterrorist zu werden? Welche Einflüsse in seinem Bamberger Umfeld prägten seinen Weg? Wie verlief die Entwicklung des Täters hin zu seiner Radikalisierung? War Böse eher ein „Mitläufer“ oder ein „Entscheider“, und welche Motive trieben ihn an? Gibt es Rückschlüsse, die sich aus dem Geschehen auf die politische Bildung und Erziehung ziehen lassen? Und über Böse hinaus: Wie sah bzw. sieht die Rezeption von Entebbe als Erinnerungsort aus – in Deutschland, aber auch in anderen Ländern? Kann man von einem deutschen Verdrängungsprozess sprechen? Welche Folgen hatte das damalige Geschehen?

Motive und Taten von Wilfried Böse können bis heute nicht alle präzise ermittelt werden. Viele der „Mosaiksteine“ sind interpretationsbedürftig. Insofern bleibt das schulische Projekt ein nicht abgeschlossener Arbeitsprozess. Auf der geplanten Projekt- Internetseite ist eine Rückmeldungsmöglichkeit vorgesehen, um weitere Quellen und Stimmen aufzunehmen. Zudem bleibt festzuhalten, dass Böses Lebensweg keine Zwangsläufigkeit aufweist. Dass man diesen Weg nachvollziehen kann, bedeutet nicht, dass es für Böse keine Handlungsalternativen gegeben hätte.

Quellen

Schriftliche Quellen zum Thema gibt es, soweit Böse betroffen ist. Als Bücher seien genannt *Hans-Joachim Klein: Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen, Reinbek bei Hamburg 1979*; *Magdalena Kopp: Die Terrorjahre. Mein Leben an der Seite von Carlos, München 2007* (zwei Berichte von ehemaligen Mitstreitern Böses bei der „Revolutionären Zelle“) sowie als primäre Quelle über das Selbstverständnis der „Revolutionären Zelle“ *„Holger, der Kampf geht weiter!“ Dokumente und Beiträge zum Konzept Stadtguerilla, Gaiganz 1975*. Gut informiert zeigen sich zahlreiche Artikel des Nachrich-

Über das Projekt und den Autor

Das „Wilfried-Böse“-Projekt am Dientzenhofer-Gymnasium wird von Rafael Rempe, dem Autor dieses Beitrags geleitet, der seit 1992 dort Geschichte unterrichtet. 1998 machte ihn ein Leistungskursschüler, Martin Gruner, auf Böse und den Zusammenhang mit Entebbe aufmerksam. Bereits bei den ersten Recherchen und Umfragen stießen die Projektbeteiligten auf die eher geringere Bekanntheit des Terroraktes. Zumindest die Beteiligung deutscher Terroristen war vielen Befragten unbekannt. Offensichtlich wurden in der deutschen Öffentlichkeit bzw. der deutschen zeitgeschichtlichen Forschung Entebbe und dessen Zusammenhänge eher wenig berücksichtigt – dabei stellte sich die Frage, ob es sich dabei auch um ein Phänomen der Verdrängung handele.

Rafael Rempe beschloss, dem Thema nachzugehen – und die neue Qualifikationsstufe mit ihren P-Seminaren bot dafür eine gute Gelegenheit. Bis heute sind drei P-Seminare zum Thema angeboten worden; drei Ausstellungen in der Schule, im Bamberger Stadtarchiv¹² und zuletzt auszugsweise auch in der Staatsbibliothek Ansbach waren bisher das Ergebnis. Derzeit wird an der Aufbereitung des Themas in Form einer Internet-Seite gearbeitet.

tenmagazins „Der Spiegel“ seit den späten 1960er Jahren. Der deutsche Zeithistoriker, der sich wohl am intensivsten mit der „Revolutionären Zelle“ befasst hat, ist Wolfgang Kraushaar vom Hamburger Institut für Sozialforschung. Er hat unsere Recherchen auf vielfältige Weise begleitet und unterstützt – an dieser Stelle dafür ein großer Dank!

Es wurden einige Gespräche mit Zeitzeugen geführt, die Böse persönlich gekannt haben – vor allem aus seiner Bamberger, aber auch aus der Ansbacher Zeit bis 1968. Es handelt sich in erster Linie um Schulfreunde und -bekannte, mit denen die Projektbeteiligten gesprochen haben. Sie berichten unisono, dass sie sich niemals hätten vorstellen können, dass Böse in die terroristische Laufbahn abgleiten würde. Aussagen über den Terroristen aus der Zeit ab dem Sommer 1968 entstammen hingegen fast ausschließlich der Literatur – einige durch das Projekt kontaktierte Ansprechpartner aus dieser späteren Lebenszeit Böses waren nicht bereit, genauer Auskunft zu geben.

.....

¹² Der Autor dankt Horst Gehring, Barbara Eckstein und Jürgen Schraudner für die freundliche Unterstützung.

Der Weg Böses bis Entebbe

Schulzeit in Bamberg und Ansbach.

Wilfried Böse wurde am 7. Februar 1948 in Bad Cannstatt bei Stuttgart geboren und wuchs in Bamberg als einziger Sohn eines Elektroingenieurs und einer Hausfrau und Tagesmutter behütet auf.¹³ Bei der Betreuung der Tages-Kinder unterstützte er seine Mutter bereits als Jugendlicher und wurde auch sonst als sozial umgänglich und engagiert wahrgenommen. Erst besuchte er die Oberrealschule, ab dessen Gründung 1965 dann das Dientzenhofer-Gymnasium (DG). Am DG vertrat er Anliegen der Mitschüler als Klassensprecher auch dem Direktorat gegenüber offenbar sehr selbstbewusst und entwickelte einen ausgeprägten eigenen Stil (Tragen langer schwarzer Mäntel, Arztkoffer als Schultasche etc.). Bei den Lehrkräften kam er unterschiedlich an: je nach Betrachtungsweise galt er als faul, frech und aufmüpfig oder als engagiert, eigenständig und reflektiert. Die kurze Hose beim Skikurs oder die Regieübernahme beim schulischen Wandertag mit Bierwagen geben davon ein Bild.

Früh war seine links ausgerichtete politische Einstellung bekannt; an der entstehenden „Bamberger APO“ nahm er aber kaum aktiv teil und wurde von deren Protagonisten auch später nur vage wahrgenommen – und wenn, dann eher als geltungsbedürftiges „Babyface“¹⁴ denn als ernst zu nehmend. Alle Personen aus Böses Schultagen sind sich jedenfalls einig, dass nichts seine spätere terroristische Karriere angedeutet habe.

Etwa zur Mitte des Schuljahres 1966/67 verließ Wilfried Böse das Dientzenhofer-Gymnasium und wechselte nach Ansbach. Dort besuchte er für eineinhalb Jahre bis zum Abitur 1968 das Platen-Gymnasium und wohnte im Alumneum, einem Internat. Welche Ursachen gab es hierfür? Welchen Beitrag hat die Schule zu diesem Wechsel geleistet?

Erst nach langem Suchen wurde im Rahmen des P-Seminars das entscheidende Protokoll einer Sitzung des Disziplinarausschusses der Schule aus dem November 1966 entdeckt. Daraus geht hervor, dass Böse mehrere Tage die Schule geschwänzt und dafür Entschuldigungen gefälscht hatte – ein durchaus häufig vorkommendes Vergehen, das üblicherweise mit der Androhung der Entlassung sanktioniert wird. Offenbar kamen Böses



Vom ehemaligen Bamberger Dieter Kunzelmann mit initiiert: Das sogenannte Ebracher Knast-Camp im Juli 1969 nahe Bamberg, bei dem sich viele spätere Terroristen ein Stelldichein gaben. Links Tommy Weissbecker, sitzend mit nacktem Oberkörper Georg von Rauch, in der Mitte Fritz Teufel, neben ihm stehend Irmgard Möller. Auch Ensslin und Baader waren in Ebrach dabei, nicht aber – zumindest unseres Wissens nach – Böse. Kunzelmann brach vom Camp aus mit einigen Freunden als erste deutsche Gruppe zur paramilitärischen Ausbildung in arabisches Gebiet (Jordanien) auf.

Foto: Werner Kohn

Eltern dieser Drohung zuvor und entschieden sich selbst für einen Schulwechsel – Böse wurde also nicht von der Schule verwiesen. Im Hintergrund dieses Vorfalls stand offenbar eine Kontroverse mit einem Direktatsmitglied, das Böses Bestrafung wohl intensiv betrieb. Nach problematischen Auseinandersetzungen entschlossen sich die Eltern nach eigener Aussage, ihren Sohn auf eine andere Schule zu schicken.

Die Szenerie ist für die damalige Zeit nicht untypisch: Das Kollegium des Dientzenhofer Gymnasiums vertrat zu einem Teil den „alten“, autoritären, konservativen Erziehungsstil, der von den werdenden 68ern zunehmend kritisiert wurde; viele jüngere Kollegen dagegen ermunterten die Schüler dazu, einen eigenen Standpunkt zu finden, selbständig zu denken und eigene Positionen und Forderungen auch selbstbewusst und entschieden zu vertreten.

Böse war in diesem Zusammenhang ein Schüler, der sich im Sinne vieler heutiger Kollegen entwickelte: Er war engagiert, eigenständig, reflektiert und vertrat seine und die Interessen seiner Mitschüler selbstbewusst – rein positiv betrachtet könnte man zusammenfassen: von außen besehen ein Beispiel für Zivilcourage. Die problematische Entwicklung eines eigentlich begabten Schülers wurde hier möglicherweise in einem Konflikt mit einer konser-

¹³ Diese und die folgenden privaten Informationen gehen auf ein persönliches Gespräch des Autors mit den Eltern Wilfried Böses zurück.

¹⁴ So einer der Hauptakteure der Bamberger linken Szene der APO-Zeit. Die Gesprächspartner sind in den Ausstellungen dokumentiert.



Böse (links) ca. 1966 mit einem Freund bei einem Schulausflug
Foto: Hermann Dietz

vativ-autoritär geprägten Umgebung forciert. In Böses Augen hatte das „Establishment“ versagt; er erfand sich in Ansbach neu als radikaler Rebell gegen „das System“.

Für viele der deutschen Linksterroristen der 70er Jahre war der 2. Juni 1967 ein entscheidendes Datum: die Demonstration gegen den Schahbesuch in Berlin, bei der der Student Benno Ohnesorg – wie wir es heute recht klar benennen können – von einem Berliner Polizisten, der auch im Dienst der Staatssicherheit stand, ermordet wurde.¹⁵ Böse war – zufällig – in enge Berührung mit dem Schahbesuch gekommen: Redakteure seiner Schülerzeitung, die mit Böse befreundet waren und dieselbe Klasse besuchten, waren Ende Mai in Rothenburg ob der Tauber dem Schah begegnet und hatten sogar vor, ein Interview mit ihm zu führen.

.....
¹⁵ Vergleiche Jürgen Dahlkamp und andere: Aus kurzer Distanz, in: Der Spiegel 4/2012 vom 23.01.2012, S. 36–45.



Der Schah schüttelt Ende Mai 1967 einem Redakteur der Schülerzeitung des Platen-Gymnasiums Ansbach die Hand.
Foto: Dr. Rolf Griebel

Allerdings konnte das vom Schah nach langen diplomatischen Vorbereitungen zugesicherte Interview doch nicht stattfinden, sondern nur eine kurze Begegnung; die Interviewfragen wurden dann schriftlich beantwortet. Betrachtet man das Interview im „Wecker“,¹⁶ ist es – vor dem Hintergrund der Zeit und der Beteiligten – durchaus nicht unkritisch, aber natürlich auch nicht revolutionär gehalten. Interessant aber: In der nächsten Ausgabe der Schülerzeitung wurde im Inhaltsverzeichnis ein Bericht „Wecker bei der Schahkrönung“ angekündigt – und die entsprechende Seite 14 im Heft war einfach durchgehend schwarz.¹⁷ Ein Zeichen, dass sich die Redaktion von der vorherigen Ausgabe und deren zu braver „Hofberichtserstattung“ distanzieren wollte? Keiner der Beteiligten, die wir gesprochen haben, erinnert sich genau – eine Zensur durch die Schulleitung kann daher wohl ausgeschlossen werden. Es ist davon auszugehen, dass Böse von den Vorfällen stark beeindruckt war. Im Zuge des 2. Juni 1967 identifizierten sich viele der späteren Terroristen mit dem Widerstand (in einer heiklen Parallelisierung besonders mit der „Weißen Rose“) gegen das „Dritte Reich“ und stellten sich eine Selbstermächtigung zu radikalem Handeln

.....
¹⁶ Der Wecker Nr. 25 vom Juni/Juli 1967, unabhängige Schülerzeitung der beiden mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien in Ansbach, S. 34–38. Die Schülerzeitungsausgaben aus Böses Zeit in Ansbach wurden dankenswerterweise zur Verfügung gestellt von Böses Klassenkameraden Dr. Rolf Griebel, der auch die Präsentation der Ausstellung in Ansbach initiiert hat.

¹⁷ Der Wecker, Nr. 26 vom Oktober/November 1967 (sonst wie Anmerkung 24).

gegen die angeblich faschistische Bundesrepublik aus – eine heftige Übertreibung, der auch Böse anhing.

Seine linke politische Einstellung teilte er – dem Zeitgeist entsprechend – mit vielen Mitbewohnern und -schülern und fiel deswegen in dieser Hinsicht keineswegs als besonders radikal auf. Manche Lehrer, zum Beispiel sein Kunstlehrer, nahmen Böse als „sehr reif, auch in künstlerischer Hinsicht gebildet, und interessiert“ wahr. Böse sei rhetorisch sehr gewandt gewesen; wenn er sich geärgert habe, habe er nicht die Kontrolle verloren, sondern süffisant gelächelt. Bei den Mitschülern hinterließ er Eindruck durch den Kleidungsstil und durch eine zurückhaltende, dann aber entschiedene und reife Art des Auftretens. Er stand der Redaktion der Schülerzeitung sehr nahe. Sowohl in Bamberg als auch in Ansbach scheint er nicht mehr viele Kontakte aufrechterhalten zu haben – fast alle Gesprächspartner des Projekts haben ihn nach dem jeweiligen Weggang von der Schule aus den Augen verloren.

Im Herbst 1968 nahm Böse ein Studium der Pädagogik, Politikologie und Soziologie in Freiburg im Breisgau auf, wechselte aber schnell mit einigen Freunden, um die „Frankfurter Schule“ direkt zu erleben, an die dortige Universität.

Radikalisierung in terroristischen Netzwerken

In Frankfurt rückte das Studium allerdings wohl schnell in den Hintergrund. Diese Frankfurter Zeit (1969–1975) ist geprägt durch unterschiedliche, miteinander verknüpfte Aktivitätsstränge, die im Folgenden je für sich genannt werden:

K.D. Wolff und der Verlag Roter Stern

Entscheidend war in Frankfurt die Begegnung mit K.D. Wolff, der 1967/68 Bundesvorsitzender des SDS war. Wolff vertrat eine sehr eigenständige, markante linke politische Position, mit der er z.B. sowohl bei den IX. Weltjugendspielen des Ostblocks in Sofia als auch bei einem USA-Besuch heftig aneckte. Er war entscheidend beteiligt am *Black-Panther-Solidaritätskomitee*, nahm Andreas Baader und Gudrun Ensslin nach deren Haftverschonung im Anschluss an ihre Frankfurter Kaufhausbrandstiftung für die erste Nacht in seine Wohnung auf,¹⁸ hat wohl auch später die RAF unterstützt – und Böse war bei alledem anscheinend von Anfang an dabei.¹⁹ Beide begründeten den Verlag Roter Stern mit – Böse kaufte später das Gebäude in der Holz-

hausenstraße, das heute noch das Nachfolgeunternehmen beherbergt, und übernahm viele geschäftliche Aufgaben; hierin zeigte er schnell großes Geschick. Im Verlagsgebäude bezog nicht nur Wolff für einige Zeit Wohnung; auch Böse und Kuhlmann wohnten hier zeitweilig als Paar neben Magdalena Kopp, die anfangs mit dem Verlagsmitarbeiter Michel Leiner, später mit Johannes Weinrich (auch für den Verlag tätig) und zuletzt (nach Böses Tod) mit Ramírez Sánchez („Carlos“) liiert war.²⁰

Der Verlag verbreitete kommunistische Literatur und zeigte anfangs ausgeprägte Sympathien für das kommunistische System Nordkoreas, wohin Wolff und wohl auch Böse je einmal reisten. Kritische Reflektionen über den „real existierenden“ Steinzeitkommunismus blendeten sie aber offensichtlich aus.

Black Panther

Das „Solidaritätskomitee“ für die radikal sozialistisch und auf die Rechte der Schwarzen ausgerichteten *Black Panther* beherbergte Vertreter der amerikanischen Bewegung und organisierte Vorträge in Deutschland. Bemerkenswert ist, dass in derselben Ausgabe der linken Zeitschrift „Agit 883“ nicht nur der ehemalige Bamberger Dieter Kunzelmann mit seinem berüchtigten „Brief aus Amman“ eine Spur hinterließ, sondern auch Böse – zumindest indirekt in einem Artikel über die *Black Panther Party*, in dem auf das Frankfurter „Solidaritätskomitee“ hingewiesen wird, das Böse mitbegründet hatte.²¹

Kopp schildert, dass ihr Auto – wohl ohne ihr Wissen – für einen Einbruchversuch in einer amerikanischen Kaserne zur Waffenbeschaffung genutzt wurde.²² Amerikanische Soldaten, die zur *Black-Panther-Party* gehörten und diesen und weitere Diebstähle begingen, sowie das Auftauchen einiger dabei gestohlener Waffen bei späteren linksterroristischen Anschlägen in ganz Europa deuten stark darauf hin, dass Wilfried Böse der Vermittler und Verbreiter dieser Waffen war – Beweise dafür gibt es zwar nicht, aber starke Indizien. Böse zeigte schon hier, was ihn durchgängig zu einem sehr „professionellen“ Terroristen machte: Organisationsgeschick, Geschäftssinn und ein sehr ausgeprägtes Talent zur Konspiration.

.....

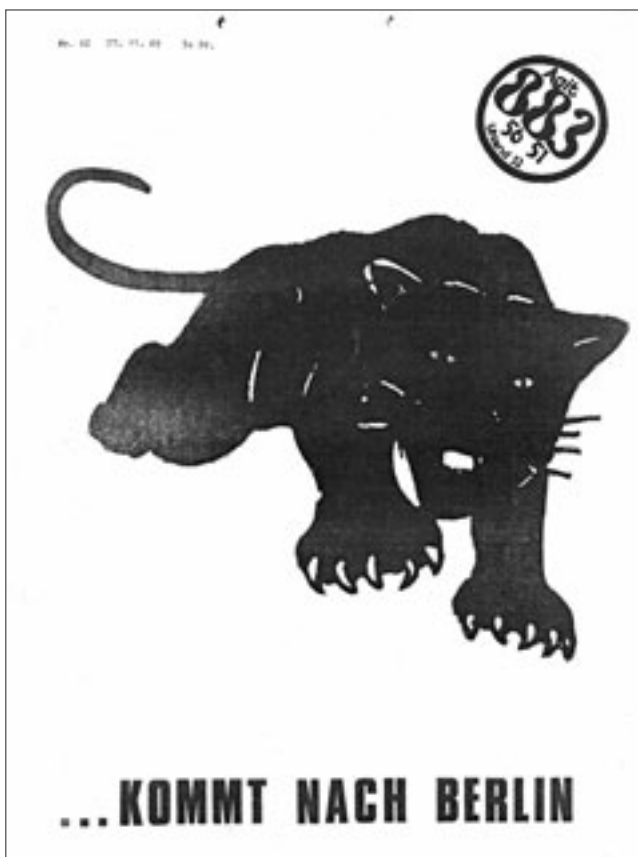
²⁰ Vgl. Kopp, passim (wie Anm. 23).

²¹ Agit 883, Nr. 42 vom 27.11.1969: Kunzelmanns „Brief aus Amman“ findet sich auf S. 5; Titelthema sind die „Black Panther“ mit der entsprechenden Frankfurter Postfach-Adresse auf S. 2.

²² Magdalena Kopp: Die Terrorjahre. Mein Leben an der Seite von Carlos, 2München 2007, S. 51f. Vergleiche dazu auch: Verbrechen: Perle im Dreck, in: Der Spiegel 34/83 vom 22.08.1983, S. 66.

¹⁸ Wolfgang Kraushaar: Im Schatten der RAF. Zur Entstehungsgeschichte der Revolutionären Zellen, in: Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, hg. v. Wolfgang Kraushaar, Hamburg 2006, S. 583–601. Hier vor allem S. 585f.

¹⁹ Vgl. auch Koenen (wie Anm. 2), S. 338.



Titel des Hefts Nr. 42 der Zeitschrift „Agit 883“ vom 27.11.1969

Druckerei „Gegendruck“, Gaiganz

Mitten in der oberfränkischen Provinz gründeten Erlanger Studenten eine linke Druckerei, die entsprechende Schriften druckte und vor allem auch für die Frankfurter Szene arbeitete. Verbindungsmann zu Gerhard Schnepel, dem Druckereileiter,²³ war wahrscheinlich wiederum Böse, der sich wie viele andere Mitglieder des Frankfurter Verlags und der späteren RZ immer wieder nach Gaiganz begab. Hier wurden auch Pässe gefälscht und gefälschte Flugtickets gedruckt, die an die palästinensische PFLP-SC zum Verkauf weitergegeben wurden. Spätestens hier entstanden also enge Verbindungen zwischen RZ und PFLP-SC.²⁴

Frankfurter Hausbesetzungen, propalästinensische Aktionen

Wohl noch vor Böses Umzug nach Frankfurt hatte Wolff im Juli 1969 bei einer pro-palästinensischen Demonstration in Frankfurt den israelischen Botschafter verbal ange-

²³ Zum Zeitpunkt der Entebbe-Entführung war nicht mehr Böse, sondern Schnepel der Lebenspartner von Brigitte Kuhlmann.

²⁴ Kopp (wie Anmerkung 23), S. 70 und 76.

griffen.²⁵ Böse stand der Hausbesetzer-Szene nahe, war im „Roten Gallus“ – einer Stadtviertelbewegung – tätig und gab anfangs der 1970er Jahre als Schauspieler im Straßentheater den „bösen Kapitalisten“.²⁶ Beide Vorfälle veranschaulichen die fahrlässige Unbekümmertheit, mit der die Frankfurter linke Szene dieser Zeit das Verhältnis zu Israel und jüdischen Menschen betrachtete. Böse erscheint hier wie auch später nicht als genuiner Antisemit auf der Linie der Nationalsozialisten; doch es ging hier um Formen des linken Antisemitismus, in denen krude Kommunismus-Thesen mit alten antisemitischen Stereotypen vermischt wurden. Böse verlor nicht nur in diesem ideologischen Sinn zunehmend Hemmungen, betrachtete Gewalt als oppositionell und ebnete in dieser Hinsicht seinen Weg nach Entebbe.

Rote Armee Fraktion (RAF)

Man kann davon ausgehen, dass Böse zum Unterstützerkreis der RAF gehörte. Hans Joachim Klein, der von Böse für die „Revolutionären Zellen“ angeworben worden war,²⁷ kennzeichnet ihn als Vertreter recht radikaler Positionen.²⁸ Direktes Mitglied war er wohl nie. Nach Aussage von RAF-Kronzeuge Gerhard Müller hat er aber schon früh eng und intensiv mit der ersten RAF-Generation zusammengearbeitet und war von Baader und Ensslin durchaus geschätzt, wenn er sich auch wohl eine gewisse Unabhängigkeit von diesen bewahrte.²⁹ Müllers Aussagen passen gut zu allem, was man sonst über Böse weiß; seine Zeugenaussage steht allerdings allein und ist vor Gericht – nicht unbedingt im Polizeiverhör – unmittelbar nach Böses Tod erfolgt – das lässt Zweifel an deren Wahrheitsgehalt bestehen, konnte Müller zu diesem Zeitpunkt doch viele stark belastende Aussagen einem nicht mehr belangbaren Toten zuweisen.

Am 15. Juni 1972 wurde Ulrike Meinhof in Hannover in einer Wohnung verhaftet, die ihr Brigitte Kuhlmann vermittelt hatte. Wahrscheinlich war Kuhlmann zu diesem Zeitpunkt bereits mit Böse liiert. Sicher ist jedenfalls, dass sie der „Verrat“ des Wohnungseigentümers,

²⁵ Kraushaar (wie Anmerkung 19), S. 585.

²⁶ Hans-Joachim Klein: Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 280. Vergleiche auch Anne Maria Siemens: Durch die Institutionen oder in den Terrorismus: Die Wege von Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Hans-Joachim Klein und Johannes Weinrich, Dissertation, Frankfurt am Main 2006, S. 290.

²⁷ Vgl. Koenen, S. 339.

²⁸ Ebd., S. 41–46.

²⁹ Kraushaar (wie Anmerkung 16), S. 592 f.

der die Polizei benachrichtigt hatte, „schwer getroffen“ hatte. Ihre Motivation, zumindest Ulrike Meinhof zu befreien, war sehr hoch und wurde wohl von Wilfried Böse geteilt. Vielleicht war dies auch der Grund, warum Böse schon 1972 Hilfsdienste für die Olympia-Attentäter in München leistete – so hat er selbst es nach der Aussage von Hans-Joachim Klein zumindest behauptet.³⁰ Es gibt keine Belege für die Beteiligung Böses am Olympia-Attentat, immerhin aber weitere kleine Indizien – unter anderem seine später sehr engen Kontakte zu Wadi Haddad.³¹

Revolutionäre Zellen/RZ

Die „RZ“-Gruppierung wurde wohl 1973 gegründet; alle oben genannten Mitarbeiter des Verlags Roter Stern bzw. der Gaiganzer Druckerei wurden Mitglieder mit Ausnahme von K.D. Wolff und Michel Leiner. Die neue, terroristisch ausgerichtete Gruppe arbeitete höchst konspirativ; in Aktionen wurde nur näher eingeweiht, wer auch wirklich beteiligt war. Mit diesem Stil unterschied sich die RZ vor allem von der RAF – die Handschrift Böses ist klar erkennbar. Eine in Deutschland aktive Gruppe verübte Anschläge gegen Fahrkartenautomaten, Sexläden, Botschaften diktatorisch regierter Länder (z.B. auf die chilenische Botschaft im Juni 1974); gewichtiger aber wurde die international aktive Gruppe, die sich eng der PFLP-SC anschloss.

Zusammenarbeit mit der PFLP-SC

Spätestens ab dem Beginn des Jahre 1975 kooperierte der europäische Zweig der PFLP-SC unter Michel Mourkabel und seinem Adlatus Sanchez eng mit der RZ: Für einen Anschlag auf dem Pariser Flughafen Orly hatte Johannes Weinrich das Auto gemietet; man bespitzelte gemeinsam in London ein mögliches Entführungsoffer. Als Sanchez sich im Sommer von Mourkabel verraten fühlte und nicht nur diesen, sondern auch zwei französische Polizisten erschoss und einen weiteren schwer verletzte, hatte Wilfried Böse großes Glück: Er war der französischen Polizei kurz zuvor als Begleiter Mourkabels aufgefallen und verhaftet worden. Bei seiner Auslieferung nach Deutschland

konnte die deutsche Polizei mit Böse nichts anfangen und ließ ihn wieder frei – kurz bevor Ramírez Sánchez/„Carlos“ in Paris das genannte Blutbad anrichtete. Aus der kurzen Untersuchungshaft stammt das Fahndungsbild Böses, das bisher das einzige Bild von ihm ist, das für die Zeit nach 1968 auffindbar war. Nach Carlos' Morden war Böse nun aber auch in Deutschland zur Fahndung ausgeschrieben und musste sich außerhalb des Landes verstecken. Dennoch ging er mit Sanchez/„Carlos“ im Dezember 1975 nach Wien und war dort entscheidend an der Vorbereitung des Überfalls auf die OPEC-Konferenz beteiligt. Er setzte sich in den Vorderen Orient zu Wadi Haddad ab, erhielt von der PFLP-SC eine paramilitärische Ausbildung und war im Sommer 1976 für die Entführung nach Entebbe bereit.

Es wird deutlich, dass sich Wilfried Böse bereits in Frankfurt weitgehend radikalisiert hatte, wahrscheinlich schon sehr früh (ab ca. 1970) bereit war, in die Illegalität zu gehen und eine terroristische Laufbahn einzuschlagen. Auch wenn K.D. Wolff als Mentor für die frühe Phase dieses Lebensabschnitts prägend war, so bleibt doch festzuhalten, dass Böse so klug, gebildet, kritisch und eigenständig war, dass er diesen Weg aktiv und bewusst einschlug. Böse war kein Mitläufer; er hatte, das zeigt sich z.B. an Aussagen von Hans-Joachim Klein, ein hohes manipulatives Potential in Bezug auf andere.³² Es scheint fast so, als habe er den Spöttern aus der Bamberger linken Szene, der „RAF“ und der „Bewegung 2. Juni“ zeigen wollen, wie linkes Engagement und dann Terrorismus „besser“ und effektiver gelingen könnten. In Hinsicht auf Organisation, finanzielle Planung und vor allem auch Konspiration hatte er großes Talent und brachte die nötige Härte und Kaltschnäuzigkeit mit, um rücksichtslos gegen Menschen vorzugehen, die in seiner links-terroristischen Logik als Feinde ausgemacht waren. Selbst in Entebbe trat er äußerlich scheinbar noch smart, recht gelassen, zeitweilig geradezu freundlich gegenüber einzelnen Geiseln auf. In einem menschenverachtenden Sinn war Böse vielleicht einer der professionellsten unter den deutschen Terroristen der 70er Jahre.

War Böse Antisemit? In religiöser Hinsicht sicherlich nicht, und auch nicht im explizit rassistischen Sinn der Nazi-Ideologie. Doch er – wie es typisch für den Antisemitismus der Linken ist – sah sich als „idealistischen“ Kämpfer für die Rechte der Palästinenser, mit deren Lage er sich solidarisierte. Die Selektion im Hangar von Entebbe zielte

.....
30 Klein (wie Anmerkung 24), S. 268 und 293.

31 Zwei weitere kleine Indizien seien hier genannt: Von Böse sind sonst keine Selbstaussagen angegeben. Und ein RZ-Text von 1975 bezieht sich überraschenderweise auf das Olympia-Attentat und bewertet es ähnlich wie Meinhof. Vergleiche Früchte des Zorns, S. 63, s. www.freilassung.de/div/texte/down/zorn.pdf [Stand: 12.09.2015]), und Veit Medick: Radikal antijüdisch, in: TAZ vom 06.10.2007, abrufbar über Google-Link zu Verfasser und Titel des Textes; [beide Texte Stand: 13.08.2015].

.....
32 Klein (wie Anm. 24), S. 41–46.

auf die israelischen Passagiere, war aber in dieser Hinsicht nicht konsequent, das heißt, es wurden auch einzelne jüdische Passagiere anderer Nationalitäten als Geisel zurückbehalten.³³ Aus Sicht der jüdischen Opfer waren diese Konstellationen irrelevant – die Parallelen zu Auschwitz waren einfach unübersehbar. Die Opfer der Entführung berichten übereinstimmend, dass Böses Begleiterin Brigitte Kuhlmann als Entführerin in ein Verhalten gefallen ist, das erschreckend an die Wachmannschaften in den KZs erinnerte.³⁴ Böse hingegen blieb – wie auch die Verfilmungen der Entführung und der Befreiungsaktion wiedergeben³⁵ – erstaunlich gelassen und zuweilen sogar „freundlich“. Ilan Hartuv, dessen Mutter Dora Bloch in Kampala ermordet wurde, berichtet in der israelischen Zeitung „Haaretz“ 2011, dass der ehemalige Auschwitz-Häftling Yitzhak David während der Entführung Böse seine Tätowierung gezeigt habe. Der Dialog zwischen Böse und diesem Mann habe wie folgt gelaute: „Ich habe mich getäuscht, als ich meinen Kindern erzählt habe, heute gebe es ein anderes Deutschland. Wenn ich sehe, was Sie und Ihre Freunde hier Frauen, Kindern und alten Menschen antun, dann begreife ich, dass sich in Deutschland gar nichts geändert hat.“ Böse, der bis zu diesem Zeitpunkt ruhig und entschlossen gewesen war, wurde bleich und zitterte. „Da liegen Sie falsch“, antwortete er, „ich habe in Westdeutschland Terroranschläge verübt, weil die dortige Führungsschicht Nazis und Reaktionäre in ihren Dienst genommen hat. Ich weiß außerdem, dass im September 1970 die Jordanier mehr Palästinenser getötet haben als die Israelis, ebenso wie die Syrer in Tel al-Zaatar [eine Schlacht im Jahr 1976, während des libanesischen Bürgerkriegs, in der libanesischen Christen und Syrer Palästinenser massakriert haben, d.A.]. Meine Freunde und ich sind hier, um den Palästinensern zu helfen, weil diese die Unterdrückten sind. Sie sind diejenigen, die leiden.“ Yitzhak David antwortete darauf: „Nun, wenn die Palästinenser ihr Versprechen wahr machen und uns ins Meer treiben, werden wir auf Sie zukommen mit der Bitte, uns bei

der Entführung arabischer Flugzeuge zu unterstützen.“³⁶ Dieser absurd anmutende Dialog verdeutlicht, wie Böse als radikalisierte Terrorist weiter reichende Dimensionen seines Verbrechens ausgeblendet hatte.

Böse wurde von den Soldaten des israelischen Befreiungskommandos erschossen. Wann und unter welchen Umständen dies genau geschah, darüber gibt es – angesichts der Dramatik der Szene verständlich – sehr verschiedene Aussagen. Mehrere Zeugen erinnern sich, dass Böse noch die Chance gehabt habe, vor seinem Tod einige der Geiseln zu erschießen. Er habe diese Chance aber bewusst nicht genutzt.³⁷

Der Titel von Ausstellung und Internetseite: kain denk mal – böse

Die Ausstellung des Bamberger „Böse“-Projekts trägt den Titel „kain denk mal – böse“; er war innerhalb des Projekts Gegenstand kontroverser Diskussionen. Er soll zum Nachdenken anregen, Assoziationen freisetzen, unterschiedlich interpretiert werden können. Das Wortspiel mit „Denkmal“ und dem Namen „Böse“ muss nicht erläutert werden. Dass Böse kein „Dämon“ im Sinn der von Baumann genannten Dämonisierung war,³⁸ sondern ein Mensch wie jeder andere, wird in der Auseinandersetzung mit seiner Geschichte nachvollziehbar. Der Titel wurde angeregt durch eine aufgewühlte Antwort von Hans-Joachim Klein im Rahmen einer mit Hilfe des „Spiegel“ übermittelten Interviewanfrage: Klein distanzierte sich stark von Böse und dessen Verbrechen und stellte dem Projekt gegenüber den Verdacht in den Raum, Böse ein Denkmal setzen zu wollen – angesichts mancher Szenen in RAF-Filmen und dem Carlos-Film zumindest im Ansatz eine nachvollziehbare Befürchtung.

Warum erscheint es wichtig, sich mit Wilfried Böse zu beschäftigen? Entebbe war ein einschneidendes, bis heute schockierendes Ereignis, über das man gerade in Deutschland Bescheid wissen sollte. Und der Weg Wilfried Böses in den Terrorismus regt zum Nachdenken darüber an, wie aus einem idealistischen und klugen Jugendlichen, der offenbar durchaus auch ein gutes Maß an Zivilcourage besessen hatte, ein Terrorist werden konnte, der durch seine verheerenden Aktivitäten so viel Schuld auf sich geladen hat. ▀

33 So Ilan Hartuv in: Yossi Melman: Setting the record straight: Entebbe was not Auschwitz, in: Haaretz vom 08.07.2011 (www.haaretz.com/week-end/week-s-end/setting-the-record-straight-entebbe-was-not-auschwitz-1.372131) [Stand: 14.08.2015].

34 Vergleiche die Schilderungen in: William Stevenson (nach dem Material von Uri Dan): 90 Minuten in Entebbe. Der erste authentische Bericht über die spektakuläre Rettungsaktion in Uganda, Frankfurt/M. – Berlin – Wien 1976

35 Drei Verfilmungen gibt es, in denen Horst Buchholz, Klaus Kinski und Helmut Berger den Wilfried Böse verkörpern. Selbst Kinski wirkt überraschend wenig unsympathisch.

36 So auch Hartuv in: Melman (wie Anm. 26).

37 So auch Hartuv in: Melman (wie Anm. 26).

38 Marcel Baumann: Schlechthin böse? Tötungslogik und moralische Legitimität von Terrorismus, Wiesbaden 2013, S. 65.

„Bevorst andere Leut’ ausrichst, duast liaba wos Gscheits!“

Ein Gespräch mit dem Bildhauer Andreas Kuhnlein über seinen Weg in die Kunst, Erfahrungen mit Gewalt in der politischen Auseinandersetzung und über den schönen Tod

Interview von Monika Franz am 3. August 2015



Andreas Kuhnlein
Foto: Monika Franz



Der Künstler und seine Skulptur „Stellvertreter“
Alle Fotos, sofern nicht anders gekennzeichnet: Andreas Kuhnlein

Landeszentrale: Woran arbeiten Sie gerade?

Kuhnlein: Ich bereite eine Ausstellung für die Glyptothek in München vor, die im April 2016 eröffnet wird. Den Reiz darin macht die Gegenüberstellung von edelsten, glatten Marmor- und meinen zerklüfteten Holzmenschen aus, was auch aus museumspädagogischer Sicht interessant sein dürfte. Wie die Bildhauer vor zweieinhalbtausend Jahren möchte natürlich auch ich eine Art Botschaft vermitteln. Den Protagonisten der unterschiedlichen Epochen ist aber eines gemein: die Vergänglichkeit als zentrale Wahrheit menschlicher Existenz.

Andreas Kuhnlein ist in Unterwössen/Chiemgau geboren und aufgewachsen auf einem Bauernhof. Nach einer Schreinerlehre arbeitete er zunächst als Geselle und ging dann 1972 zum Bundesgrenzschutz (Bundespolizei). Seit 1983 ist er als freischaffender Bildhauer tätig, seine Werke waren bisher bei über 200 Einzelausstellungen und mehr als 150 Beteiligungen in 16 Ländern zu sehen.
www.kuhnlein-bildhauer.de



„Porträt der Mutter“

Landeszentrale: Wie verändert sich für Sie der Zugang zur Kunst über die Jahre? Wie verändern sich Ihre Themen und Arbeitsformen?

Kuhnlein: Das Grundthema ist bei mir seit 20 Jahren gleich – das Menschenbild in seiner Vielfalt: Streben und Scheitern, Macht und Vergänglichkeit, Altruismus und Egoismus und so weiter. Der Zugang zur Kunst und insbesondere der Kunstbegriff haben sich für mich grundlegend geändert, vor allem seit meinen Aufenthalten in Ländern, wo die freiheitlich demokratische Grundordnung, wie wir sie haben, keine Selbstverständlichkeit ist. In diesen Ländern gibt es Künstler mit ungeheuerem Potenzial. Solange sie die Interessen des Regimes „verarbeiten“, ist alles in Ordnung. Im anderen Fall wird es für den Betroffenen ungemütlich. Deshalb bin ich, anders als die Vermarkter, der festen Überzeugung, dass Künstler in unserem Land, angesichts großer Freiheiten und Privilegien, selbstverständlich eine gesellschaftspolitische Aufgabe haben.

Landeszentrale: Sie sind auf Umwegen zur Kunst gekommen. Wie lief das genau ab?

Kuhnlein: Ich bin auf einem Bauernhof aufgewachsen, habe 1967 das Schreinerhandwerk gelernt und noch zwei Jahre als Geselle gearbeitet. 1972 bis 1981 war ich beim Bundesgrenzschutz (Bundespolizei), für mich die wichtigs-

te Zeit meines Lebens. Als Streifenführer habe ich an der innerdeutschen Grenze erstmals im Leben die Erfahrung gemacht, dass es was anderes als die heile Welt gibt. Mein Streifenweg führte u.a. durch das geteilte Dorf Mödlareuth an der bayerisch-thüringischen Grenze (ca. 60 Bewohner, die Amerikaner nannten es „*Little Berlin*“). Die Vorstellung, dass mein Heimatdorf, wo genau so viele Menschen wohnten, von einem Tag auf den anderen geteilt, Verwandte und Nachbarn durch Stacheldraht und Mauer getrennt würden, war für mich schlicht unvorstellbar.

Bei Einsätzen in Stuttgart-Stammheim, wo damals die RAF-Prozesse stattfanden, wurde klar, wie überfordert ein Teil des Staats- und Sicherheitsapparates war. Kontrollierte man als kleiner Beamter die bekannten Rechtsanwälte zum x-ten Male, wurde gefragt, ob man zu dumm sei, sie wieder zu erkennen, kontrollierte man sie nicht, wurde unterstellt, die Dienstanweisung nicht zu kennen. Außerdem hatte ich große Probleme, die Medienberichte über Einzelhaft und Isolationsfolter zu akzeptieren. Ich empfand es zeitweise als Vorzugsbehandlung von Staatsfeinden.

Zudem denke ich, dass Angst und Hysterie die Situation nicht einfacher machten, was auch nachvollziehbar ist, weil es ja im Vorfeld kein vergleichbares Szenario gegeben hatte. Bei bestimmten Anti-Atomkraft-Demonstrationen, zum Beispiel in Brokdorf, bin ich zu der Erkenntnis gekommen, dass der Mensch zu allem fähig ist, wenn er in eine Extremsituation gerät – und zwar auf beiden Seiten. Diese Erfahrung hat mich nicht mehr losgelassen.

Landeszentrale: Was für ein Typ Künstler sind Sie? Kommentator? Provokateur?

Kuhnlein: Ich würde mich als einen Künstler bezeichnen, der hinterfragend an Politik, Gesellschafts- und Kirchenpolitik interessiert ist, diese auch thematisiert und gleichwohl regelmäßig selbstkritisch in den Spiegel schaut. Ob Letzteres hilft, weiß ich allerdings nicht ... Dass Ersteres nicht jedem gefällt, ist zwangsläufig.

Landeszentrale: Welche Erfahrungen haben Sie mit Leuten gemacht, denen Ihre Kunst nicht gefällt?

Kuhnlein: Mit „gefallen“ ist das so eine Sache, die Geschmäcker sind halt verschieden. Wenn aber konstruktive (!) Kritik kommt, freut mich das, weil es mir die Möglichkeit gibt, darauf zu reagieren, meine Motivation zu erklären, den Dialog zu führen und andere Sichtweisen zu erfahren.

Landeszentrale: Sie leben auf dem Land in Unterwössen, wo im Gegensatz zur Stadt traditionelle Lebensweisen noch eine große Rolle spielen. Ist in Unterwössen die Welt „noch in Ordnung?“

Kuhnlein: Im Gegensatz zu manchen Regionen, wo die sogenannte „Eventkultur“ Täler und Berge wie ein Tsunami überrollt hat und noch überrollt, sind wir in Unterwössen, so denke ich, auf einem guten Weg.

Landeszentrale: Wie finden Sie das Leben in der Stadt?

Kuhnlein: Ich fahre sehr gerne in die Stadt, vor allem, weil es dort ein enormes Angebot an Kunst und Kultur gibt. Ich bin aber andererseits jedes Mal froh, wieder daheim zu sein!

Landeszentrale: Wo kommt Ihre Familie her?

Kuhnlein: Meine Mutter stammt aus einer alten, einheimischen Familie, die Familie meines Vaters aus Oberfranken.

Landeszentrale: Wie kann man Leuten, die aus einem ganz anderen Kulturkreis hierher kommen, Bayern erklären?

Kuhnlein: Wenn ich Besuch aus anderen Kulturkreisen bekomme, zeige ich den Menschen Bergfriedhöfe, alte Gasthäuser an historischen Samerwegen, Naturdenkmäler, aber natürlich auch die Errungenschaften der Neuzeit (Bootsbauer, Segelflug- und Gleitschirmschule am Ort etc.). Wo ich immer explizit draufhinweise: Heutiges Oktoberfest und dieses unerträgliche „Mia-san-Mia“-Gehabe, gerade anderen Landesteilen gegenüber, hat rein gar nichts mit dem ursprünglichen Bayernland gemein und ist zeitweise nur noch peinlich.



„Macht und Vergänglichkeit“

Landeszentrale: Spüren Sie die Flüchtlingsproblematik auf dem Land?

Kuhnlein: Die Flüchtlingsproblematik ist uns bekannt. Wir hatten ja schon die sogenannten „Boat-People“ aus Vietnam hier. Ich denke, dass mit dieser Tragödie bei uns in der Gemeinde im Großen und Ganzen menschenwürdig umgegangen wird. Begünstigt wird die Situation sicherlich dadurch, dass es sich um Familien aus Kriegsgebieten handelt (momentan ca. 40 Personen), die zudem aus demselben Kulturkreis stammen.

Landeszentrale: Verwandte von Ihnen sind als „Gerechte unter den Völkern“¹ geehrt worden. Was bedeutet das für Sie?

Kuhnlein: Mein Großvater und seine Mutter wurden von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. Sie hatten 1944/45 einer jüdischen Frau mit ihren beiden Töchtern Unterschlupf gewährt. Mein Großvater war zu der Zeit schon Witwer und lebte mit seinen drei Töchtern in ärmsten Verhältnissen auf dem kleinen Hof (zwei Kühe, etliche Hühner). Wenn ich mir heute vor Augen halte, wer aufgrund von irgendwelchen „Leistungen“ so alles als „Held“, „Lichtgestalt“ o.ä. bezeichnet und verehrt wird, zweifle ich zunehmend am Verstand unserer Spezies.

Landeszentrale: Wie stark interessieren Sie sich für die Dinge, die derzeit auf der Welt passieren?

Kuhnlein: Natürlich bin ich an den globalen Entwicklungen interessiert, habe aber wenig Zuversicht, dass an Stelle von Gewinnstreben und Ausbeutung sich andere Schwerpunkte werden durchsetzen können.

Landeszentrale: In Ihren Skulpturen geht es häufig um die Themen Mensch und Macht, Sein und Schein, den Tod und auch das Verhältnis von Mann und Frau ...

Kuhnlein: Das sind urmenschliche Themen, die für mich eine große Rolle spielen. Dabei geht's mir nicht nur um den einzelnen Menschen, sondern um die Gesellschaft und die Rolle des Einzelnen in sozialen Strukturen.

Landeszentrale: Geht es bei der „Gefallenen“ um Unterwerfung?

Kuhnlein: Zum Thema Unterwerfung ist es schwierig eine Aussage zu treffen, wenn man nie in Abhängigkeit gelebt hat; die „Gefallene“ könnte auch ein „Gefallener“ sein – ich sehe diese Skulptur schlicht als Ausdruck der Empathie.

.....

1 Als „Gerechte unter den Völkern“ werden seit 1948 Menschen aus vielen Ländern geehrt, die während der Nazi-Zeit Juden vor dem Holocaust gerettet haben. Ausführliche Informationen s. <http://www.yadvashem.org/yv/de/holocaust/about/08/rescue.asp> [Stand: 12.08.2015]



„Gefallene“

Landeszentrale: Worum ging es Ihnen bei „Fährmann“ und „Angekommen“?

Kuhnlein: Ich mag die Geschichten der griechischen Mythologie. Der „Fährmann“ verkörpert nicht den „Sensenmann“, der dich abrupt aus dem Leben reißt, sondern eine Art Seelenbegleiter nach dem Tod in einen anderen Seinszustand. Wäre doch schön ...



„Der Fährmann“

Mein Großvater war die zentrale Figur in meinem Leben. Als ich ein Bub war, kam jeden Tag nach der Arbeit ein Freund von ihm auf einen Ratsch und zum Schnupfen vorbei. Oft saßen sie auch eine halbe Stunde da, ohne ein Wort zu reden. Nachdem mein Großvater gestorben war, kam der Schorsch, der mit über 80 noch immer handwerklich aktiv war, regelmäßig zu mir. Eines Tages sagte er zu mir: „Weißt, ich habe zwei Kriege erlebt, bittere Armut, nix zu essen, aber mit der Familie hat alles gepasst. Ich bin jetzt müde, ich möcht' jetzt sterben“.

Ich bin heim und hab' am selben Tag noch die Skulptur „Angekommen“ gefertigt.



„Angekommen“

Zwei Wochen später ist der Schorsch tot neben der Hobelbank gelegen.

Landeszentrale: Was war der Impuls für Ihre Tisch-Skulpturen?

Kuhnlein: Die „Tischbildnisse“ haben mich thematisch am meisten beschäftigt. In unserem früheren Hof befand sich ein ca. 150 Jahre alter Tisch. Immer öfter stellte ich mir die Frage, was der uns wohl erzählen würde, wenn er reden könnte. Wie an jedem Tisch, wurde auch dort gefeiert und getrauert, gebetet und geflucht, gestritten und versöhnt.

Ich versuchte dann in der Folge, bestimmte Begriffe in Form eines Tisches sichtbar zu machen – eine Art Bilder-

sprache zu entwickeln. Innerhalb von zehn Wochen fertigte ich 76 Tische und nicht selten erging es mir so, dass sich mir ein Begriff erst richtig erschloss, nachdem ich das betreffende Tischbildnis geschaffen hatte.

Landeszentrale: Wie lang arbeiten Sie an einer Skulptur?

Kuhnlein: Das kommt natürlich aufs Motiv an, vor allem aber, ob Emotionen im Spiel sind, was für mich ein entscheidender Punkt ist. Wenn das der Fall ist, geht es relativ schnell, wenn Unsicherheit, Ablenkung o.ä. vorherrscht, ist es besser, ich mach' was anderes. Es kann sich also um Stunden, aber auch um Tage handeln.



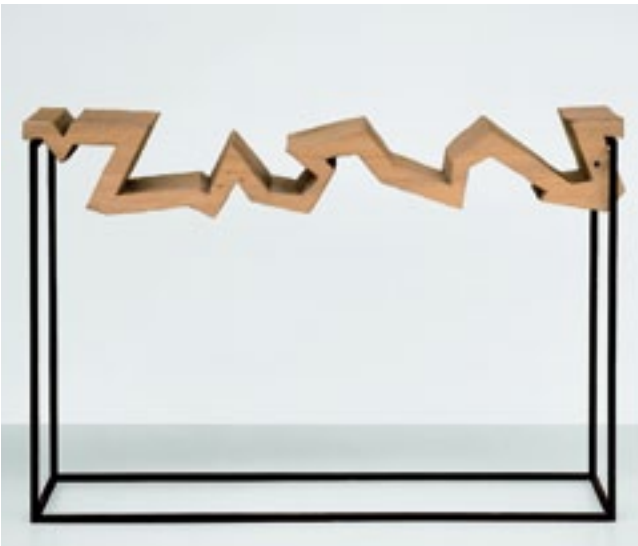
„Tischgesellschaft“

Landeszentrale: Was sagen Sie jungen Menschen, die als Bildhauer, bzw. als Künstler arbeiten wollen?

Kuhnlein: Ich versuche, den jungen Menschen zu vermitteln, dass sie sich auf die Suche begeben sollen, und zwar in ihr Innerstes. Denn da befindet sich etwas, was sie von allen anderen Menschen unterscheidet, etwas, was sie einzig macht. Diese Suche muss nicht immer angenehm sein, weil ja viel Erlebtes im Unterbewusstsein gespeichert ist. Aber es ist authentisch und tragfähig.



„Einsicht“



„Zerwürfnis“



„Erhöhung“

Landeszentrale: Haben Sie schon mit Kindern gearbeitet?

Kuhnlein: Die letzten 20 Jahre gestaltete ich über 50 Projekte mit Schulen. Neben dem Vermitteln von gestalterischen Möglichkeiten und Theorien war es immer ein Ziel von mir, die Kinder an den Punkt zu bringen, wo sie sagen:

„Dieses Kunstwerk gefällt mir zwar überhaupt nicht und ich versteh' es auch nicht, aber ich möchte es hinterfragen, die Motivation des Künstlers erfahren etc.“

Kinder sind direkt und unverkopft in ihren Aussagen und zudem denke ich, dass sie ein anderes Bewusstsein, z.B. bezüglich fremden Eigentums, entwickeln, wenn sie selber Bleibendes schaffen oder sich im wahrsten Sinne an einem Werk abarbeiten.

Landeszentrale: Fünf Stichworte, zu denen Sie bitte frei assoziieren:

... bayerische Identität?

Kuhnlein: Mein Großvater hat immer gesagt: „Bevorst andere Leut' ausrichst, duast liaba wos gscheits.“

... Frauenquote?

Kuhnlein: ... Traurig, dass man darüber diskutieren muss.

... Ihre liebsten Romanhelden?

Kuhnlein: Judah Ben-Hur, Winnetou.

... Ihre Lieblingsgestalt in der Geschichte?

Kuhnlein: Jesus.

Landeszentrale: Welcher Künstler wären Sie (in welcher Zeit) gerne gewesen?

Kuhnlein: Ich selber – heute; Alfred Hrdlicka (ist mein Lieblingskünstler, weil er unbeugsam und authentisch war).

Landeszentrale: Was macht Andreas Kuhnlein in 20 Jahren?

Kuhnlein: Vielleicht – oder hoffentlich noch eine Skulptur im Jahr!

Landeszentrale: Danke für das Gespräch! 🍷

Eine Mauer in Berlin und die innerdeutsche Grenze 1945–1989

Die innerdeutschen Grenzen und die Berliner Mauer

von Manfred Wilke

**Serie
Mauern**

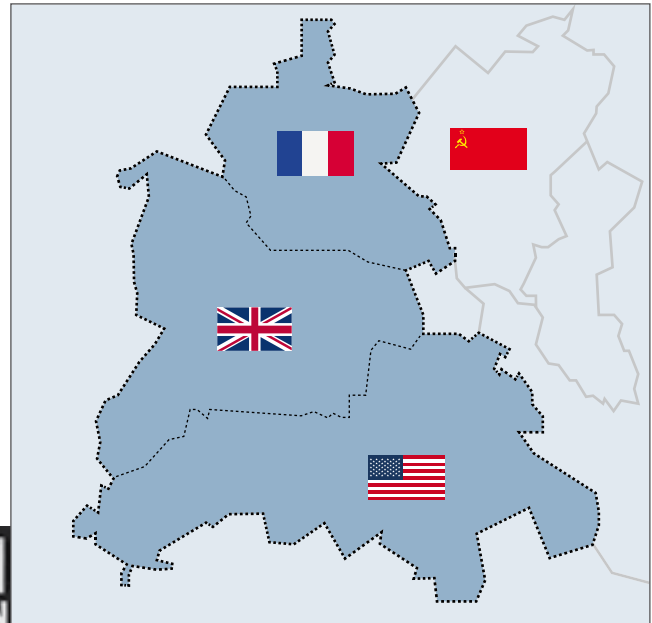


Eine heimliche Aufnahme von Detlef Matthes aus dem Hochhaus Leipziger Straße 49: Blick auf die durch die „Hinterlandsicherungsmauer“ abgetrennte Lindenstraße (heutige Axel-Springer-Straße), Ostberlin, Bezirk Mitte, 1986
Foto: Detlef Matthes [www.mauerfotos-aus-ostberlin.de/]/www.hinterlandmauertouren.de/]

Die 44 Kilometer lange Berliner Mauer, die von 1961 bis zum 9. November 1989 die Stadt teilte, war der Schlussstein der Teilungsgrenze in Deutschland. Heute ist sie bis auf wenige erhaltene Abschnitte und Gedenkhinweise aus dem Stadtbild Berlins verschwunden. Ganz anders sieht es im Gedächtnis vieler Menschen aus. Virtuell blieb die Mauer auch außerhalb Deutschlands das Monument des Kalten Krieges. Die Trümmer dieser Grenzbefestigung, die in der Gedenkstätte „Berliner Mauer“ noch stehen, sind heute für Menschen aus aller Welt eine touristische Attraktion Berlins. Die Ruinen werden besucht wie die antiken Trümmer in Rom oder Athen. Die Berliner Mauer ist zum Symbol für die gewaltsame Teilung Deutschlands, für den „Kalten Krieg“ zwischen dem Westen und der Sowjetunion und zum Erinnerungsort für ihre Toten geworden. Am Ende ihrer Geschichte steht mit ihrer Öffnung durch die Berliner 1989 ein glückliches Ereignis. Der Mauerfall wurde zur Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung.

Grenzen sind politisch von Staaten festgelegte Linien zwischen unterschiedlichen Staaten. Die innerdeutschen Nachkriegsgrenzen wurden nicht von den Deutschen

selbst festgelegt. Bereits vor Kriegsende hatten sich in Jalta auf der Krim der englische Premierminister Churchill und der amerikanische Präsident Roosevelt mit dem sowjetischen Diktator Stalin auf die Einteilung der Besatzungszonen geeinigt, in denen sie ihre Truppen stationieren wollten, und sie entschieden die Abtrennung der Ostgebiete des Deutschen Reiches.



Die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen nach der Berliner Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1946

Abbildung: ullstein bild

Bild oben rechts: die Aufteilung der Stadt Berlin in alliierte Besatzungszonen

Aus dieser Grenzziehung erwuchs die Teilung Europas in zwei Einflussphären. Churchill, der sie in Jalta selbst mit festgelegt hatte, bezeichnete sie 1946 als „Eisernen Vorhang“, der die Demokratien in Europa von denen der kommunistischen Diktaturen trenne. Der Stacheldraht und die Mauern dieses „Vorhangs“ verliefen 44 Jahren mitten durch Deutschland. Drei Jahreszahlen bestimmen die Geschichte dieser Grenzen: 1952 wird die Zonengrenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik befestigt, 1961 die Mauer in Berlin gebaut. 1989 fällt diese Mauer ebenso wie die innerdeutsche Grenzbefestigung.

Der Eisernen Vorhang hatte historisch vor allem zwei Vorbilder: die chinesische Mauer und den Limes, mit dem Rom sein Imperium gegen die „Barbaren“ abgrenzte.

Der erste Aspekt dieser Grenzziehung war ein weltpolitischer, sie war die Trennlinie zwischen den westeuropäischen Demokratien, den USA und dem „Ostblock“, wie das sowjetische Imperium umgangssprachlich bezeichnet wurde. Politisch führte die Blockbildung zur Gründung zweier Militärbündnisse: der NATO geführt von den USA im Westen und im Osten zum Warschauer Pakt. Die jeweiligen Führungsmächte bedrohten einander wechselseitig mit Atomwaffen.

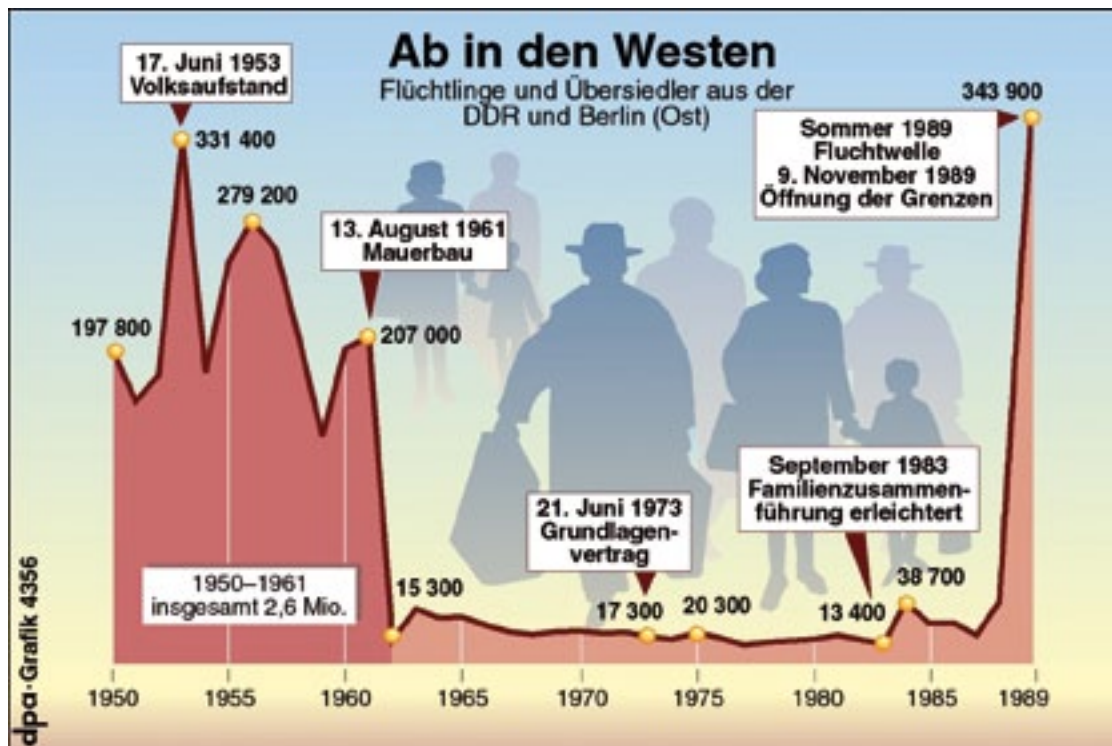
Der zweite Aspekt dieser Grenze durch Deutschland war die der nationalen Teilung und der gewaltsamen Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik. Sie konnte

von der Bevölkerung nicht ohne staatliche Genehmigung passiert werden. Auf Flüchtlinge wurde scharf geschossen.

Der dritte Aspekt war die Systemgrenze, der Gegensatz zweier unterschiedlicher politischer und ökonomischer Ordnungen. Er führte zu Konflikten und zum Wettbewerb der Systeme. Die Bevölkerung verglich auf beiden Seiten der Blockgrenzen die Lebensbedingungen im eigenen mit denen im anderen System; das galt besonders für die beiden deutschen Staaten. Dieser Vergleich war für die Identität und die Stabilität der beiden deutschen Staaten von erheblicher Bedeutung und trug entscheidend zum Untergang der DDR bei.

Beide deutsche Teilstaaten waren nach gegensätzlichen Ordnungsvorstellungen gestaltet. Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) behauptete und rechtfertigte ihre Diktatur mit dem Versprechen, der Sozialismus sei die Zukunft der Menschheit. Die Bundesrepublik war eine Demokratie und setzte auf individuelle Freiheit und wirtschaftliche Prosperität. Die elektronischen Medien, Radio und Fernsehen erlaubten der DDR-Bevölkerung den Blick über Mauer und Stacheldraht in das Leben des anderen Deutschlands.

Den Systemvergleich zwischen beiden Staaten, gemessen an den Lebensbedingungen der Menschen, hatte die DDR schon bald verloren. Die Flüchtlingszahlen waren auch Ausdruck der Niederlage im innerdeutschen Systemvergleich.



Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik von 1950 bis 1989
Quelle: picture alliance

Tabelle: Todesopfer an der Berliner Mauer 1961 bis 1989

Jahr	gesamt	davon Flüchtlinge	davon Menschen ohne Fluchtabsicht OST	davon Menschen ohne Fluchtabsicht WEST	Grenzsoldaten
1961	12	11		1	
1962	22	15	1	2	4
1963	10	8	1		1
1964	10		8	1	1
1965	12	8	1	3	
1966	12	9		3	
1967	2	2			
1968	7	4	1	1	1
1969	3	3			
1970	9	5	2	2	
1971	4	1		3	
1972	4	3		1	
1973	5	4		1	
1974	3	1	1	1	
1975	4	2	1	1	
1976	–				
1977	2	2			
1978	–				
1979	–				
1980	2	1			1
1981	4	3		1	
1982	1			1	
1983	1	1			
1984	1	1			
1985	–				
1986	4				
1987	1	1			
1988	–				
1989	3	3			
gesamt	138	100	8	22	8

Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung, Aus: <http://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer/?n> [Stand: 04.09.2015]; Wikipedia, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Todesopfer_an_der_Berliner_Mauer [Stand: 04.09.2015]; Berliner Mauer Gedenkstätte, vgl. http://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de/uploads/todesopfer_dokumente/2013_11_26_138_todesopfer_internet.pdf [Stand: 04.09.2015], eigene Darstellung

Die Erinnerung an die Berliner Mauer bündelt heute somit die Geschichte des Bauwerks, das zwischen 1961 und 1989 die Stadt teilte, die der SED-Diktatur, die sie baute, und an einen „Kalten Krieg“, der ein glückliches Ende nahm.

Nachkriegsdeutschland 1945

Teilung und innerdeutsche Grenzen waren von 1945–1990 das Ergebnis der totalen Niederlage des Deutschen Reiches in Hitlers Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht bedingungslos. Auch die Deutschen waren in ihrem besetzten Land von Hitlers Diktatur befreit worden. Der Preis für diesen Krieg: die vier Siegermächte, die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, übernahmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Das Land verlor seine Souveränität und wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Berlin wurde als Sitz des Alliierten Kontrollrates ebenfalls in vier Sektoren aufgeteilt, aber die deutsche Hauptstadt wollten die vier Siegermächte gemeinsam verwalten. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches wurden abgetrennt, und ihre Bevölkerung von 12–14 Millionen flüchtete oder wurde „umgesiedelt“, wie die Sprachregelung für Vertreibung in der sowjetischen Besatzungszone hieß. Es kam zwischen den Besatzungszonen, vor allem der sowjetischen und den drei westlichen, zu einer Massenwanderung, die von zerrissenen Familien und heimkehrenden Kriegsgefangenen ausgelöst wurde.

Einer der wichtigsten innenpolitischen Gründe für die befestigte Zonengrenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik war, dass die Massenflucht aus der DDR in die Bundesrepublik über die innerdeutsche Grenze und in Berlin nicht abriß. Bis 1961 verließen ca. 2,9 Millionen Menschen die DDR; das war ein Sechstel ihrer Bevölkerung. Die Flucht, vor allem von hochqualifizierten Fachkräften aus ihrem Staat, wurde von der SED mit dem Bau der Berliner Mauer 1961 unterbunden – aber ihre Ursachen wurden nicht beseitigt. Die militärisch gesicherten Grenzen, das Verbot der Reisefreiheit für die Bürger, beseitigte nicht den Freiheitswillen in der DDR. Von 1961 bis 1988 flohen ca. 40.000 Menschen in die Bundesrepublik, unter hohem persönlichem Risiko; ca. 70.000 Fluchtwillige wurden verhaftet und als „Republikflüchtlinge“ zu Gefängnisstrafen verurteilt. An der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer wurde auf Flüchtlinge geschossen, allein an der Berliner Mauer starben nachweislich 126 von ihnen; die Schätzungen der Toten an der innerdeutschen Grenze liegen zwischen 1.000 und 1.500 Toten.

Die Flucht aus der DDR war auch ein Problem für die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen. Sie bemühten sich, im Rahmen von Familienzusammenführung und dem Freikauf politischer Häftlinge aus den DDR-Gefängnissen menschliches Leid zu lindern. Bis 1988 kamen ca. 400.000 Menschen in den Westen. 1989 kehrten bis Ende Juli weitere 56.000 Übersiedler der DDR den Rücken.¹

Die Flüchtlinge aus ihrem Staat blieben für die Kommunistische Staatspartei der DDR ein Problem bis 1989. Mit geschlossenen und militärisch gesicherten Grenzen, dem Entzug der Reisefreiheit in Deutschland für die Staatsbürger versuchte sie, weitere Menschen am Weggang zu hindern.

Berlinkrise 1949: die politische Spaltung der Stadt

Stacheldraht und Kontrollpunkte der Besatzungsmächte an den Zonengrenzen und in Berlin waren der Anfang der Grenzziehungen in Deutschland. Alliierte Reisebeschränkungen für die Deutschen und der Stacheldraht an der Demarkationslinie zwischen der sowjetischen, britischen und amerikanischen Besatzungszone bildeten das Fundament für die befestigte Westgrenze der DDR und die Mauer in Berlin.

In der ersten „Berlinkrise“ 1948–1949 zerbrach die gemeinsame Kontrolle Deutschlands durch die vier Mächte und die alliierte Verwaltung Berlins. Die Stadt lag mitten in der sowjetischen Besatzungszone und war nur durch Transitwege zu Lande zu Wasser und in der Luft mit den westlichen Besatzungszonen verbunden. Die Sowjetunion versuchte, mit einer Blockade dieser Transitwege, den Abzug der Westmächte aus der Stadt zu erzwingen. Die Amerikaner, gestützt durch den Selbstbehauptungswillen der Westberliner, antworteten mit einer Luftbrücke, die ein knappes Jahr hindurch die Bewohner ihrer Sektoren mit Lebensmitteln versorgte.

Es kam zur politischen und ökonomischen Spaltung der Stadt. Zwei Stadtverwaltungen für West- und Ost-Berlin, zwei politische Systeme, parlamentarische Demokratie im Westen der Stadt, kommunistische Parteidiktatur im Ostteil, und es gab zwei Währungen; aber die Sektorengrenzen blieben für die Berliner offen.

Die Teilung Berlins lieferte den spektakulären Auftakt für die Gründung der beiden deutschen Staaten 1949.

.....
¹ Antragsteller in den Bundes-Aufnahmestellen 31. Juli 1989, in: Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann, (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramts 1989/90, München 1998, S. 347 f.

Reisende zwischen der Bundesrepublik und der DDR benötigten einen „Interzonenpass“, um die innerdeutsche Grenze passieren zu können.

1952 – Stalin befiehlt die Westgrenze der DDR zu befestigen²

In seinem letzten Gespräch mit der SED-Führung im April 1952 erklärte der sowjetische Diktator Stalin die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu einer „gefährlichen Grenze“ und wies die SED-Spitze an, ihre Westgrenze stärker zu sichern; gleichzeitig befahl er die Aufstellung einer eigenen Armee in der DDR.

Der Ministerrat der DDR beschloss am 26. Mai 1952 eine Verordnung über „Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen.“ Seit 1952 ließ die DDR die knapp 1.400 Kilometer lange Demarkationslinie, die 1949 zur innerdeutschen Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik geworden war, durch Aufbau von befestigten Grenzanlagen zunehmend abdichten. Seitdem wurde die Grenze mit Drahtsperrren, Wachtürmen und den ersten Signalanlagen versehen.

Was bedeutete diese Grenzziehung nun für die an der „Demarkationslinie“ lebenden Menschen, die in abgewandelter Form auch für die Ost-Berliner nach dem Bau der Mauer galten?

Ebenfalls am 26. Mai wurde der Grenzbevölkerung eine Polizeiverordnung bekannt gegeben. Sie definierte eine in sich gestaffelte Sicherheitszone entlang der Grenze: ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen, ein etwa 500 Meter breiter „Schutzstreifen“ und eine fünf Kilometer breite „Sperrzone“. Diese Territorien waren hauptsächlich durch Verbote gekennzeichnet. Der Kontrollstreifen war eine vegetationsfreie Fläche direkt an der Grenze, die vor Betreten zu schützen war: Alle Personen, die ihn beträten, seien als „illegale Grenzgänger“ notfalls unter Einsatz der Schusswaffe zu verhaften. Er wurde gerodet, gepflügt und gegggt, um Spuren von Grenzübertritten feststellen zu können. Er erstreckte sich von der Ostsee bis zur tschechischen Grenze. Bei seiner Herstellung wurden Straßen und Schienen unpassierbar gemacht und Gebäude zerstört.



Die deutsch-deutsche Grenze an der Ostsee, 1960
Foto: ullstein bild/Fotograf: Jochen Blume

Der „Schutzstreifen“ wurde von der Grenzpolizei überwacht; für die Kontrolle der „Sperrzone“ war die Volkspolizei zuständig. Das Sperrgebiet war an den Zufahrtsstraßen durch Verbotsschilder und Schlagbäume gesichert. Die dort ansässigen oder arbeitenden Personen mussten sich registrieren lassen, denn das Recht zum Aufenthalt sollten nur überprüfte Personen erhalten. Besucher durften das Gebiet nur mit polizeilichen Passierscheinen betreten, Berliner und Ausländer durften das „Sperrgebiet“ nicht betreten. Jeder nicht genehmigte Aufenthalt in diesem Gebiet führte zur vorläufigen Festnahme.

Im „Schutzstreifen“ waren öffentliche Veranstaltungen aller Art untersagt; Wirtshäuser, Kinos und ähnliche Einrichtungen wurden geschlossen, in der Sperrzone waren sie genehmigungspflichtig. Im Schutzstreifen wurden kirchliche Veranstaltungen einschließlich der sonntäglichen Gottesdienste zunächst überhaupt nicht mehr erlaubt. Dort war der Aufenthalt im Freien nur bei Tageslicht gestattet. Von diesen Maßnahmen waren 375.000 Menschen betroffen, die 1952 im Sperrgebiet wohnten.

Mit der Registrierung der Bevölkerung verbunden war ihre Überprüfung nach politischen Loyalitätskriterien. Die Personen, die als politisch unzuverlässig galten, mussten im Juni 1952 in der als „Aktion Ungeziefer“ bezeichneten Zwangsaussiedlung das Gebiet verlassen. Davon waren etwa 8.400 Menschen betroffen, weitere 3.000 entzogen sich der Umsiedlung durch Flucht nach Westdeutschland. Damit hatte die SED in den Grenzkreisen eine Atmosphäre von Furcht und Unsicherheit geschaffen und den politischen Anpassungsdruck deutlich erhöht.

² Grundlage dieses Kapitels ist die Publikation: Gerhard Sälter/Manfred Wilke: *Ultima Ratio: der 13. August 1961*, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 2011.

Gleichzeitig wurde eine „Säuberung“ der lokalen Verwaltungen und der Parteileitungen veranlasst.

Mit den 1952 eingeleiteten Maßnahmen wurde das Grenzgebiet selbst im Maßstab der DDR zu einem intensiv überwachten Territorium. Als zusätzliches Element der Überwachung wurden sogenannte freiwillige Helfer der Grenzpolizei eingesetzt, die ihre Nachbarn überwachten, Spitzeldienste übernahmen und ehrenamtlich in ihrer Freizeit im Hinterland der Grenze Streife liefen. Dazu kamen später die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS an der Grenze („Grenz-IM“). Die Bestimmungen des Grenzregimes galten mit leichten Modifikationen bis 1989. In Bayern erinnert das deutsch-deutsche Museum in Mödlareuth an diese Grenze.



Grenze im geteilten Dorf Mödlareuth an der Grenze Bayern-Thüringen
Foto: sz photo/Fotograf: Alfred Strobel

1958–1961: Die zweite Berlinkrise

Bis 1961 war die Sektorengrenze in Berlin nicht geschlossen und der S-Bahnring um die Stadt nicht geteilt. Für die Bevölkerung der DDR bedeutete dies das Tor zum Westen, das viele nach 1952 zur Flucht nutzten. Am 13. August 1961 wurde diese Situation gewaltsam beendet, mit der Verlegung von Stacheldraht begann die räumliche Teilung Berlins.

1958 verlangte Chruschtschow ultimativ von den Westmächten den Abschluss eines Friedensvertrages über Deutschland mit der Bundesrepublik und der DDR und die Umwandlung West-Berlins in eine freie Stadt, aus der die Truppen der Westmächte abziehen sollten. Mit diesem Ultimatum löste der Herr im Kreml eine der längsten und gefährlichsten Krisen des Kalten Krieges in Europa

aus. Nach dem Bau der Mauer spielten Moskau und Washington wiederholt einen möglichen Atomkrieg um die Transitwege nach West-Berlin durch. Dieses Planspiel führte zur Erkenntnis, dass keine der Seiten einen solchen Krieg gewinnen könne, ohne selbst dabei zerstört zu werden. Diese Logik der gegenseitigen Vernichtungsdrohung trug dazu bei, 1962 die Kuba-Krise friedlich beizulegen, als die Welt kurz vor einem atomaren Konflikt stand.

Als Chruschtschow 1958 die Krise vom Zaun brach, dachten weder er noch SED-Chef Ulbricht überhaupt daran, dass am Ende eine Mauer die Stadt Berlin durchziehen würde. Ein Motiv des sowjetischen Vorstoßes von 1958 war bereits zu Beginn der Krise offensichtlich: die völkerrechtliche Stabilisierung der DDR als sozialistischem Staat in Deutschland.

Chruschtschow hatte gegenüber dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy bei ihrem (einzigen) Treffen in Wien, Anfang Juni 1961, das Ultimatum erneuert. Darin forderte die sowjetische Regierung wiederum, das Berlin-Problem – diesmal bis Dezember 1961 befristet – zwischen der Sowjetunion und den Westmächten durch einen Friedensvertrag zu lösen. Erst danach wollte die Sowjetunion die Kontrolle über die Transitwege zu

Lande, zu Wasser und in der Luft an die DDR übergeben. Kennedy beharrte auf der westlichen Präsenz in Berlin und dem Vier-Mächte-Status der Stadt. Verhandlung darüber lehnte er ab. Gleichzeitig begrenzte er die amerikanische Garantie auf West-Berlin.

Der Mauerbau in Berlin³

Den Begriff „Mauer“ benutzte SED-Chef Ulbricht erstmals am 15. Juni 1961 auf einer Pressekonferenz. Eine Korrespondentin der Frankfurter Rundschau fragte ihn damals: „Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt ihrer Meinung nach, dass die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser

.....
³ Dieses Kapitel stützt sich auf das Buch des Verfassers: Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011

Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?“ Er antwortete: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“⁴ Erstmals fiel das Wort „Mauer“, und nach dem 13. August galt dieser Satz als dreiste Lüge, um die Vorbereitungen der DDR auf die Absperrung der Berliner Sektorengrenze zu vertuschen. Ulbricht stellte allerdings klar, dass nach der Umwandlung West-Berlins in eine „freie Stadt“ das Notaufnahmelager für DDR-Flüchtlinge sofort geschlossen werde.

Ulbricht reagierte mit seiner Pressekonferenz auf Chruschtschows Ultimatum, die steigenden Flüchtlingszahlen und die wachsende Unzufriedenheit in der DDR. Ein Alarmsignal kam Anfang Juni aus Oranienburg und Hennigsdorf. Der Ingenieur Helmut Newrzella, der beim Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke (LEW) tätig war, verfasste einen Brief an Ulbricht, für den er im Betrieb 30 Unterschriften sammelte. Der drückte in knapper Form die Versorgungskrise der arbeitenden Bevölkerung aus:

„Betrifft: Fragen zur Versorgungslage in der DDR.

Mit größter Besorgnis beobachten wir die Wiedereinführung der Rationierung von Butter, Abgabe 1/8 Kilo nach Kundenliste pro Familie, und die mangelhafte Versorgung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln wie Kartoffeln, Brot, Obst, Gemüse sowie Fleisch und Wurstwaren. Wir fordern:

1. Sofortige Beseitigung dieser anormalen Zustände!
2. Eine konkrete Stellungnahme zur Entstehung der Missstände. Unseres Erachtens durch die übereilte Kollektivierung der Landwirtschaft hervorgerufen.
3. Die Absetzung der für die Missstände Verantwortlichen. Soll das der Lohn sein für unsere jahrelange intensive Mitarbeit am Aufbau der Volkswirtschaft der DDR?“⁵

Der West-Berliner RIAS sendete am 21. Juni 1961 um 5:35 Uhr seinen Brief. Er ist ein authentisches Dokument über die Lebensumstände der „Werk tätigen“ im „Arbeiter- und Bauernstaat“ im Juni 1961, die zur erneuten Massenflicht führten. Ulbricht nahm ihn ernst und zitierte ihn gegenüber Chruschtschow in Moskau als Beleg dafür, dass die Unzufriedenheit sich auch in Streiks und Unruhen äußern könnten. Newrzella floh nach West-Berlin, weitere Unterzeichner wurden verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Wer aber verantwortete aus politischer Sicht die Mauer? Ulbricht brauchte sie, das steht außer Frage, aber er war nicht Herr der Entscheidung.

Chruschtschow selbst hatte über seine Verantwortung für diese Maßnahme keine Zweifel gelassen. In einem Gespräch mit dem Botschafter der Bundesrepublik, Hans Kroll, am 9. November 1961 äußerte er: „Man wirft uns außerdem vor, dass wir die Grenze in Berlin geschlossen haben. Ich leugne das nicht. Natürlich hätte die DDR ohne uns die Grenze nicht geschlossen. Wozu sollen wir uns hier hinter dem Rücken von Gen[ossen] Ulbricht verstecken? Der ist doch in diesem Fall gar nicht so breit. Natürlich, wir haben die Grenze geschlossen, das geschah auf unser Betreiben hin. Technisch hat das die DDR durchgeführt, weil das eine deutsche Frage ist.“⁶ Der Ablauf des Entscheidungsprozesses, Berlin endgültig zu teilen, bestätigt die letztendliche Verantwortung von Chruschtschow in all seinen Phasen. Anfang Juli informierte Ulbricht den sowjetischen Parteichef, dass er angesichts der Flüchtlingszahlen die Existenz der DDR bei offener Grenze in Berlin nicht mehr garantieren könne.

Die politische Entscheidung fällt Chruschtschow um den 20. Juli; zugleich beauftragte er den Oberbefehlshaber der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD)“, die Generalstabskarte für die Schließung der Sektorengrenze auszuarbeiten. Danach bestätigte Chruschtschow selbst den Plan der Grenzziehung am 8. August in Moskau. Ulbricht hatte drei Minister der DDR-Regierung beauftragt, die Grenzschiessung mit ihren bewaffneten Kräften durchzuführen: Innenminister Maron, Minister für Staatssicherheit Mielke und Verteidigungsminister Hoffmann. Die Befehlsausgabe an sie, die Operation durchzuführen, erfolgte am 10. August im Hauptquartier der GSSD durch den sowjetischen Marschall Iwan S. Konew. Die Operation sollte am 13. August um 0:00 Uhr beginnen.

Chruschtschow erlaubte Ulbricht, Berlin mit Stacheldraht zu teilen und eine Mauer zu errichten. Aber Ulbricht musste seine Hoffnung auf einen separaten Friedensvertrag, der ihm die Kontrolle über die Transitwege nach West-Berlin übertragen hätte, begraben und damit seine Hoffnung auf die völkerrechtliche Souveränität seiner DDR auch gegenüber Moskau. Die Sowjetunion hielt am Vier-Mächte-Status von Berlin fest.

4 Dies sagte er am 15.6. auf einer Pressekonferenz.

5 Zit. nach Wilke (wie Anm. 2), S. 297 f.

6 Gespräch Chruschtschows mit dem Botschafter der Bundesrepublik Hans Kroll, 9.11.1961, zit. nach Wilke (wie Anm. 2), S. 446.



Der 18-jährige Peter Fechter wurde am 17.8.1962 bei einem Fluchtversuch schwer verletzt; er verstarb wenige Stunden später, vor allem, weil keine Rettungskräfte zu ihm vorgelassen worden waren.

Foto: picture alliance/ap/dpa

Die Bezeichnung „Mauer“ für das Bauwerk ist irreführend. An Mauern kann man Leitern stellen, um sie zu überwinden. In Berlin handelt es sich nicht um eine Mauer, sondern um eine Grenzbefestigung. Die eigentliche Grenze war aber gegen die Ost-Berliner errichtet worden: die „Hinterlandmauer“. Im Gegensatz zur Westseite der Grenzbefestigung, die fotografiert wurde und das Bild von der Mauer weltweit prägte, gab es von der „Hinterlandmauer“, die von der Westseite nur an einigen Stellen einsehbar war, kaum Bilder.⁷ In Ost-Berlin war es verboten, sie zu fotografieren.⁸ Das war die eigentliche Grenze, die gegen die eigene Bevölkerung gerichtet war. Auf die Flüchtlinge, die es trotzdem wagten, diese Hinterlandmauer zu überwinden, waren die Waffen der Grenz-

truppen⁹ gerichtet. Das von der SED gezeichnete Propagandabild vom „antifaschistischen Schutzwall“ gegen die aggressive Bundesrepublik verdeckte immer eine Wahrheit, die auszusprechen in der DDR unter Strafe stand: Die Mauer war ein Schutzwall für die SED-Diktatur. Eine Tatsache, die spätestens durch ihren Fall am 9. November 1989 für die ganze Welt sichtbar wurde.

Ulbricht, der Mauerbauer, trat nach dem 13. August 1961 in der Pose des Siegers auf. Es sollte sich aber zeigen, dass das Bauwerk in vielfacher Hinsicht ein Symbol für drei strategische Niederlagen der SED war, die erst 28 Jahre später zum Untergang führen sollten:

1. Der sozialistische Staat und seine zentrale Planwirtschaft hatten die Systemkonkurrenz zwischen der Bundesrepublik und der DDR schon damals verloren. Die DDR konnte nur mit hermetisch abgesicherten Grenzen existieren.
2. Die Sowjetunion hatte der DDR ihre Statusrechte in Berlin und damit die uneingeschränkte Kontrolle über die Transitwege nach West-Berlin nicht übertragen. Damit hatte sich Ulbrichts Ziel, in der Berlin-Krise die volle Souveränität der DDR auch gegenüber der Vormacht zu erreichen, als Illusion erwiesen. Der SED-Staat blieb ein Vasall der Sowjetunion.
3. Die „Westberlinfrage“ konnte nicht gelöst werden; dieser erratische Block in der Normalität der deutschen Zweistaatlichkeit wurde nicht entsorgt und erinnerte – auch wenn dies immer weniger Menschen wahrnahmen – an das Unnormale der deutschen Teilung im gespaltenen Europa.

Sicherung der DDR für 28 Jahre

Ohne die Schließung und militärische Sicherung der Sektorengrenze in Berlin hätte die DDR das Jahr 1961 vermutlich nicht überleben können. Das war jedenfalls das Urteil von SED-Chef Ulbricht.

Anfang 1962, nachdem aus dem Stacheldraht nach und nach die Mauer wurde, übersandte Ulbricht dem sowjetischen Partei- und Staatschef Chruschtschow einen Lagebericht. Er beschrieb die historische Bedeutung dieser Berliner Grenze für den Sozialismus insgesamt. Ihm war klar geworden, dass er bei offener Grenze dem Systemwettbewerb mit den Demokratien des Westens nicht gewachsen sei: „Der Nachteil der Grenzsicherung bestand darin, dass in der Öffentlichkeit sichtbar wurde, daß die DDR und das

7 Gerhard Sälter/Tina Schaller/Anna Kaminsky (Hg.): Weltende – Die Ostseite der Berliner Mauer. Mit heimlichen Fotos von Detlef Matthes, Berlin 2011.

8 Elena Demke: Mauerfotos in der DDR. Inszenierungen, Tabus, Kontexte; in: Die DDR im Bild. Zum Gebrauch der Fotografie am anderen deutschen Staat, hg. v. Karin Hartewig/Alf Lüdtke, Göttingen 2004, S. 89–106.

9 Vgl. dazu: Jochen Maurer: Dienst an der Mauer Der Alltag der Grenztruppen rund um Berlin, Berlin 2011.

sozialistische Lager gegenwärtig nicht im Stande sind bei offener Grenze den Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten der NATO zu führen.“ Ulbrichts Sorge von 1961 war begründet. Die DDR existierte nicht mehr lange, nachdem die innerdeutschen Grenzen 1989 gefallen waren.

Chruschtschow bestimmte auch das Ende seiner Berlin-Krise, als er am 8. Januar 1962 im Präsidium des ZK der KPdSU erklärte, die Schließung der Sektorengrenze in Berlin sei das Maximum, was die Sowjetunion habe erreichen können. Man wolle die Sondierungsgespräche mit den Amerikanern fortführen, aber nicht mit dem Ziel des Abschlusses eines Vertrages. Bevor nicht die sowjetische Raketenrüstung abgeschlossen und die DDR wirtschaftlich stabilisiert sei, könne der „Endkampf um Westberlin“ nicht geführt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wollte die Sowjetunion Westberlin als Druckhebel gegen die Westmächte nutzen. Gegenüber Ulbricht wiederholte Chruschtschow im Februar 1962 diesen Satz, der die Krise beendete: „Ich meine, dass wir das Maximum dessen, was aus Westberlin herauszuholen war, am 13. August bekommen haben. Jetzt ist es unsere Aufgabe, ruhig zu arbeiten.“¹⁰

Die Berliner Mauer befestigte den Status quo der Teilung bis 1989. Nach der Kuba-Krise 1962 begann zwischen dem Westen und der Sowjetunion eine Phase der Entspannungspolitik auf der Basis des territorialen Status quo. Dieser zerbrach Ende der achtziger Jahre durch die Reformpolitik von Michail S. Gorbatschow in der Sowjetunion und der Ausbildung einer Bürgerrechtsbewegung in den sozialistischen Staaten. Der sowjetische Staatschef verzichtete 1989 darauf, militärisch einzugreifen, um die Diktatur der kommunistischen Staatspartei

in der DDR gegen das eigene Volk zu schützen, wie es am 17. Juni 1953 oder am 13. August 1961 geschehen war. Am 9. November 1989 öffneten die Berliner selbst die Mauer, und das Gleiche geschah an der Zonengrenze. Mit tausendfachen „Wiedersehen“ begann die deutsche „Wiedervereinigung“. ▲



Heimliche Aufnahme ins Grenzgebiet aus dem Hochhaus Leipziger Straße 47, Ecke Lindenstraße, Ostberlin 1986

Foto: Detlef Matthes [www.mauerfotos-aus-ostberlin.de/]www.hinterlandmauertouren.de/



Heimliche Aufnahme aus dem Hochhaus Leipziger Straße 49; Blick ins Grenzgebiet um die Kommandantenstraße

Foto: Detlef Matthes [www.mauerfotos-aus-ostberlin.de/]www.hinterlandmauertouren.de/

10 Zit. nach Gerhard Wettig (Hg.): Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Dokument Nr. 27 v. 26. Februar 1962, München 2011, S. 527.

Die „Mauer in den Köpfen“

Zur Aktualität eines schwer fassbaren Topos'

Von Monika Franz



„Die DDR hat es nie gegeben“ – Wandmalerei an einer ehemaligen Sockelmauer des „Palastes der Republik“ in Berlin
Foto: Monika Franz

Zum Auftakt des Mauerfall-Gedenkjahres 2014 berichteten Zeitungen über ein erstaunliches Phänomen aus dem Tierreich: Zoologen hatten im Böhmerwald, an der deutsch-tschechischen Grenze, bei Rothirschrudeln ein auffälliges Verhalten beobachtet: Einige Tiere – darunter vor allem weibliche Exemplare mit Nachwuchs – scheuten offensichtlich vor einer nicht physisch erkennbaren Linie zurück und änderten abrupt die Richtung ihrer Fortbewegung. Man fand heraus, dass die betroffenen Exemplare dabei genau die Linie der ehemaligen mit Stacheldraht gesicherten Grenze zwischen Bayern und der ehemaligen tschechoslowakischen Sowjetrepublik ČSSR vermieden – und dies 25 Jahre, nachdem die ehemaligen Sperranlagen abgebaut worden waren.¹ Dieses Verhalten ist bemerkenswert, da es sich aufgrund der normalen Lebenserwartung von Rotwild in freier Wildbahn – sie beträgt ca. 15–18 Jahre – bei den beobachteten Exemplaren nicht um Tiere handeln kann, die selbst noch negative Erfahrungen mit Grenzsicherungsanlagen gemacht haben. Sie müssen diese Verhaltensweise von älteren Tieren vermittelt bekommen haben – sie haben offenbar eine „Mauer im Kopf“.

Die Symbolkraft dieser Vorgänge bietet sich im Jahr 25 nach dem Fall zur Analogiebildung an. Das Bild von der „Mauer in den Köpfen“ steht für eine der meist strapazierten Befindlichkeitsdiskussionen in der medialen Öffentlichkeit der Bundesrepublik seit der deutschen Einheit 1989/90. So wie die Hirsche im Böhmerwald objektiv gesehen keinen Hinderungsgrund mehr hätten, sich wieder frei in ihrem Lebensraum zu bewegen, so sei es auch um das Verhältnis von West- und Ostdeutschen bestellt: Rein objektiv habe das Land die Belastungen der Wiedervereinigung gut gemeistert, die Lebensverhältnisse hätten sich weitgehend angeglichen, die deutsche Trennung sei längst Geschichte; doch im „Kopf“, also Bereich mentaler, kultureller wie weltanschaulicher Einstellungen, bestünde bei vielen Ost- wie auch Westdeutschen das Gefühl der gegenseitigen Fremdheit und des Anders-Seins fort. Der britische Historiker Frederick Taylor formulierte das im Oktober 2014 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk so: Er sehe, dass das Gefühl der „Mauer in den Köpfen“ „viel stärker gewesen“ sei und nun zusehends nachlasse: „Da kommt eine ganze neue Generation, und die Leute, auch die, die älter sind, haben sich irgendwie arrangiert mit der ganzen Sache. Es ist in einigen Städten, denen es vielleicht nicht so gut gegangen ist seit der Wie-

dervereinigung, [...] diese Ostalgie [...], weil das Leben für viele Leute, in mancher Hinsicht, [...] im Osten besser [war], als sie jetzt ist. [...] Ich finde, die Mauer ist noch da, im Kopf sozusagen, aber sie wird immer kleiner.“²

Was meint die „Mauer in den Köpfen“?

Wer zuerst den Begriff der „Mauer in den Köpfen“ verwendete, ist nicht ermittelbar. Er hat sich als geläufiges Schlagwort für die Befindlichkeitsmessung im wiedervereinigten Deutschland etabliert und erfüllt die Funktion einer Art „Pulsmesser der Nation“. Im Kern des Bildes steht die These, dass als Spätwirkung der Trennung beider deutschen Teile bis 1989/90 sich kulturelle und weltanschauliche Differenzen so weit entwickelt haben, dass sie bis heute fortwirken, wahrnehmbar sind und auch (politisch instrumentalisierbares) Konfliktpotential bergen. Eine präzise Beschreibung dieser Differenzen scheint kaum möglich, geht es sich doch um subjektive Wahrnehmungen, Gefühle, Momentaufnahmen, die kaum generalisierbar sind. Doch eignet sich dieses diffuse Konglomerat gut für den Meinungsstreit in Umfragen, Talkshows und literarischen Zusammenhängen. Die Frontlinien werden dabei im Wesentlichen mit begrifflichen Dichotomien aus den Zeiten des Kalten Krieges abgesteckt. Typische auf Westdeutschland/Westdeutsche übertragene negative Stereotypen lauten etwa, ganz der alten Auseinandersetzung von Kapitalismus und Kommunismus folgend: Die westdeutsche Gesellschaft sei geprägt durch ein rücksichtsloses Streben nach Gewinn, es ginge nur um Materielles, der Raubtierkapitalismus habe sich ungezügelt durchgesetzt, in der Gesellschaft herrsche soziale Kälte und Unmenschlichkeit im Umgang; vice versa wird der ostdeutschen Gesellschaft der Mangel an Individualismus und Eigeninitiative, Passivität, Obrigkeitshörigkeit, Gleichmacherei, Opferhaltung und so fort vorgeworfen. Unzählige Beispiele für Schwarz-Weiß-Denken dieser Art weit über den Mauerfall hinaus verdeutlichen dies, z.B. Daniela Dahn mit ihrer Kampfschrift „Wehe dem Sieger!“ aus dem Jahr 2009, in dem sie den Triumph westlicher Eliten als „Sieger der Geschichte“ beklagt, dem Osten eine moralische Überlegenheit zuspricht und ganz in der Manier des klassischen kommunistischen Internationalismus schließlich im Aufruf „Prekarier aller Länder, vereinigt euch!“ endet.³ Doch auch an westalgischen Epitaphen fehlte es nicht.

2 S. http://www.deutschlandfunk.de/25-jahre-mauerfall-die-mauer-im-kopf-ist-immer-noch-da.694.de.html?dram:article_id=299322 [Stand: 09.09.2015].

3 Daniela Dahn: Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 294.

1 Z.B. <http://www.berliner-zeitung.de/wissen/territorium-die-mauer-in-den-koepfen-der-hirsche,10808894,25973646.html> [Stand: 14.09.2015].

Darauf, dass nicht nur die Ostdeutschen, sondern auch die Westdeutschen eine Verlusterfahrung zu bewältigen hatten, hatte ja schon 1995 der konservative Intellektuelle Johannes Gross hingewiesen: „Die bisherige Stabilität der Bundesrepublik, im kontinentaleuropäischen Raum durchaus ein Unikat, war für die Westdeutschen zu einer Heimat geworden, aus der vertrieben zu werden überaus schmerzlich ist.“⁴ Die Bonner Republik erscheint bis heute manchem als verlorene, „bessere“ Republik gegenüber einer vermeintlich nur noch gewinnorientierten „Berliner Republik“.⁵ Zum parodistischen Angriff aus dem Westen holte indes die von mehreren Titanic-Redakteuren gegründete Partei „Die Partei“ aus, indem sie mit satirischem Unterton – dem laut einer Forsa-Studie angeblichen Wunsch von 30 Prozent der Deutschen folgend – 2011 als wichtigstes Ziel den Neubau der Mauer verkündete; es gebe „ein psychologisches Grundbedürfnis, sich vom Nachbarn abzugrenzen. Besonders vom Ostdeutschen“, nahm deren Parteichef Sonneborn ironisch-provokativ Stellung.⁶

Der „Mauer in den Köpfen“ auf der Spur

Am konkretesten fassbar wird die „Mauer in den Köpfen“ in den regelmäßig gepflegten Umfragen von Meinungsforschungsinstituten, die das Ost-West-Verhältnis anhand repräsentativer Personenkreise ausforschen. Wie man es erwarten würde, zeichnet sich dabei im Ganzen ein Trend zu Angleichung von Ost und West ab. Zum 25-jährigen Gedenken an den Fall der Mauer 1989 konstatierte eine Studie der Universität Halle-Wittenberg, die Deutschen betrachteten das erste Vierteljahrhundert im Ganzen als Erfolgsgeschichte, das Phänomen der Ostalgie, also der Sehnsucht nach dem Leben in der DDR, habe sich deutlich abgeschwächt; allerdings sei dies auch eine Frage der Generationen.⁷ Sieht man auf die genaueren Indikatoren der Studie, ergibt sich ein differenzierteres Bild, das aber

noch deutliche Spuren von Friktionen und Enttäuschungen zeigt. Die Erfahrung vieler ehemaliger DDR-Bürger, „das Ende dieses Staates [der DDR] und die Wiedervereinigung häufig zunächst als Befreiung und Chance und dann als Verlusterfahrung begriffen zu haben“, findet sich auch in literarischen oder filmischen Zusammenhängen.⁸ In der genannten Studie gaben aber immerhin auch 29 Prozent der Westdeutschen an, die Wiedervereinigung sei „kein Gewinn“ gewesen.⁹

Eine im Rahmen der Enquete-Kommission des Landtags Brandenburg mit dem Titel „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ hatte 2011 in der Öffentlichkeit relativ viel Aufmerksamkeit gefunden:¹⁰ Dort wurde etwa in den Kategorien „Assoziationen zur DDR“,¹¹ „Gewinner und Verlierer der Einheit“,¹² oder „Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen“¹³ ein sehr durchwachsendes Gefühl der brandenburgischen Befragten in der vereinigten Bundesrepublik im Vergleich zu ihrem Leben in der DDR deutlich. Immerhin gaben zwar 60 Prozent an, „den Menschen in den neuen Bundesländern gehe es heute im Vergleich zur Zeit vor der Wende besser.“¹⁴ Bei der im Meinungsstreit symbolhaften Kategorie, ob denn die DDR ein „Unrechtsstaat“ gewesen sei, antworteten die befragten Brandenburgerinnen und Brandenburger mit einer deutlichen Mehrheit (57 Prozent), dies sei nicht der Fall gewesen;¹⁵ eine Antwort, die im Blick auf die Mauer, die Menschenrechtsverletzungen und die ungerechten Bildungschancen in der DDR erstaunt. Laut einer Umfrage der in Brandenburg veröffentlichten „Märkischen Allgemeinen“ sah eine Mehrheit auch Anfang 2014 die Mauer in den Köpfen noch als existent an, wobei sich signifikante Unterschiede nach Parteizugehörigkeit abzeichneten: „Laut

4 Vgl. Johannes Gross: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, 2. Aufl. Berlin 1997, S. 31.

5 Als Beispiel für diesen Tenor s. Daniel Erk: Es war einmal ein kleines Land, in Zeit online v. Daniel Erk vom 28. Oktober 2014: „Wenn sich also, laut einer Erhebung ausgerechnet der Initiative Soziale Marktwirtschaft, 60 Prozent der Ostdeutschen in dieser neuen Bundesrepublik nicht wohl fühlen, dann könnte das weniger an der Bundesrepublik liegen, als an dieser Art der Wiedervereinigung – beziehungsweise daran, dass im Einheitsstau ein neues, anderes Land zusammengeschustert wurde, das auch mit der Bonn-BRD nicht mehr viel zu tun hatte.“ Zit. nach: <http://www.zeit.de/kultur/2014-10/brd-ende-mauerfall> [Stand: 12.09.2015].

6 <http://www.taz.de/!5114416/> [Stand: 12.09.2015].

7 Vgl. Tanjev Schultz: Mauerreste, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.02.2015; Thorsten Denkler/Jens Schneider: Einigkeit und Recht und Frohsinn, in: ebd.

8 Vgl. Gerhard Jens Lüdeker/Dominik Orth: Zum Begriff und zur Bedeutung von Nach-Wende-Narrationen, in: dies. (Hg.): Nach-Wende-Narrationen. Das wiedervereinigte Deutschland im Spiegel von Literatur und Film, Einleitung, S. 11.

9 Ebd.

10 Das DDR-Bild der Bevölkerung des Landes Brandenburg, Forsa-Frage v. 24. November 2011 im Auftrag der Enquete-Kommission 5/1 des Landtags Brandenburg, „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“, Berlin 2011.

11 Ebd., S. 13–16.

12 Ebd., S. 17 f.

13 Ebd., S. 15–28.

14 Ebd., S. 19.

15 Ebd., S. 91.

der MAZ-Umfrage bejahten 64 Prozent der Anhänger der Linkspartei und 69 Prozent der Grünen-Sympathisanten die Frage, ob es noch eine Mauer in den Köpfen gibt. Bei CDU und SPD sind es nur 55 beziehungsweise 56 Prozent.¹⁶ Auch im Jahr 2015 konstatierte eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, „25 Jahre nach der deutschen Einheit schwindet das Gefühl der Fremdheit zwischen West- und Ostdeutschen, aber nur langsam.“¹⁷

Der Sensibilität der ost-west-deutschen Kommunikation Rechnung tragend, sah sich die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer im Jahresbericht zum 25-jährigen Gedenken des Mauerfalls immer noch zu einem besonderen Appell an die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West veranlasst: „Wir brauchen einen unverkrampften Umgang miteinander, wie ihn die junge Generation so erfreulich vorlebt. Die Möglichkeiten, sich der gemeinsamen Leistungen in Ost und West bewusst zu werden, sind vielfältig. Im täglichen Umgang miteinander sollte dies eine besondere Rolle spielen. Der Weg zur inneren Einheit kann nur über gegenseitigen Respekt und Anerkennung beschritten werden.“¹⁸



Schlafzimmer eines „DDR Design Hotels“ in Berlin-Friedrichshain, das ganz im DDR-Stil eingerichtet ist, samt DDR-Literatur und Bild von Erich Honecker
Foto: ullstein bild – Eckel

16 <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Mauer-Ost-West-Unterschiede-Umfrage> [Stand: 13.09.2015].

17 S. Thomas Öchsner: Innerdeutsche Grenze, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.07.2015, S. 5.

18 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014, hg. v. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin 2014, S. 15.

„Die Mauer in den Köpfen“ der jungen Generation

Für viele Angehörige der jungen, vielfach so genannten „Nachwende-Generation“ spielt die Frage einer Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland, das belegen viele Studien, keine Rolle mehr. Für viele von ihnen mag der Mauerfall gefühlt so weit weg liegen wie die Weimarer Republik. Jenseits der zahlenmäßigen Trends zeigen jedoch individuelle Äußerungen, dass sich hinter dieser Trendschiene bei vielen auch ein Bedürfnis an differenzierten Betrachtungsweisen besteht, wie es etwa in dem 2012 veröffentlichten Band „Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen“ zum Ausdruck kommt.¹⁹ Dieses Buch bestätigt gerade unter den Auspizien einer unideologischen, pluralen Herangehensweise den Wunsch nach einem Abrücken von den alten Stereotypen. Ganz dezidiert rufen darin Vertreterinnen und Vertreter der sich selbst so bezeichnenden „Dritten Generation Ostdeutschland“,²⁰ die in Deutschland nach der Wiedervereinigung sozialisiert wurde und die sich in dem Buch das Etikett einer „zersplitterten Generation“ anheftet,²¹ die Geschichte der DDR differenziert zu betrachten. Das bedeutete zum einen der DDR in ihrem staatlichen Sein, aber auch dem Leben und Erleben der Menschen in der DDR eine weniger schablonenhafte Betrachtung, als dies oft der Fall sei, zukommen zu lassen. Katja Warchold etwa reflektiert kritisch Versuche von Vertretern der eigenen Generation, eine einseitige ostalgische Sichtweise auf die DDR zu etablieren; als Beispiel dafür nennt sie den Titel „Zonenkinder“ von Jana Hensel.²² Deutlich wird dabei das Anliegen gegenüber den Westdeutschen, sich auch vom Denkmodell der „alten Bundesrepublik“ zu verabschieden und sich ebenfalls aktiv der gemeinsamen Zukunft ohne die alten Ost-West-Denkmuster zuzuwenden.²³

Wie es das Beispiel der Hirsche im Böhmerwald/Bayerischen Wald zeigt, kommt es vorrangig auf die individuelle Entscheidung an, Grenzen zu überqueren. Manche tun es, manche scheuen davor zurück. Eine Wahlfreiheit, die in einer pluralen Demokratie eben ganz selbstverständlich ist. ■

19 Michael Hacker/Stephanie Maiwald/Johannes Staemmler u.a.: Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen, Berlin 2012.

20 Bezogen auf die Jahrgänge 1975–1989; also diejenigen, die ihre Kindheit und teilweise Schulzeit in der DDR verbracht haben und ihre berufliche Ausbildung bereits nach 1989 erlebt haben, vgl. ebd., Einleitung, S. 11.

21 Ebd., S. 77.

22 Katja Warchold: „So etwas ist in meiner DDR nicht vorgekommen“. Erinnerungen an ein Aufwachsen in der DDR und im vereinten Deutschland, in: Hacker/Maiwald/Staemmler (wie Anm.4), S. 58.

23 Ebd.

Unterwegs – Perspektiven – Willkommen in Bayern: Integrationsprojekte für Ü-Klassen

von Uta Löhner



Auf der Flucht
Foto: Jonathan Stutz

Das Jahr 2015 ist bestimmt durch die Flüchtlingskrise in Europa. Menschen aus Krisengebieten wie Syrien, dem Irak, Eritrea sowie anderen Ländern kommen in wirtschaftsstärke Länder Europas, allen voran Deutschland, wo sie sich eine Chance auf eine sichere Zukunft erhoffen. Die Bundesregierung rechnet mit mehr als 800.000 Flüchtlingen.¹ Seit Mitte August 2015 hat sich die Lage gerade in Bayern verschärft: zwischen Mitte August und Ende September erreichten allein 25.000 Flüchtlinge München.² Tausende von Asylbewerbern kommen jeden Tag über die Türkei, Mazedonien, Serbien, Kroatien, Ungarn und Österreich schließlich nach Bayern. Die bayerische Landeshauptstadt wurde so zum Drehkreuz in Deutschland, was weltweit ein großes Medienecho fand. Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind überfüllt; vielerorts werden provisorische Zeltlager aufgebaut. Nur schleppend lief die Weiterverteilung von München in andere Bundesländer an. Inzwischen wurden an der bayerisch-österreichischen Grenze wieder Grenzkontrollen eingeführt, um den Ansturm zu kontrollieren. Die Kommunen, Landratsämter, die Regierungen der Länder und die Bundesregierung – alle arbeiten auf Hochtouren, um die Ankunft der Flüchtlinge zu organisieren. Ehrenamtliche Helfer stoßen an ihre Leistungsgrenze, um die Geflüchteten zunächst mit dem Notwendigsten zu versorgen. Neben den großen politischen Fragen, den bloßen Zahlen und Berechnungen, sowie den rechtlichen Voraussetzungen, ist nicht klar, ob und wie lange die Menschen bleiben können. Gerade junge Menschen und junge Familien hoffen auf eine neue Zukunft.

In Deutschland gilt die Regelung, dass Flüchtlingskinder nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland schulpflichtig sind. Sie besuchen sogenannte „Willkommensklassen“. Das sind Klassen, in denen sie Deutsch lernen und auch Informationen über die politische Ordnung, die Gesellschaft und die Kultur der Bundesrepublik bekommen. Die Schüler bleiben ein bis zwei Jahre in solchen Klassen, bis sie den Regelunterricht besuchen können. In Bayern heißen diese Klassen „Ü-Klassen“ („Ü“ steht für Übergangsklasse). Zum neuen Schuljahr kamen auch zusätzliche Kinder an die bayerischen Schulen. In ganz Bayern wird es nach aktuellem Stand (September

2015) voraussichtlich rund 470 Ü-Klassen geben.³ Der „Knackpunkt“ für den Unterricht in diesen Klassen ist die gemeinsame Sprache. Dabei sind die Lehrkräfte besonders mit der Aufgabe gefordert, Schülerinnen und Schülern vieler unterschiedlicher Nationalitäten Deutsch beizubringen. Manche Kinder haben schon länger eine Schule in ihrem Heimatland besucht, für andere ist es das erste Mal, dass sie Unterricht erleben. Die Lehrer müssen selbst erst lernen, mit diesen unterschiedlichen Voraussetzungen umzugehen. Für Asylbewerber, die berufsschulpflichtig sind, richtet Bayern circa 440 „Berufsintegrationsklassen“ ein, das sind rund 260 mehr als zu Beginn des Schuljahres 2014/2015. Dieses spezielle Angebot dauert zwei Jahre, vermittelt den jungen Flüchtlingen die deutsche Sprache und gibt ihnen einen Einblick in die Berufswelt.⁴

Der Umgang mit Migration und Integration wird auf Jahre eine gesellschaftliche Kernaufgabe sein; viele Fragen stellen sich akut, aber vor allem auch mittelfristig: Warum kommen diese Menschen zu uns? Wie geht man an diese gewaltige Integrationsaufgabe heran? Wie können Bürgerinnen und Bürger in der gegenwärtigen Situation mithelfen? Welche Auswirkungen wird der Zuzug so vieler Menschen aus anderen Kulturkreisen mittel- und langfristig für die Gesellschaft(en) haben?

Ein Beispiel für einen ersten Ansatz integrativer Projekte zeigen die interkulturellen Stadtspaziergänge:

„Auf der Suche und unterwegs: Interkulturelle Stadtspaziergänge“ wird von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Bayerischen Architektenkammer gefördert. Das Konzept möchte Schüler der weiterführenden bayerischen Regelschulen mit denen aus den Übergangsklassen zusammenbringen. Durch einen ersten Kontakt bekommen die Flüchtlinge die Chance ihre neue Umgebung zusammen mit Gleichaltrigen zu erkunden. Für die einheimischen Schüler ist es eine kreative Aufgabe, sich zunächst mit sich selbst auseinanderzusetzen, den Ort, an dem sie leben, anderen näherzubringen und durch Gespräche mit den Geflüchteten Neues zu erfahren. Die gemeinsamen Spaziergänge ergänzen für Ü-Klassen-Schüler das im Unterricht theoretisch Gelernte um praktische und persönliche Erkenntnisse durch Gleichaltrige.

1 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (August 2015). Aktuelle Meldungen. Aus: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20150819-BM-zur-Asylprognose.html?nn=1367522> [Stand: 31.08.2015]

2 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (August 2015). Aktuelle Meldungen. Aus: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20150819-BM-zur-Asylprognose.html?nn=1367522> [Stand: 31.08.2015]

3 Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (11.09.2015): Pressemitteilung 344/2015

4 Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (11.09.2015): Pressemitteilung 344/2015



Ein weiteres Projekt ist „Perspektiven“, das die Landeszentrale mit dem Institut für Medienpädagogik durchführt. Themen wie Menschenrechte, Flucht, Vertreibung und Ankommen werden von den Jugendlichen diskutiert und später kreativ medial umgesetzt. Die Schüler der Ü-Klassen bekommen die Möglichkeit, Erlebtes zu reflektieren und mitzuteilen. Medial ist das oft einfacher als beim direkten Erzählen, gerade wenn sie die deutsche Sprache noch nicht so gut beherrschen. So verarbeiten Jugendliche zum Beispiel ihre Eindrücke zu ihrem neuen Lebensumfeld in Video-Projektionen, erkunden unter dem Motto „Was ist denn hier los?“ mit dem Fotoapparat ihre neue Stadt oder gestalten Postkarten zu Ritualen und Gepflogenheiten zu ihrer alten und neuen Heimat. Das erstellte Material kann dann wiederum von anderen Klassen zur Auseinandersetzung mit den genannten Themen verwendet werden.

Im Bestellportal der Landeszentrale wird ab November die Publikation „Willkommen in Bayern“ erhältlich sein. „Willkommen in Bayern“ ist ein Materialordner, der Schülerinnen und Schülern der Ü-Klassen (ab Ü9) eine Orientierung im Alltag geben soll. Erstellt wurde er von Lehrerinnen und Lehrern, die in Ü-Klassen unterrichten. Zusätzlich zu informativen Bereichen über Land und Leute, Religion, Sport und Freizeit, informiert der Ordner über Rechte und Pflichten sowie Hilfsangebote zur Orientierung im Alltag. Zudem zeigt er in dem Kapitel „Schule, Arbeit und du“ Perspektiven für den weiteren Lebensweg auf. Dabei bietet der Ordner aber auch genug Raum für Interaktives. So können sich die jungen Menschen zum einen besser zurechtfinden, zum anderen die Inhalte mit ihren eigenen Erfahrungen ergänzen. Durch jedem Kapitel angefügte Wortlisten wird zudem der Spracherwerb gefördert. 🌟

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz
Praterinsel 2
80538 München

Redaktion dieses Heftes:
Monika Franz, Uta Löhner

Redaktionsassistentin: Ulla Hertrich

Titelbild: Andreas Kuhnlein, „Der Fährmann“

Gestaltung: Brandungen GmbH
Petersstraße 46, 04109 Leipzig

Druck: alpha printmedien AG, Darmstadt

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

